Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

24. November 1980
Jg. 8 Nr. 48

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D21060C

Poststreik: Regierung beordert Beamte zum Streikbruch

25000 im Streik / Breite Unterstützung von allen Gewerkschaften / Gscheidle zu neuen Verhandlungen gezwungen

wig. Das Ergebnis der Urabstimmung ist beeindruckend. 80% der gewerkschaftlich organisierten Postarbeiter und -angestellten beteiligen sich. 92,4% stimmen für Streik. In der Nacht nach der Urabstimmung wird in Kassel das Paketpostamt lahmgelegt. Am nächsten Tag folgen die Paket- und Briefumschlagplätze mit Frankfurt als Zentrum. Bis zum Samstag werden von 25000 Arbeitern und Angestellten 77 Postämter in über 50 Orten bestreikt. Der Streik trifft die Kapitalisten hart. Der Paketversand der Post z.B. wird nur zu 6,8% von den privaten Haushalten benutzt. Zu 48,7% wird er von der Industrie in Anspruch genommen, zu 38,3% vom Handel.

Bundespostminister Gscheidle wendet gleich am ersten Streiktag das Beamtenrecht voll an. In einer Verfügung werden die Oberpostdirektionen angehalten, die über 300000 Beamten (56,5% aller Beschäftigten) in bestreikten Dienststellen einzusetzen und eine Urlaubssperre für Beamte anzuordnen. Auch aus umliegenden Orten werden Beamte in bestreikte Ämter beordert. Gscheidle stützt sich auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom Juli '79, in dem aus der politischen Treuepflicht Streikverbot für Beamte abgeleitet wird. Die Postgewerkschaft antwortet mit Ausdehnung des Streiks auf die Dienststellen, von denen aus Beamte zum Streikbruch eingesetzt werden. Der Vorsitzende der DPG, Breit, verurteilt die Anordnung Gscheidles als Unterhöhlung der Tarifautonomie im Öffentlichen Dienst. Die Verhandlungen über die Einrichtung eines Notdienstes scheitern, weil das Postministerium an der Verordnung festhält. Der DGB und zahlreiche Einzelgewerkschaften erklären sich mit der Postgewerkschaft solidarisch. SPD-Bundestagsabgeordnete verlangen von Gscheidle die Aufhebung der Beamtenverordnung, nachdem sie von Bezirksvorständen der DPG dazu aufgefordert werden. Die Unterstützung aus den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes wächst. Der Hauptvorstand der ÖTV wird aufgefordert, die vom Gewerkschaftstag beschlossene Arbeitskampfresolution anzuwenden und Solidaritätsstreiks einzuleiten. GdED-Mitglieder machen Dienst nach Vorschrift und lehnen Überstunden ab, um Streikbrecherarbeiten auf den Bahnhöfen zu verhindern. Gewerkschaftlich organisierte Bahnpolizisten gehen vermehrt „Streife", um das Einschleusen von Streikbrechern in die Verladestellen der Bahnhöfe zu verhindern. Die DPG kann dort keine Streikposten aufstellen. In Hamburg demonstrieren Polizisten nach Dienstschluß zu einem Streiklokal der Postgewerkschaft und überbringen eine Solidaritätserklärung der Gewerkschaft der Polizei. Die große Tarifkommission der IG Metall Baden-Württemberg und andere Industriegewerkschaftskörperschaften schicken Solidaritätserklärungen und verlangen die Rücknahme der Beamtenverfügung. Gscheidle kommt in Bedrängnis. Er muß neue Verhandlungen anbieten. Damit ist ein Ziel des Streiks der DPG erreicht. Auch Verhandlungen über die Arbeitszeitverkürzungen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen im Schichtdienst mit der GdED, der ÖTV und der GdP werden am Freitagnachmittag fortgesetzt. Bundesinnenminister Baum und das Kabinett schalten sich ein. Gscheidle bietet eine vierte Freischicht für 1983 an. Die DPG weist das Angebot als nach wie vor unzureichend zurück. Die Streiks werden auf den handvermittelten Telefondienst und die Telefonauskunft ausgeweitet. Gscheidle stimmt der gewerkschaftlichen Forderung zu, als Nachtdienst die Zeit zwischen 20 Uhr und 6 Uhr anzurechnen. Damit ist eine für die gesamte Arbeiterbewegung bedeutende Forderung anerkannt. Die übrigen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes lassen sich auf keine Sondervereinbarungen ein. Nach Unterbrechung werden die Verhandlungen am Samstagmittag fortgesetzt. Staatssekretär Elias vom Postministerium legt kein neues Angebot vor, bringt aber „ins Gespräch", die vierte Freischicht bereits ab 1. Januar '81 einzuführen. Die DPG fordert eine 5. Freischicht für ältere Schichtdienstler. Die Verhandlungen werden unterbrochen. Elias trägt dem über die Regierungserklärung tagenden Kabinett 1½ Stunden über die Verhandlungen vor. Baum und Gscheidle führen zusätzlich ein Gespräch. Am Abend werden die Verhandlungen erneut aufgenommen. Die Ergebnisse lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor.

Gscheidle und die Regierung stehen unter Druck. Eine Weiterführung des Streiks würde seine Ausweitung bedeuten und auf Dauer würden die gewerkschaftlich organisierten Beamten nicht stillhalten. Erkennt die Regierung die Streikziele an, werden die Sparpläne bei den Personalkosten durchbrochen und der Ausdehnung der Schichtarbeit Grenzen gezogen. Auch das bisher letzte Angebot hat bereits solche Wirkung.



Streikposten der DPG in Stuttgart. Für die 1,5fache Anrechnung der Arbeitszeit im Nacht- und Schichtdienst streikten am Samstag während der Verhandlungen 25000 Arbeiter und Angestellte in über 80 Postämtern in der ganzen Bundesrepublik und in Westberlin. Das Amtsgericht Bremen verbot der DPG, „Beamte beim Dienst zu behindern". Andernfalls könne ein Ordnungsgeld bis zu 500000 DM verhängt werden.

Demokratisches Kampuchea: Ziel während der Regenperiode überschritten

SU-Flugzeugträger droht Thailand / SU-Berater in Kampuchea

jük. Kurz nachdem in der UNO die Mehrheit der Mitglieder den Sitz des Demokratischen Kampuchea anerkannt hatte, sowie die ASEAN-Staaten eine Friedensinitiative auf Grundlage der UNO-Resolution einleiteten, ließen die Sozialimperialisten Kriegsschiffe vor der Küste Thailands aufmarschieren und führten Manöver durch. Überhaupt treten immer offener SU- und auch DDR-Berater in Kampuchea auf. Seit Wochen wird unter Aufsicht von DDR- und SU-Spezialisten schweres Kriegsmaterial nach Kampuchea gebracht. Der Tiefseehafen Kompong Som wird von der SU ausgebaut. Seit Wochen werden auch Verbände der vietnamesischen Aggressionsarmee an den Grenzen Tahilands zusammengezogen. Während Thailand seine Grenztruppen verstärkt, äußerte der Stellvertretende Außenminister des Landes, „der ASEAN werde gezwungen sein, ein System der kollektiven Sicherheit auszuarbeiten, wenn Moskau auf den Appell der regionalen Organisation, Vietnam in Zaum zu halten, nicht positiv antwortet." Zwar hat Malaysia sich direkt gegen die Umwandlung des ASEAN in einen Militärblock ausgesprochen, doch verstärken die ASEAN-Staaten ihre Anstrengungen, für den Abzug der vietnamesischen Aggressionstruppen in Kampuchea die Bedingungen zu verbessern. Ein Vertreter des Demokratischen Kampuchea hat diese Initiative grundsätzlich begrüßt. Ebenso die VR China. Bei einem Besuch des thailändischen Ministerpräsidenten in China betonte der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang, daß jede politische Lösung in Kampuchea erst nach vorherigem und vollständigem Rückzug der vietnamesischen Aggressoren möglich sei.

Die Provokationen der Sozialimperialisten fallen zusammen mit dem Ende der Regenzeit in Südostasien. Wenngleich der Einsatz von schweren Waffen und beweglichen Verbänden für die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren leichter ist, verbessern sich ihre Möglichkeiten nur bedingt, durch umfangreiche Einkreisungs- und Säuberungsaktionen die Armee- und Guerillaeinheiten des Demokratischen Kampuchea zu zerschlagen und ihren Ausrottungsfeldzug gegen das kampucheanische Volk ungehindert fortzusetzen. Schon mit Beginn der Regenzeit hatte das kampucheanische Volk eine Änderung der strategischen Lage herbeigeführt.

„Unser Ziel, während der Regenperiode 1980 50000 vietnamesische Soldaten außer Gefecht zu setzen, haben wir bei weitem überschritten. Wir haben 68112 Feinde vernichtet, getötet oder verwundet", heißt es in einem Kommuniqué des Nationalen Verteidigungsministeriums der Regierung des Demokratischen Kampuchea. Die Wirkungen auf die Aggressionsarmee waren steigende Desertion und Meuterei, die durch Versorgungsschwierigkeiten und Krankheiten noch verstärkt wurden. Es zeigten sich Auflösungserscheinungen bei den Marionetten des Heng-Samrin-Regimes. Zum weiteren müssen die Aggressoren ihre Anzahl an Truppen erheblich steigern, um überhaupt Einkreisungs- und Vernichtungsfeldzüge durchzuführen. Während der Regenzeit wurden ganze 10 Operationen auf Regimentsebene durchgeführt, was im wesentlichen am inneren Zustand der Truppen liegt. Die Stellungen der Besatzer mußten stärker ausgebaut werden, was die Notwendigkeit neuer Verbände erforderte. Unlängst liefen in Vietnam auch erneut Zwangsrekrutierungen. Die Armee und die Guerilla des Demokratischen Kampuchea haben ihre Angriffe auf das ganze Land ausgedehnt, auch auf die Grenzgebiete zu Vietnam. Allein im September wurden etwa 14000 vietnamesische Soldaten außer Gefecht gesetzt. Heute operieren die Guerillas in jeder Provinz. Auch werden Aktionen in den Städten durchgeführt, in Phnom Penh ist die sowjetische und vietnamesische Botschaft unter Feuer genommen worden. Gegenwärtig ziehen die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren stärkere Verbände an den Grenzen zu Thailand zusammen. Auch im Juni 1980 war der Überfall auf Thailand ein Versuch, die unaufhörliche Verschlechterung der Lage zu wenden und Voraussetzungen zu schaffen, um die Stützpunkte des Demokratischen Kampuchea im Westen des Landes zu zerstören. Er ist fehlgeschlagen.



Post z.B. wird nur zu 6,8% von den privaten Haushalten benutzt. Zu 48,7% wird er von der Industrie in Anspruch genommen, zu 38,3% vom Handel.

Bundespostminister Gscheidle wendet gleich am ersten Streiktag das Beamtenrecht voll an. In einer Verfügung werden die Oberpostdirektionen angehalten, die über 300000 Beamten (56,5% aller Beschäftigten) in bestreikten Dienststellen einzusetzen und eine Urlaubssperre für Beamte anzuordnen. Auch aus umliegenden Orten werden Beamte in bestreikte Ämter beordert. Gscheidle stützt sich auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom Juli '79, in dem aus der politischen Treuepflicht Streikverbot für Beamte abgeleitet wird. Die Postgewerkschaft antwortet mit Ausdehnung des Streiks auf die Dienststellen, von denen aus Beamte zum Streikbruch eingesetzt werden. Der Vorsitzende der DPG, Breit, verurteilt die Anordnung Gscheidles als Unterhöhlung der Tarifautonomie im Öffentlichen Dienst. Die Verhandlungen über die Einrichtung eines Notdienstes scheitern, weil das Postministerium an der Verordnung festhält. Der DGB und zahlreiche Einzelgewerkschaften erklären sich mit der Postgewerkschaft solidarisch. SPD-Bundestagsabgeordnete verlangen von Gscheidle die Aufhebung der Beamtenverordnung, nachdem sie von Bezirksvorständen der DPG dazu aufge-

posten aufstellen. In Hamburg demonstrieren Polizisten nach Dienstschluß zu einem Streiklokal der Postgewerkschaft und überbringen eine Solidaritätserklärung der Gewerkschaft der Polizei. Die große Tarifkommission der IG Metall Baden-Württemberg und andere Industriegewerkschaftskörperschaften schicken Solidaritätserklärungen und verlangen die Rücknahme der Beamtenverfügung. Gscheidle kommt in Bedrängnis. Er muß neue Verhandlungen anbieten. Damit ist ein Ziel des Streiks der DPG erreicht. Auch Verhandlungen über die Arbeitszeitverkürzungen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen im Schichtdienst mit der GdED, der ÖTV und der GdP werden am Freitagnachmittag fortgesetzt. Bundesinnenminister Baum und das Kabinett schalten sich ein. Gscheidle bietet eine vierte Freischicht für 1983 an. Die DPG weist das Angebot als nach wie vor unzureichend zurück. Die Streiks werden auf den handvermittelten Telefondienst und die Telefonauskunft ausgeweitet. Gscheidle stimmt der gewerkschaftlichen Forderung zu, als Nachtdienst die Zeit zwischen 20 Uhr und 6 Uhr anzurechnen. Damit ist eine für die gesamte Arbeiterbewegung bedeutende Forderung anerkannt. Die übrigen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes lassen sich auf keine Sondervereinbarungen ein. Nach Unterbrechung werden die Verhandlungen am Samstagmittag

Streikposten der DPG in Stuttgart. Für die 1,5fache Anrechnung der Arbeitszeit im Nacht- und Schichtdienst streikten am Samstag während der Verhandlungen 25000 Arbeiter und Angestellte in über 80 Postämtern in der ganzen Bundesrepublik und in Westberlin. Das Amtsgericht Bremen verbot der DPG, „Beamte beim Dienst zu behindern". Andernfalls könne ein Ordnungsgeld bis zu 500000 DM verhängt werden.

bot vor, bringt aber „ins Gespräch", die vierte Freischicht bereits ab 1. Januar '81 einzuführen. Die DPG fordert eine 5. Freischicht für ältere Schichtdienstler. Die Verhandlungen werden unterbrochen. Elias trägt dem über die Regierungserklärung tagenden Kabinett 1½ Stunden über die Verhandlungen vor. Baum und Gscheidle führen zusätzlich ein Gespräch. Am Abend werden die Verhandlungen erneut aufgenommen. Die Ergebnisse lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor.

Gscheidle und die Regierung stehen unter Druck. Eine Weiterführung des Streiks würde seine Ausweitung bedeuten und auf Dauer würden die gewerkschaftlich organisierten Beamten nicht stillhalten. Erkennt die Regierung die Streikziele an, werden die Sparpläne bei den Personalkosten durchbrochen und der Ausdehnung der Schichtarbeit Grenzen gezogen. Auch das bisher

Demokratisches Kampuchea: Ziel während der Regenperiode überschritten

SU-Flugzeugträger droht Thailand / SU-Berater in Kampuchea

jük. Kurz nachdem in der UNO die Mehrheit der Mitglieder den Sitz des Demokratischen Kampuchea anerkannt hatte, sowie die ASEAN-Staaten eine Friedensinitiative auf Grundlage der UNO-Resolution einleiteten, ließen die Sozialimperialisten Kriegsschiffe vor der Küste Thailands aufmarschieren und führten Manöver durch. Überhaupt treten immer offener SU- und auch DDR-Berater in Kampuchea auf. Seit Wochen wird unter Aufsicht von DDR- und SU-Spezialisten schweres Kriegsmaterial nach Kampuchea gebracht. Der Tiefseehafen Kompong Som wird von der SU ausgebaut. Seit Wochen werden auch Verbände der vietnamesischen Aggressionsarmee an den Grenzen Tahilands zusammenge-

riode 1980 50000 vietnamesische Soldaten außer Gefecht zu setzen, haben wir bei weitem überschritten. Wir haben 68112 Feinde vernichtet, getötet oder verwundet", heißt es in einem Kommuniqué des Nationalen Verteidigungsministeriums der Regierung des Demokratischen Kampuchea. Die Wirkungen auf die Aggressionsarmee waren steigende Desertion und Meuterei, die durch Versorgungsschwierigkeiten und Krankheiten noch verstärkt wurden. Es zeigten sich Auflösungserscheinungen bei den Marionetten des Heng-Samrin-Regimes. Zum weiteren müssen die Aggressoren ihre Anzahl an Truppen erheblich steigern, um überhaupt Einkreisungs- und Vernichtungsfeldzüge durchzuführen. Wäh-

Vor der Regierungserklärung Kontakte in USA

Treueschwur zu NATO und US-Hegemonie, aber auch eigene „Perspektiven"

frb. Noch vor Abgabe seiner Regierungserklärung an diesem Montag wollte Helmut Schmidt in den USA die „Grundübereinstimmung zwischen Europa und Amerika und besonders im deutsch-amerikanischen Verhältnis" absichern. Wenigstens insofern soll das Wahlprogramm der SPD erfüllt werden: „Die politische und strategische Einheit der nordatlantischen Allianz unter der Führung der Vereinigten Staaten von Amerika muß erhalten und ausgebaut werden." Der Empfang für Schmidt, der „auf jeden Fall kurz nach den Wahlen mal wieder nach USA reisen" wollte, war kühl. Die US-Regierung verwies darauf, der Besuch sei „nicht offiziell".

Anfang 1978 hatte die NATO beschlossen, die Mitgliedsländer sollten ihre Militärausgaben jährlich um real 3% steigern. Zwar steht Westdeutschland mittlerweile, was die Höhe der Ausgaben betrifft, absolut wie relativ zum Sozialprodukt, wie pro Kopf an zweiter Stelle im NATO-Pakt, aber die USA zahlen weit mehr. Die USA gaben 1979 5,2% ihres Bruttosozialprodukts für Militärausgaben aus, und Reagan will den Anteil auf 6–7% erhöhen. Die BRD wendet 3,3% auf. 58,2% aller Ausgaben in der NATO werden von den USA getätigt, 11,6% von der BRD. Die Anteile der Bevölkerung sind 38,6 und 10,8%. Die USA werden ihre Ausgaben dieses Jahr abzüglich der Preissteigerung um 3,2% erhöhen, Westdeutschland nach den Worten Schmidts um 2,8%, wobei über das Zustandekommen dieser 2,8% längere Streitschriften verfaßt werden. Für 1981 sollen die Parteispitzen von SPD und FDP den realen Zuwachs der Militärausgaben auf 1,7% festgelegt haben. Zwar übertrifft dies die Steigerung des Gesamthaushalts, aber den USA ist dies zu wenig. Sie kosten die Gewißheit aus, daß die westdeutschen Imperialisten es in der Welt nur unter ihrer militärischen Oberhoheit zu etwas bringen. Der Militärapparat ist teuer und die Nutznießer sollen sich an den Kosten beteiligen.

Unmittelbar vor Ankunft der westdeutschen Delegation war ein Bericht des republikanischen Fraktionsführers im Senat, Baker, über die Lage in der NATO veröffentlicht worden. Dort werden die westdeutschen Abweichungen von der US-Linie im Verhalten gegenüber der Sowjetunion kritisiert. Während die BRD immerhin zugeben würde, „daß die Sowjetunion nicht unbedingt nur heilsamen Einfluß auf die internationalen Beziehungen ausübt, glaubt sie andererseits nicht, daß Moskau einem Generalplan zur endgültigen Beherrschung der Welt folgt." Den Grund findet Baker darin, daß sich in Europa ein umfangreiches Handelsvolumen zwischen Ost und West herausgebildet habe. Die BRD exportiere jährlich Waren für 8 Mrd. $ in die UdSSR. Und Haig, vormals Oberbefehlshaber in Europa, nunmehr Anwärter als Reagans Außenminister, ließ wissen, wer mit den USA auf deren eigenen wie auf Auslandsmärkten aktiv konkurriere, müsse auch einen entsprechenden Verteidigungsbeitrag leisten.

Helmut Schmidt versuchte sich im Seiltanz, der etwas komisch geriet. Er verbeugte sich tief vor der Ankündigung Reagans, die Zusammenarbeit mit Europa zu verbessern, um hinzuzufügen, Zusammenarbeit bedeute doch konsultieren, sich gegenseitig fragen. Er versicherte, Westdeutschland werde „auch künftig seiner Verantwortung im Bündnis *weltweit* voll und ganz nachkommen", um hinzuzufügen, das Bündnis müsse „verschiedene Perspektiven verkraften können". Zu seiner Delegation gehörte auch Hermann J. Abs, dessen Deutsche Bank soeben über das 10 Mrd. DM Geschäft mit der UdSSR verhandelt. Eine „verschiedene Perspektive".

Die Themen werden diese Woche in anderer Hinsicht weiterverhandelt werden. Sollte die 3%-Diskussion von beschlossenen Schandtaten etwas ablenken, so auch zusätzliche einleiten. Die „Frankfurter Allgemeine " fordert eine andere Weichenstellung im Bundeshaushalt und wirft die Frage auf: „Soll die Sozialpolitik Vorrang haben oder die Sicherheit in einer immer weniger berechenbar gewordenen Welt?"

Aus dem Inhalt:

Afghanistan

bep. In der laufenden UN-Generalversammlung hat die Sowjetunion nach der Kampuchea-Debatte nun ihre zweite große Niederlage erlitten. 111 Mitgliedsstaaten (bei 22 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen) stimmten für eine Resolution mit der Forderung nach Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan und nach Anerkennung seiner Unabhängigkeit. Im Januar waren es 104 Staaten gewesen, die für eine entsprechende Resolution gestimmt hatten.

Die Besetzung Afghanistans hat die geostrategische Position der SU erheblich verbessert. Aber sie hat einen unerwartet hohen Preis zahlen müssen. Die Kontrolle über das Land hat sie nicht erringen können. Vielen Ländern der 3. Welt sind die Augen über den Charakter des Sozialimperialismus geöffnet worden. Zumindest in dieser Frage ist die SU weitgehend isoliert. Auch die Aggression gegen Kampuchea ist für viele in deutlicherem Licht erschienen.

In der Generalversammlung rechtfertigte der Vertreter der polnischen Regierung das Vorgehen der Sowjetunion. Das polnische Volk mag ermessen, welchen Anteil das Kampucheanische Volk und die Völker Afghanistans, zusammen mit den Blockfreien daran haben, daß es selbst sich bis jetzt noch keiner offenen sowjetischen Intervention erwehren muß. Kampuchea, Afghanistan und nun auch Polen haben sich zu bedeutenden Hindernissen auf dem Weg des sowjetischen Expansionismus entwickelt.

Das sollte nicht zu Illusionen verleiten. Was gegenwärtig die Stärken des afghanischen Widerstands ausmacht, bildet auch seine Schranken. Mit örtlich begrenzten Guerillaoperationen, gestützt auf Dorfgemeinden, Stämme, oder auf regionale, teilweise religiös geprägte Zusammenschlüsse kann die Besetzung des Landes sehr verlustreich und kostspielig für die Okkupanten gemacht werden. Aber die SU wird diese Kosten auf sich nehmen. Wegen wirtschaftlicher Vorteile ist sie auch nicht einmarschiert. Für eine strategische Offensive zur Vertreibung der Besatzer ist ein größerer politischer Zusammenschluß und eine einheitliche militärische Organisation notwendig. Umso dringlicher ist, daß die internationale Unterstützung für die Forderung nach Abzug der sowjetischen Truppen und nach Unabhängigkeit für Afghanistan aufrechterhalten und ausgeweitet wird.

Augsburg: 15000 gegen NPD-Parteitag

Aufruf des DGB / Landesregierung schränkt Demonstrationsrecht ein

jüw. Eine eindrucksvolle Demonstration unter Führung des DGB bekräftigte am 22.11. in Augsburg die Ablehnung des Faschismus und der Reaktion, den Kampf gegen den Neofaschismus und den Willen zur Einheit der Arbeiterklasse. Gegen den in Augsburg stattfindenden NPD-Parteitag demonstrierten 12–15000. Die Teilnehmer der Kundgebung kamen aus ganz Bayern, der Demonstrationszug war 6 Kilometer lang, es war die größte antifaschistische Aktion in Bayern seit 20 Jahren. Redner waren der SPD-Oberbürgermeister von Augsburg, Franca Magnani aus Rom und Georg Benz von der IG Metall.

Obwohl die Demonstrationsleitung die Friedlichkeit der Demonstration garantierte – und angesichts der unangefochtenen Position der Sozialdemokraten in der Organisierung der Demonstration war damit sicher zu rechnen –, hatte die Landesregierung Schikanen „zur Verhinderung von Gewalttätigkeiten“ parat. Der Demonstrationszug wurde durch unbewohnte Gegenden, an Kasernen und Gefängnis vorbei und von der Innenstadt, der Augsburger Bevölkerung entfernt, durch die Marschroute zum Kundgebungsort geleitet.

Der DGB hatte gegen diese Auflagen eine einstweilige Anordnung beantragt, die aber vom zuständigen Gericht abgelehnt wurde. Das hinderte die CSU übrigens nicht, durch Edmund Stoiber eine Grußadresse an die Kundgebung zu schicken. Die SPD hatte in ihrer Grußadresse die Notwendigkeit der Einheit der Arbeiterbewegung betont. Die CSU betonte die Notwendigkeit des „wehrhaften Staates“ und des Radikalenerlasses und hielt ihre „Verurteilung des Radikalismus“ so, daß sie auf „Links- und Rechtsextremisten“ gemünzt war. Ob das als Angebot an die Führung des DGB gemeint war, ist nicht ersichtlich. Die Veranstalter und die Anwesenden nahmen diese Botschaft zumal angesichts der Behinderung der Demonstration durch die Landesregierung als Provokation.



Auf einen Aufruf des DGB, unterstützt von den Einzelgewerkschaften, von Vertretungskörperschaften (z.B. Siemens-Hofmannstraße-Vertrauensleuten), von den Allgemeinen Studentenausschüssen der Universitäten und von politischen Organisationen, demonstrierten in Augsburg 15000 gegen den NPD-Parteitag, gegen Faschismus und Neofaschismus.

Von den Demonstranten wurden bei der Begrüßung besonders die Vertreter verfolgter Antifaschisten und von Widerstandskämpfern sowie die Delegationen ausländischer Arbeiter mit großer Begeisterung aufgenommen.

Zweifellos behinderte der Legalismus, die Verpflichtung auf die „freiheitlich demokratische Grundordnung“, die Ablehnung militanter Aktionen eine schlagkräftige Aktion gegen den NPD-Parteitag. Aber doch wurde in der großen Demonstration die entschiedene Ablehnung der Neofaschisten und der Wunsch nach Einheit der Arbeiterklasse und Volksmassen deutlich. Zutage trat allerdings auch die Schwäche der Marxisten-Leninisten, die in der Aktion die Führung nicht hatten.

Päpstliche Worte an die Arbeiterklasse

bew. Dreißig Reden hat der Papst während seiner fünftägigen Deutschlandreise gehalten. Etwa 1,5 Mio. Menschen waren insgesamt zusammengekommen, um ihn zu sehen und zu hören. Ernüchterung und teilweise auch Enttäuschung hat recht schnell die kurzfristige Euphorie der gläubigen Katholiken abgelöst. Erfreut sind die konservativen Repräsentanten der katholischen Kirche. Der Papst hat wie erwartet keine Zeichen gesetzt für eine Abweichung vom Weg der strengen Restauration der katholischen Kirche. Er hat seine eigene Unfehlbarkeit betont, jegliche Aufweichung der kirchlich abgesegneten Ehe, die Abtreibung und die Abweichung von der kirchlichen Lehrmeinung verdammt, wie dem religiösen Marien- und Heiligenkult neuen Auftrieb gegeben. Wo es ihm zu brenzlig erschien, rettete er sich ins Unverbindliche, etwa bei dem Gespräch mit den Protestanten oder bei der Frage der Empfängnisverhütung.

Sein Aufenthalt in Mainz diente neben den Gesprächen mit den anderen Religionsgemeinschaften dem „Dialog“ mit der „Arbeitnehmerschaft“. Hier betete er am Grab des „roten Ar-

bekommen Arbeiter am ehesten die verheerenden Folgen innerer Entfremdung mit allen daraus erwachsenden Belastungen für den Glauben zu spüren.“ Hier fand er auch Worte gegen den „Schatten der Ungerechtigkeit, der Ausbeutung, des Hasses und der Demütigung“, der die „Arbeit des Menschen nicht beherrschen soll“. Leeres Wortgetöse, um die kirchliche Arbeiterseelsorge und die Kolpingvereine etc. anzupreisen. Seit der Enzyklika „Rerum Novarum“ versucht sich die katholische Soziallehre darin, doch ohne großen Erfolg. Dieses erste päpstliche Rundschreiben sollte die „verderblichen Wirkungen des Geistes der Neuerung“ zurückdrängen, womit der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung gemeint war. Und wenn dies nicht möglich sei, sollte er „wenigstens seine Schärfe verlieren und mildere Formen annehmen“. Dazu wurde zuvorderst und über die Hälfte der Schrift das Recht auf Privateigentum als Forderung der Natur und göttliches Gesetz mit allerlei Bibel- und Heiligenzitaten begründet, sodann den Arbeitern die Armut und die Handarbeit als keine Schande verkündet und der Staat auf-

Gegenstand des Verfahrens: Hermann Feiling

Am 25.11. beginnt der Prozeß gegen Feiling, Straub und Herzinger

hus. Am 23.6.78 explodierte in Heidelberg unter den Händen des Studenten Hermann Feiling eine Bombe. Sie war für das argentinische Konsulat in München bestimmt und sollte ein Akt des Protestes gegen Folter, Kerker und Verschleppungen in diesem Land sein. Es kam nicht mehr dazu. Die Explosion zertrümmerte Hermann Feiling beide Augen und beide Beine.

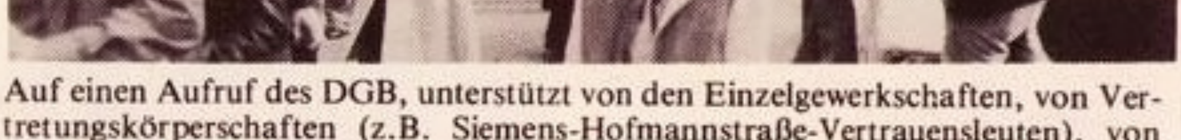
Am 25.11. beginnt vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt der Prozeß gegen Hermann Feiling, Sybille Straub und Silvia Herzinger. Die Staatsanwaltschaft klagt sie der Mitgliedschaft in den Revolutionären Zellen, wegen Sprengstoffvergehen und Brandstiftung an. Als Beweismittel nennt sie: „Einlassung des Hermann Feiling“. Auf was sich Hermann Feiling eingelassen hat, konnte er nicht wissen. Kaum einen Tag nach der Explosion, nach einer schweren Operation noch unter der Einwirkung der

brutal veränderten Umständen ganz langsam wieder zurechtzufinden, zu erfahren, was geschehen war, wo er sich befindet, was mit ihm geschieht. Dem Oberstaatsanwalt war's recht. Er leitete eine Serie von Vernehmungen ein, die erst mehrere Monate nach der Explosion abgeschlossen wurde. Polizei, Staatsanwälte und Richter bedienten sich des „Beweismittels“ Feiling ganz nach Belieben. Daß er auf ihre Fragen antwortete, daß sie nach seinen Antworten seine eigene Verlobte, Sybille Straub, und Silvia Herzinger verhaften konnten, daß sie Sprengstoffverstecke fanden, war ihnen Beweis seiner Vernehmungsfähigkeit genug. „Voll orientiert“, stellte ein Polizeiarzt fest.

Nicht daß die Begründung der Fluchtgefahr oder der Verdunklungsgefahr den Verfolgungsbehörden etwa zu zynisch gewesen wäre, ist der Grund, weshalb der Haftbefehl gegen Hermann Feiling nicht vollstreckt wur-

an ihn weitergegeben oder auch nicht. Der Rechtsanwalt, den seine Verlobte für ihn beauftragt hatte, wurde nicht zu ihm gelassen. Als es ihm mit List gelungen war, selbst einen Rechtsanwalt zu beauftragen, wurde ihm bedeutet, daß seine medizinische Versorgung nicht mehr gewährleistet werden könne, wenn er diesen Rechtsanwalt haben wolle. „Personenhoheit“ nannte ein Kriminalbeamter diese Form der Kontaktsperre, die jeder Sorte von Staatsbediensteten den Zugang zum „Beweismittel Feiling“ sichert und jeden anderen abwehrt, der diese Form von Kooperation nicht mitzumachen im Verdacht steht.

Am Ende waren 1300 Seiten Vernehmungsprotokolle voll, Sybille Straub und Silvia Herzinger in Haft. Die Anklage konnte geschrieben werden. Ob der Angeklagte sie lesen kann, wie er der Hauptverhandlung folgen



wurde in der großen Demonstration die entschiedene Ablehnung der Neofaschisten und der Wunsch nach Einheit der Arbeiterklasse und Volksmassen deutlich. Zutage trat allerdings auch die Schwäche der Marxisten-Leninisten, die in der Aktion die Führung nicht hatten.

Auf einen Aufruf des DGB, unterstützt von den Einzelgewerkschaften, von Vertretungskörperschaften (z.B. Siemens-Hofmannstraße-Vertrauensleuten), von den Allgemeinen Studentenausschüssen der Universitäten und von politischen Organisationen, demonstrierten in Augsburg 15000 gegen den NPD-Parteitag, gegen Faschismus und Neofaschismus.

Päpstliche Worte an die Arbeiterklasse

bew. Dreißig Reden hat der Papst während seiner fünftägigen Deutschlandreise gehalten. Etwa 1,5 Mio. Menschen waren insgesamt zusammengekommen, um ihn zu sehen und zu hören. Ernüchterung und teilweise auch Enttäuschung hat recht schnell die kurzfristige Euphorie der gläubigen Katholiken abgelöst. Erfreut sind die konservativen Repräsentanten der katholischen Kirche. Der Papst hat wie erwartet keine Zeichen gesetzt für eine Abweichung vom Weg der strengen Restauration der katholischen Kirche. Er hat seine eigene Unfehlbarkeit betont, jegliche Aufweichung der kirchlich abgesegneten Ehe, die Abtreibung und die Abweichung von der kirchlichen Lehrmeinung verdammt, wie dem religiösen Marien- und Heiligenkult neuen Auftrieb gegeben. Wo es ihm zu brenzlig erschien, rettete er sich ins Unverbindliche, etwa bei dem Gespräch mit den Protestanten oder bei der Frage der Empfängnisverhütung.

Sein Aufenthalt in Mainz diente neben den Gesprächen mit den anderen Religionsgemeinschaften dem „Dialog“ mit der „Arbeitnehmerschaft“. Hier betete er am Grab des „roten Arbeiterbischofs“ Wilhelm Emmanuel Ketteler, einem der Wegbereiter der katholischen Soziallehre im 19. Jahrhundert, und pries die erste päpstliche Enzyklika zur „soziale Frage“ („Rerum Novarum“, 1891) als Wegbereiter zur Eindämmung der Klassenkonflikte und zur Stärkung des katholischen Einflusses in der Arbeiterklasse, den auch er schwinden sieht. „Offenbar bekommen Arbeiter am ehesten die verheerenden Folgen innerer Entfremdung mit allen daraus erwachsenden Belastungen für den Glauben zu spüren.“ Hier fand er auch Worte gegen den „Schatten der Ungerechtigkeit, der Ausbeutung, des Hasses und der Demütigung“, der die „Arbeit des Menschen nicht beherrschen soll“. Leeres Wortgetöse, um die kirchliche Arbeiterseelsorge und die Kolpingvereine etc. anzupreisen. Seit der Enzyklika „Rerum Novarum“ versucht sich die katholische Soziallehre darin, doch ohne großen Erfolg. Dieses erste päpstliche Rundschreiben sollte die „verderblichen Wirkungen des Geistes der Neuerung“ zurückdrängen, womit der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung gemeint war. Und wenn dies nicht möglich sei, sollte er „wenigstens seine Schärfe verlieren und mildere Formen annehmen“. Dazu wurde zuvorderst und über die Hälfte der Schrift das Recht auf Privateigentum als Forderung der Natur und göttliches Gesetz mit allerlei Bibel- und Heiligenzitaten begründet, sodann den Arbeitern die Armut und die Handarbeit als keine Schande verkündet und der Staat aufgefordert, „die Bewegungen der Masse in ihrer Gier nach fremder Habe mit Kraft zu zügeln.“ Dazu dann einige kräftige Worte gegen die „maßlose Ausbeutung“, Kinderarbeit und für „gerechten Lohn“. Dies sind seit 90 Jahren die Kernpunkte der katholischen Soziallehre. Neues hat der Papst in seiner Mainzer Rede nicht hinzuzufügen.

Gegenstand des Verfahrens: Hermann Feiling

Am 25.11. beginnt der Prozeß gegen Feiling, Straub und Herzinger

hus. Am 23.6.78 explodierte in Heidelberg unter den Händen des Studenten Hermann Feiling eine Bombe. Sie war für das argentinische Konsulat in München bestimmt und sollte ein Akt des Protestes gegen Folter, Kerker und Verschleppungen in diesem Land sein. Es kam nicht mehr dazu. Die Explosion zertrümmerte Hermann Feiling beide Augen und beide Beine.

Am 25.11. beginnt vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt der Prozeß gegen Hermann Feiling, Sybille Straub und Silvia Herzinger. Die Staatsanwaltschaft klagt sie der Mitgliedschaft in den Revolutionären Zellen, wegen Sprengstoffvergehen und Brandstiftung an. Als Beweismittel nennt sie: „Einlassung des Hermann Feiling“. Auf was sich Hermann Feiling eingelassen hat, konnte er nicht wissen. Kaum einen Tag nach der Explosion, nach einer schweren Operation noch unter der Einwirkung der Narkosemittel, als die Ärzte wegen der Lebensgefahr, in der er schwebte, noch nicht einmal wagten, ihn über den Umfang seiner Verletzungen zu informieren, stellte sich ihm eine Person als Anwalt vor. Für den erblindeten Feiling war es ein Rechtsanwalt. In Wirklichkeit war es ein Oberstaatsanwalt. „Sie möchten mich sprechen“, fing er an. Sprechen war für Hermann Feiling die einzige Möglichkeit, sich unter den brutal veränderten Umständen ganz langsam wieder zurechtzufinden, zu erfahren, was geschehen war, wo er sich befindet, was mit ihm geschieht. Dem Oberstaatsanwalt war's recht. Er leitete eine Serie von Vernehmungen ein, die erst mehrere Monate nach der Explosion abgeschlossen wurde. Polizei, Staatsanwälte und Richter bedienten sich des „Beweismittels“ Feiling ganz nach Belieben. Daß er auf ihre Fragen antwortete, daß sie nach seinen Antworten seine eigene Verlobte, Sybille Straub, und Silvia Herzinger verhaften konnten, daß sie Sprengstoffverstecke fanden, war ihnen Beweis seiner Vernehmungsfähigkeit genug. „Voll orientiert“, stellte ein Polizeiarzt fest.

Nicht daß die Begründung der Fluchtgefahr oder der Verdunklungsgefahr den Verfolgungsbehörden etwa zu zynisch gewesen wäre, ist der Grund, weshalb der Haftbefehl gegen Hermann Feiling nicht vollstreckt wurde. Es gab feinere Methoden, seiner habhaft zu bleiben. Da wurden Freunde, die ihn besuchen wollten, im besten Fall nicht zu ihm gelassen, weil Kriminalbeamte ihnen sagten, er wolle sie nicht sehen. Ein Ehepaar, das ihn besuchen wollte, wurde festgenommen und über die Presse lanciert, er habe mundtot gemacht werden sollen. Briefe an ihn wurden ohne seine Zustimmung geöffnet und ganz nach Belieben an ihn weitergegeben oder auch nicht. Der Rechtsanwalt, den seine Verlobte für ihn beauftragt hatte, wurde nicht zu ihm gelassen. Als es ihm mit List gelungen war, selbst einen Rechtsanwalt zu beauftragen, wurde ihm bedeutet, daß seine medizinische Versorgung nicht mehr gewährleistet werden könne, wenn er diesen Rechtsanwalt haben wolle. „Personenhoheit“ nannte ein Kriminalbeamter diese Form der Kontaktsperre, die jeder Sorte von Staatsbediensteten den Zugang zum „Beweismittel Feiling“ sichert und jeden anderen abwehrt, der diese Form von Kooperation nicht mitzumachen im Verdacht steht.

Am Ende waren 1300 Seiten Vernehmungsprotokolle voll, Sybille Straub und Silvia Herzinger in Haft. Die Anklage konnte geschrieben werden. Ob der Angeklagte sie lesen kann, wie er der Hauptverhandlung folgen soll, ob er ihr überhaupt angesichts seines Gesundheitszustandes folgen kann, sind Fragen untergeordneter Bedeutung. Schließlich ist Hermann Feiling Beweismittel in zweifacher Hinsicht: für die Sinnlosigkeit jeden Aktes der Auflehnung und des Protestes gegen die bestehenden Verhältnisse wie für seine eigene und die Verurteilung der beiden Mitangeklagten, Sybille Straub und Silvia Herzinger.

Bundesweites Komitee zur Rettung Kims gegründet

wos. Die Kette der Studentendemonstrationen in Seoul reißt nicht ab: erst letzten Donnerstag sind wieder fünf Studenten verhaftet worden, nachdem am 10. und 11.11. 3000 bzw. 2000 Studentinnen von Frauenuniversitäten demonstriert hatten. – Gleichzeitig verstärken die in der BRD lebenden Südkoreaner ihre Aktionen: am 7.11. organisierte der Deutsch-Koreanische Freundschaftskreis in Westberlin einen Fackelzug, an dem über 300 Koreaner und Deutsche teilnahmen. Am 15.11. demonstrierten in Frankfurt rund 150 Personen. für die Freilassung der Gefangenen und „USA: Hände weg von Korea!“ Einige von ihnen führten im Anschluß einen Hungerstreik durch. Am 17.11. veranstaltete der Deutsch-Koreanische Freundschaftskreis in Westberlin einen Korea-Kulturabend, auf dem u.a. ein Vertreter des evangelischen Bischofs von Westberlin über eine allerdings weitgehend erfolglose Reise nach Südkorea zur Unterstützung der politischen Gefangenen berichtete. – Jetzt haben sich die Kräfte der Korea-Solidarität zu einem bundesweiten Komitee zusammengeschlossen unter der Hauptforderung „Rettet Kim Dae-jung und die anderen politischen Gefangenen!“ Das Komitee hat in mehreren Städten Vertreter. Es braucht Unterstützung.

Kommunen kritisieren Koalitionsvereinbarungen

hjp. Auf dem ersten Bundeskongreß der sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) in Dortmund übten die 400 Delegierten Kritik an den Koalitionsvereinbarungen der Regierung. Besonders kraß waren die Widersprüche der Kommunalpolitiker zur Finanzpolitik und zu den über eine Flut von Verordnungen ständig wachsenden Eingriffen in die Beschlüsse der Kommunen, mit denen sie noch enger an das staatliche Gängelband gelegt wurden. In Initiativanträgen wurden die Vereinbarungen der Regierung zurückgewiesen, immer mehr Kosten, die die gesellschaftliche Reproduktion betreffen, ausschließlich den Kommunen aufzubürden, wie das Zurückziehen von Bundesmitteln aus dem sozialen Wohnungsbau und der Krankenhausfinanzierung. Darüber hinaus wandte sich die SGK gegen die von der FDP eingebrachten Staffelmieten im frei finanzierten Wohnungsbau und forderte mehr Mittel für den sozialen Wohnungsbau, Erhalt des Bestandes an billigen Sozialwohnungen sowie Übertragung der öffentlichen Wohnungsbauförderung an die Kommunen. Außerdem wurde auf dem Kongreß erwogen: Beteiligung an der Mehrwertsteuer, ein Pfennig aus der Mineralölsteuer für den öffentlichen Nahverkehr, keine von der Koalition geforderte Abschaffung der Steuervergünstigungen für Sparkassen, Abschaffung des Systems der zweckbezogenen und projektorientierten Finanzzuweisungen.

GEW-Klage zur 40-Stunden-Woche abgewiesen

svm. Das Arbeitsgericht Bonn hat am 18.11.80 die Klage der GEW, die Tarifgemeinschaft deutscher Länder zu verurteilen, die 40-Stunden-Woche für *angestellte* Lehrer einzuhalten, abgewiesen (1 Ca 1693/80). Aufgrund der Sonderregelung des BAT in §21 gilt für angestellte Lehrer die Arbeitszeitregelung des Beamtengesetzes entsprechend. §78 Landesbeamtengesetz NRW lautet: „Die regelmäßige Arbeitszeit darf wöchentlich im Durchschnitt 40 Stunden nicht überschreiten“. Auf diese Vorschriften stützte sich die GEW in der Klage. Die Klage wurde mit formellen Gründen abgewiesen. Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder hatte vorgetragen, es fehle der Klage das Rechtsschutzbedürfnis, weil die Tarifgemeinschaft keine Möglichkeiten hätte, die Bundesländer zur Einhaltung der 40-Stunden-Woche anzuhalten. Dieser Argumentation ist das Arbeitsgericht Bonn gefolgt. Im Hinblick auf die Tarifbindungsregelung in §§ 2,3 Tarifvertragsgesetz ist die Entscheidung sehr zweifelhaft.

Auch Gelöbnis in Stuttgart ein Schuß nach hinten

stg. Als „depremierend“ und „niederschmetterend“ schätzt die „Stuttgarter Zeitung“ den Verlauf des öffentlichen Gelöbnisses im Hof des Stuttgarter Neuen Schlosses ein. Mehrere Tausend vor allem junge Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten machten mit ihrem Protest diese Propagandaaktion von Bundes- und Landesregierung zu einem Fiasko. „Schluß mit der Vereidigung“ und „Raus aus der NATO“ waren die meistgerufenen Parolen.

600 Mio. DM Rüstungssonderhilfe für die Türkei

gih. Die Bundesregierung hat mit der türkischen Regierung ein Abkommen über eine einmalige Rüstungssonderhilfe in Höhe von 600 Mio. DM zur Modernisierung der türkischen Armee geschlossen. „Mit dieser Rüstungssonderhilfe gewährt die Bundesrepublik Deutschland einem für die Sicherung der Südostflanke des Atlantischen Bündnisses bedeutenden und mit unserem Lande traditionell befreundeten Allianzpartner ... eine erhebliche Unterstützung zur Erhaltung und Stärkung seiner Verteidigungskraft.“ Seit 1964 hat die Türkei insgesamt aus Westdeutschland 1,8 Mrd. DM Militärhilfe erhalten. Aus der Sonderhilfe werden fast 80 Kampfpanzer Leopard-1 sowie Panzerabwehrraketen des Typs „Milan“ und die Umrüstung von M-48-Panzern auf Dieselmotoren und 105-Millimeter-Kanonen westdeutscher Produktion finanziert.

„Sandinistische Revolution" in Nicaragua: Alte und neue Fehler

Um die Unabhängigkeit des Landes und den sozialen Inhalt der Revolution muß noch gekämpft werden

chs. Nicaragua, mit 139000 Quadratkilometern die größte der fünf mittelamerikanischen Republiken, ist ein an natürlichen Schätzen reiches Land. Baumwolle, Zucker, Kaffee, Kakao, Bananen, Fleisch, Holz, außerdem Gold und Kupfer sind die wichtigsten Exportprodukte. Ausgedehnte Seen und Flüsse bieten sich an zur Bewässerung des Landes. Aber keine der herrschenden Klassen ist bisher in der Lage gewesen, diese Reichtümer für die Entwicklung des Landes zu nutzen.

Die Erkämpfung der Unabhängigkeit von der spanischen Kolonialherrschaft zu Beginn des 19. Jhs. hatte in Lateinamerika keine neue Klasse an die Macht gebracht. Die alte Feudalklasse, verkleidet jetzt als republikanische Bourgeoisie, sah keine Veranlassung, ihr träges Aristokratenleben aufzugeben, blieb doch der Großgrundbesitz unangetastet, damit alle Formen feudaler Bereicherung. Der peruanische Marxist J.M. Mariátegui hat diese Art von Bourgeoisie so charakterisiert: „Für den Kapitalisten, oder besser gesagt, die kreolischen Eigentümer, war die Rente eher ein Begriff als die Produktion. Die Abenteuerlust, der Schöpfergeist, das Organisationsvermögen, die den wirklichen Kapitalisten charakterisieren, sind bei uns fast unbekannt." Allein durch sein Monopol an Boden verschaffte er sich einen Anteil an dem ausländischen Kapital, das den Rohstoffhandel und damit die ganze nationale Wirtschaft beherrschte. Unter diesen Bedingungen, so Mariátegui, „war die Herausbildung einer starken städtischen Bourgeoisie ökonomisch unmöglich. Die spanische Erziehung stellte sich grundsätzlich gegen die Ziele und Notwendigkeiten der Industrialisierung und des Kapitalismus, sie bildete weder Händler noch Techniker aus, sondern Advokaten, Literaten, Theologen usw. Diese mußten, wenn sie nicht gerade eine besondere Vorliebe für das Jakobinertum oder die Demagogie entwickelten, die Klientel für die Kaste der Grundeigentümer stellen."

Erste selbständige Regungen der Bourgeoisie zeigten sich in Nicaragua erst im letzten Viertel des 19. Jhs., nachdem die Einbeziehung in den Weltmarkt im größeren Stil vollzogen war. Dieser Entwicklung entsprachen einige ökonomische und politische Maßnahmen, die fast ausschließlich auf die Förderung des Kaffeeanbaus ausgerichtet waren. Doch auch hier wurde die Ausdehnung des kultivierba-

von Bourgeoisie so charakterisiert: „Für den Kapitalisten, oder besser gesagt, die kreolischen Eigentümer, war die Rente eher ein Begriff als die Produktion. Die Abenteuerlust, der Schöpfergeist, das Organisationsvermögen, die den wirklichen Kapitalisten charakterisieren, sind bei uns fast unbekannt." Allein durch sein Monopol an Boden verschaffte er sich einen Anteil an dem ausländischen Kapital, das den Rohstoffhandel und damit die ganze nationale Wirtschaft beherrschte. Unter diesen Bedingungen, so Mariátegui, „war die Herausbildung einer starken städtischen Bourgeoisie ökonomisch unmöglich. Die spanische Erziehung stellte sich grundsätzlich gegen die Ziele und Notwendigkeiten der Industrialisierung und des Kapitalismus, sie bildete weder Händler noch Techniker aus, sondern Advokaten, Literaten, Theologen usw. Diese mußten, wenn sie nicht gerade eine besondere Vorliebe für das Jakobinertum oder die Demagogie entwickelten, die Klientel für die Kaste der Grundeigentümer stellen."

Erste selbständige Regungen der Bourgeoisie zeigten sich in Nicaragua erst im letzten Viertel des 19. Jhs., nachdem die Einbeziehung in den Weltmarkt im größeren Stil vollzogen war. Dieser Entwicklung entsprachen einige ökonomische und politische Maßnahmen, die fast ausschließlich auf die Förderung des Kaffeeanbaus ausgerichtet waren. Doch auch hier wurde die Ausdehnung des kultivierba-
ren Bodens betrieben, ohne den Großgrundbesitz anzutasten. Nur die Kirche mußte brachliegendes Land herausgeben. Eine Verteilung von Boden fand statt, aber verteilt wurden die günstig gelegenen Gemeindeländereien der indianischen Dorfgemeinschaften, was eine weitere Ausdehnung des Großgrundbesitzes, neben ärmlichsten kleinen Subsistenzwirtschaften zur Folge hatte. Gleichzeitig wurde mit dem Bau eines Straßen-, Eisenbahn- und Telegrafennetzes begonnen. Konsequentester Vertreter dieser liberalen Reformbestrebungen war José Santos Zelaya (1893–1909). Unter seiner Regierung wurde das erste Berufsheer aufgebaut, die von den Engländern besetzte Atlantikzone reintegriert und vor allem der Spielraum der USA deutlich eingeschränkt. Zelaya nahm keine Kredite an, wenn man sie ihm zu ungünstigen Bedingungen aufzwingen wollte, enteignete einen nordamerikanischen Kapitalisten und lehnte es ab, mit den USA einen Vertrag über deren exklusives Recht für einen inter-ozeanischen Kanalbau und die Errichtung von Militärbasen abzuschließen. Das ging direkt gegen die Vorherrschaftsbestrebungen des US-Imperialismus im karibischen Raum. Zelaya wurde 1909 gestürzt, und mit seinem Sturz begann die Ära der militärischen Besetzung Nicaraguas durch die US-Army. Marionettenfiguren aus den reaktionärsten Teilen der Bourgeoisie nahmen unter direkter Kontrolle des Weißen Hauses die Regierungsgeschäfte wahr. Die USA bekamen die Exklusivrechte für den Kanalbau mit der Kontrolle des Golfs von Fonseca und der Islas del Maiz. Der Straßen- und Eisenbahnbau stagnierte, öffentliche Investitionen fanden nicht mehr statt. Die Kommerzialisierung des Kaffees, vorher in den Händen der Anbauer selbst, wurde von einer nordamerikanischen Kompanie übernommen. Diese Entwicklung mußte zu Widersprüchen innerhalb der herrschenden Klasse führen. Die Kaffeeanbauer, ökonomisch gestärkt durch die günstigen Kaffeepreise auf dem Weltmarkt, sahen sich als „Liberale" plötzlich außerhalb jeder politischen Einflußnahme, was ihre zeitweise Unterstützung einer Reihe von Volksbewegungen gegen die Fremdherrschaft begründete, die im wesentlichen von Vertretern der Mittelschichten geführt wurden.

Es war gerade ein „Liberaler", J.M. Moncada, der 1927 mit der Unterzeichnung des Stimpson-Moncada-Pakts den kolonialen Status Nicaraguas festschrieb. Vereinbart wurde u.a. die Auflösung des „konstituiniellen Heeres", das die Liberalen als Antwort auf den Putsch der Rechten formiert hatten, Bestätigung aller territorialen und maritimen Rechte der USA und Verbleib der Besatzungstruppen bis zum Aufbau einer bewaffneten Nationalgarde als „berufsmäßige und apolitische" Institution. Alle Generäle des „konstitutionellen" Heeres akzeptierten und legten die Waffen nieder, mit Ausnahme eines Generals, Augusto Cesar Sandino, der sich mit zweihundert Bewaffneten zur Fortsetzung des Kampfes in die Berge zurückzog.

Sandino, Sohn eines mittleren Bauern, hatte mehrere Jahre als Arbeiter in verschiedenen US-Firmen in Mittelamerika und Mexiko gearbeitet. Mit großem militärischen und organisatorischen Geschick baute er ein Guerilla-Heer auf, dem sich vor allem Kleinbauern bis hin zu mittleren Grundbesitzern, aber auch Minen- und Plantagenarbeiter und Intellektuelle anschlossen. Die Sandinisten blieben militärisch ungeschlagen. 1933 mußten die US-Truppen abziehen. Als Hinterlassenschaft blieb die „Guardia Nacional". Chef dieser Söldnertruppe war Anastasio Somoza Garcia, Sohn eines heruntergekommenen mittleren Kaffeeplantagenbesitzers. Er war es, der 1934 Sandino auf dem Weg zu Verhandlungen zur „Befriedung des Landes" hinterhältig ermorden ließ, eine Vernichtungswelle gegen die Guerillabewegung einleitete und die Staatsmacht an sich riß. Sandino hatte die ihm gestellte Falle nicht erkannt. Er hatte mit dem Abzug der US-Truppen sein Ziel erfüllt gesehen. Eine grundsätzliche Umwälzung der sozialen Ordnung, vor allem

ten, Bestätigung aller territorialen und maritimen Rechte der USA und Verbleib der Besatzungstruppen bis zum Aufbau einer bewaffneten Nationalgarde als „berufsmäßige und apolitische" Institution. Alle Generäle des „konstitutionellen" Heeres akzeptierten und legten die Waffen nieder, mit Ausnahme eines Generals, Augusto Cesar Sandino, der sich mit zweihundert Bewaffneten zur Fortsetzung des Kampfes in die Berge zurückzog.

Sandino, Sohn eines mittleren Bauern, hatte mehrere Jahre als Arbeiter in verschiedenen US-Firmen in Mittelamerika und Mexiko gearbeitet. Mit großem militärischen und organisatorischen Geschick baute er ein Guerilla-Heer auf, dem sich vor allem Kleinbauern bis hin zu mittleren Grundbesitzern, aber auch Minen- und Plantagenarbeiter und Intellektuelle anschlossen. Die Sandinisten blieben militärisch ungeschlagen. 1933 mußten die US-Truppen abziehen. Als Hinterlassenschaft blieb die „Guardia Nacional". Chef dieser Söldnertruppe war Anastasio Somoza Garcia, Sohn eines heruntergekommenen mittleren Kaffeeplantagenbesitzers. Er war es, der 1934 Sandino auf dem Weg zu Verhandlungen zur „Befriedung des Landes" hinterhältig ermorden ließ, eine Vernichtungswelle gegen die Guerillabewegung einleitete und die Staatsmacht an sich riß. Sandino hatte die ihm gestellte Falle nicht erkannt. Er hatte mit dem Abzug der US-Truppen sein Ziel erfüllt gesehen. Eine grundsätzliche Umwälzung der sozialen Ordnung, vor allem
die Durchführung einer radikalen Agrarreform, war nie sein Programm.

Dieser Fehler wurde auch in den Jahrzehnten des Widerstandes gegen das Somoza-Regime nicht überwunden. Die Front gegen diese schmarotzende Marionette des US-Imperialismus konnte zwar immer weiter verbreitet werden, was im Juli 1979 in dem bewaffneten Volksaufstand der Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) seinen Höhepunkt fand. Doch wie der Aufbau des Landes aussehen soll, darüber gab es innerhalb der FSLN ganz unterschiedliche Vorstellungen. Soweit diese jetzt Gestalt annehmen, sind es nicht die Vorstellungen der Arbeiter und Bauern, die die Revolution gemacht haben, sondern die jener zahlreichen bürgerlichen und kleinbürgerlichen städtischen Zwischenschichten, von denen Mariátegui sprach, die heute fanatische Feinde der „Yankees" sind, ohne selbst eine fortschrittliche Produktionsweise zu repräsentieren. Aus diesen städtischen Zwischenschichten – Lehrern, Beamten, Advokaten, Literaten und Priestern – rekrutiert sich der Kern der Führung der „Sandinisten". Ausmanövriert oder verhaftet wurden die nationalen Kapitalisten, die die Revolution unterstützt hatten, ebenso wie der proletarische Flügel der Bewegung, der sich in einer Reihe sozialistischer Organisationen, insbesondere aber der unabhängigen „Arbeiterfront" organisiert hatte. Diese wurde Anfang 1980 verboten.

Deutlich werden die aufbrechenden Klassenwidersprüche insbesondere in der Agrarreform. Im Programm der Regierung des nationalen Wiederaufbaus wird festgelegt, daß die Länderei-



Vor den Revolutionsfeiern in Managua im Juni 1980, unter einem Bild Sandinos

en, die in Besitz oder Verfügungsgewalt des Somoza-Clans waren, man rechnete mit etwa 60% des nationalen Territoriums, enteignet werden. Die Übereignung des Bodens soll aber grundsätzlich in gesellschaftlicher Form erfolgen; in der Praxis heißt das, daß er zumindest fürs erste in *staatliche* Verwaltung übergeht. Im Dezember 1979 führte ein Funktionär des Nikaraguanischen Instituts der Agrarreform (INRA) dazu aus: „Jetzt mußte dem Bauern Land gegeben werden. Aber ihm das Land in der traditionellen Form der Parzellen zu geben, hätte für uns ein erhebliches Risiko bedeutet ... Denn in einer Produktionseinheit, der Hazienda eines Großgrundbesitzers ... sind Millioneninvestitionen gemacht worden, Investitionen, die häufig der Staat auf Namen von anderen gemacht hat ... Die Technisierung war hoch. Wenn wir jetzt wieder in Parzellen aufteilen, würde diese Technisierung verringert werden oder ganz verschwinden, die Rentabilität ginge herunter. Deshalb mehr Arbeit, mehr Arbeitskraft, weniger Rentabilität. Eindeutig mußte die Produktionseinheit erhalten bleiben, mußte so erhalten bleiben wie sie war."

Daß die Bauern sich aber nicht einfach zum Objekt einer derartigen Kosten-Nutzen-Rechnung machen lassen wollen, geht aus dem gleichen Bericht hervor: „Gleich zu Anfang hatte man ihnen zu verstehen gegeben, daß sie auch bei Schuldentilgung nicht zum Besitzer der Maschinerie werden konnten. Aber wir mußten feststellen, daß das Konzept des kleinbürgerlichen Eigentums so tief in ihnen steckt, daß sie richtige Kapitalisten werden in ihren Wünschen und in einigen Kommunen tatsächlich. Zum Beispiel Kommunen, die, anstatt ihre Milch an andere Kommunen zu verkaufen, es vorziehen, sie in der Stadt zu verkaufen, weil dort gleich bezahlt wird und die Kommune erstens niedriger und zweitens erst später zahlen kann. Wir stellten fest, daß grundsätzliche Elemente des Projekts, wie die gerechte Verteilung, die Kooperation, die Brüderlichkeit zugrundegehen, weil sie von diesem Wunsch nach Eigentum zerstört werden." Die kleinen und mittleren Bauern, von denen viele unter Somoza von ihrem Land vertrieben wurden, werden so erneut in Landarbeiter verwandelt. Mit einem Netz von Beratern, den „asesores" versucht die Regierung die Widersprüche zu dämpfen und wird dabei immer abhängiger von kubanischen Experten, die sich überall breit machen.

Die Sowjetunion hat den Braten längst gerochen und bietet der Regierungsjunta ihre brüderliche Hilfe an. Im März dieses Jahres reiste eine Delegation von hohen Funktionären der FSLN, angeführt von Tomas Borge, Innenminister und Vorsitzender des ZK der FSLN, auf offizielle Einladung nach Moskau, wo ein Handelsabkommen, ein Abkommen für wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit und ein Luftverkehrsabkommen geschlossen wurden. Dabei haben die Sozialimperialisten einiges erreicht. Der Vertreter Nicaraguas in der UNO hat gegen den Sitz des Demokratischen Kampuchea und für die Anerkennung des Heng-Samrin-Regimes gestimmt. In einem gemeinsamen Kommuniqué mit der Sowjetunion wurde der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan ausdrücklich gerechtfertigt. Das Prinzip der Blockfreiheit, das die Regierung des nationalen Wiederaufbaus zur Leitlinie der Außenpolitik erhoben hat, wird so zur Farce. Die gerade erkämpfte Unabhängigkeit ist in Gefahr, sich nur als Wechsel der Abhängigkeiten darzustellen. Letztendlich werden dadurch nicht nur die Ziele des nicaraguanischen Volkes im Kampf gegen den US-Imperialismus negiert, sondern eine nicht eigenständige Entwicklung bedeutet auch die Gefahr, unter die Kontrolle des US-Imperialismus zurückzufallen. Reagan hat bereits verlauten lassen, daß er daran denkt, Carters 75 Mio. $ Hilfskredit wieder zu kündigen, falls nicht politische Konzessionen gemacht werden.

Peter Lilienthal: „Der Aufstand"

Gefilmt in Nicaragua kurz nach dem Sturz des Somoza-Regimes

gek. Peter Lilienthal, selbst in Lateinamerika aufgewachsen, der in seinem bisher bekanntesten Film „Es herrscht Ruhe im Land" das aussischtslose An-

das Haus, das Studium der Schwester heranschaffe, daß er *schließlich* nur Techniker, nicht direkt Soldat sei, daß er *schließlich* – brechen schnell zu-

grundsätzlich in gesellschaftlicher Form erfolgen; in der Praxis heißt das, daß er zumindest fürs erste in *staatliche* Verwaltung übergeht. Im Dezember 1979 führte ein Funktionär des Nikaraguanischen Instituts der Agrarreform (INRA) dazu aus: „Jetzt mußte dem Bauern Land gegeben werden. Aber ihm das Land in der traditionellen Form der Parzellen zu geben, hätte für uns ein erhebliches Risiko bedeutet ... Denn in einer Produktionseinheit, der Hazienda eines Großgrundbesitzers ... sind Millioneninvestitionen gemacht worden, Investitionen, die häufig der Staat auf Namen von anderen gemacht hat ... Die Technisierung war hoch. Wenn wir jetzt wieder in Parzellen aufteilen, würde diese Technisierung verringert werden oder ganz verschwinden, die Rentabilität ginge herunter. Deshalb mehr Arbeit, mehr Arbeitskraft, weniger Rentabilität. Eindeutig mußte die Produktionseinheit erhalten bleiben, mußte so erhalten bleiben wie sie war."

Daß die Bauern sich aber nicht einfach zum Objekt einer derartigen Kosten-Nutzen-Rechnung machen lassen wollen, geht aus dem gleichen Bericht

das Konzept des kleinbürgerlichen Eigentums so tief in ihnen steckt, daß sie richtige Kapitalisten werden in ihren Wünschen und in einigen Kommunen tatsächlich. Zum Beispiel Kommunen, die, anstatt ihre Milch an andere Kommunen zu verkaufen, es vorziehen, sie in der Stadt zu verkaufen, weil dort gleich bezahlt wird und die Kommune erstens niedriger und zweitens erst später zahlen kann. Wir stellten fest, daß grundsätzliche Elemente des Projekts, wie die gerechte Verteilung, die Kooperation, die Brüderlichkeit zugrundegehen, weil sie von diesem Wunsch nach Eigentum zerstört werden." Die kleinen und mittleren Bauern, von denen viele unter Somoza von ihrem Land vertrieben wurden, werden so erneut in Landarbeiter verwandelt. Mit einem Netz von Beratern, den „asesores" versucht die Regierung die Widersprüche zu dämpfen und wird dabei immer abhängiger von kubanischen Experten, die sich überall breit machen.

Die Sowjetunion hat den Braten längst gerochen und bietet der Regierungsjunta ihre brüderliche Hilfe an. Im März dieses Jahres reiste eine Delegation von hohen Funktionären der

che und technische Zusammenarbeit und ein Luftverkehrsabkommen geschlossen wurden. Dabei haben die Sozialimperialisten einiges erreicht. Der Vertreter Nicaraguas in der UNO hat gegen den Sitz des Demokratischen Kampuchea und für die Anerkennung des Heng-Samrin-Regimes gestimmt. In einem gemeinsamen Kommuniqué mit der Sowjetunion wurde der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan ausdrücklich gerechtfertigt. Das Prinzip der Blockfreiheit, das die Regierung des nationalen Wiederaufbaus zur Leitlinie der Außenpolitik erhoben hat, wird so zur Farce. Die gerade erkämpfte Unabhängigkeit ist in Gefahr, sich nur als Wechsel der Abhängigkeiten darzustellen. Letztendlich werden dadurch nicht nur die Ziele des nicaraguanischen Volkes im Kampf gegen den US-Imperialismus negiert, sondern eine nicht eigenständige Entwicklung bedeutet auch die Gefahr, unter die Kontrolle des US-Imperialismus zurückzufallen. Reagan hat bereits verlauten lassen, daß er daran denkt, Carters 75 Mio. $ Hilfskredit wieder zu kündigen, falls nicht politische Konzessionen gemacht werden.

Peter Lilienthal: „Der Aufstand"

Gefilmt in Nicaragua kurz nach dem Sturz des Somoza-Regimes

gek. Peter Lilienthal, selbst in Lateinamerika aufgewachsen, der in seinem bisher bekanntesten Film „Es herrscht Ruhe im Land" das aussischtslose An-
kämpfen der Stadtguerilla Uruguays gegen die Militärjunta in eine vor Schrecken starre Spielfilm-Handlung umsetzte, hatte die Gelegenheit, drei Monate nach dem Sieg der Volksmassen von Léon, der zweiten Stadt Nicaraguas, gegen die Nationalgarde Somozas diese Volkserhebung, wiederum in eine Spielfilm-Handlung gekleidet, mit den Vorstadtproletariern Léons selbst nachzuspielen. Lilienthal möchte seinen Film ausdrücklich nicht als „Revolutionsfilm" verstanden wissen, sondern als die Darstellung individueller, menschlicher Konflikte in revolutionären Zeiten. Nur ordnen sich in Zeiten einer Revolution alle individuellen Konflikte noch viel strenger und ersichtlicher als sonst dem einen, beherrschenden Gesellschaftskonflikt unter, der gelöst werden muß, bevor irgend etwas sonst gelöst werden kann. So ist „Der Aufstand", der Regisseur mag das wollen oder nicht, doch ein Film über diese Revolution geworden, und daraus bezieht er hauptsächlich seine Spannung und seine Ästhetik.

Die Schranken des Films und seiner Handlung sind auch die Schranken dieser Revolution selbst; man kann sie also dem Autor nicht unbedingt anlasten. Agústin, junger Soldat der Nationalgarde Somozas, kommt auf Urlaub nachhause. Der Vater, Arbeiter, nimmt ihn auf dem Busbahnhof finster blickend in Empfang, beachtet sein Geschenk nicht, rennt mit dem Sohn unter den Blicken der Nachbarn wie unter Spießruten nachhause. Der muß die Uniform ausziehen, bevor er sich zu Tisch setzen kann. Seine Rechtfertigungen: daß *schließlich* er das Geld für

das Haus, das Studium der Schwester heranschaffe, daß er *schließlich* nur Techniker, nicht direkt Soldat sei, daß er *schließlich* – brechen schnell zu-
sammen. Die Schwester ist schon bei den Sandinisten. Agústin will nicht mehr in die Kaserne zurück. Aber der Hauptmann – im Film einziger Vertreter der herrschenden, in Luxus lässig hinlebenden Militärkaste, der sich Agústin als seinen Leibeigenen hält, mit kannibalischer Zuneigung – holt ihn mit der Drohung aus dem Haus, die Nachbarn und den Vater als Geiseln zu erschießen.

Die Straßenscharmützel zwischen den Sandinistas, Jugendlichen, fast Kindern, mit von den Frauen handgefertigten Bomben und Handfeuerwaffen, nehmen zu. Immer wahlloser der Terrorismus der Konterrevolution: Jungen, die eine Kirche besetzen und Transparente raushängen, werden mit Kugeln durchsiebt. Agústin flieht zum zweiten Mal, in voller Montur diesmal, zur Guerilla, die sich zum Sturmangriff fertigmacht. Der Oberst zieht sich mit frisch genommenen Geiseln, darunter Agústins Vater, in die Polizeifestung der Stadt zurück; als die Lage unhaltbar wird, treibt der die Geiseln als lebende Mauer vor sich her, der Panzerwagen wie ein vorsintflutliches Ungeheuer in der Mitte des biblischen Schreckenszuges; vergebens, die Guerilla schwärmt überall umher, letzte Schußwechsel, in denen Agústin wie der Hauptmann umkommen.

Diese Revolution geht so organisiert wie spontan ab; hier braucht man scheinbar keine Partei. Ein ganzes Volk gegen eine Handvoll Bedrücker, Sklavenhalter, eine vertierte Soldateska (aus der sich nur Agústin abhebt); eine Revolution von keiner bestimmten



Basis aus und für kein bestimmtes soziales Ziel; eine Vorstadtrevolution, worin Arbeiter ohne Arbeit und Bauer ohne Land dasselbe sind. Hier scheinen alle Produktionsinstrumente außer Betracht zu liegen; eine Nähmaschine ist das einzige Arbeitsinstrument, das im Film vorkommt; hier sprechen nur noch die Waffen; das Leben ist Armut, Brüderlichkeit und Kampf. Eine Revolution mit indianischen Gesichtszügen, aber in T-Shirt und Jeans. Der Sieg ein Straßenfest unter Girlanden mit Feuerwerk. Die Freude der Spontizuschauer im Westberliner „Off" war verständlich, aber auch etwas unüberzeugt. Nicaragua, das ist eben heute schon klar, ist ein Glied in der langen Kette lateinamerikanischer Volkserhebungen und Umstürze; um den sozialen Inhalt der Revolution wird erst noch gekämpft.

Türkische Militärregierung auf dem reaktionären Weg

bep. In den ersten neun Monaten dieses Jahres betrug das Außenhandelsdefizit der Türkei 2,6 Milliarden Dollar, gegenüber 1,97 Milliarden Dollar im gleichen Zeitraum des Vorjahrs. Die Kredite des Internationalen Währungsfonds und anderer Institutionen, die seit dem Militärputsch wieder verstärkt ins Land geflossen sind, werden in großem Umfang zur Finanzierung des Imports von Rohstoffen, Vorprodukten, Maschinen und Ersatzteilen verwandt, um im Inneren eine Ausdehnung der Produktion zu ermöglichen. Der Export ist demgegenüber real sogar gesunken. Die Regierung bereitet Gesetzentwürfe zur „Wirtschaftssanierung" vor. Über eine geplante Reform der Rentenversicherung heißt es, sie solle die Betriebe entlasten. Eine Steuerreform soll u.a. die unteren Einkommen begünstigen. Andererseits ist die Einführung einer direkten Besteuerung landwirtschaftlicher Einkommen geplant. Gleichzeitig soll das System staatlich garantierter Ankaufspreise für landwirtschaftliche Produkte abgebaut werden.

Die Militärregierung nimmt für sich in Anspruch, die Zahl der Todesopfer bei Terroranschlägen und bewaffneten Kämpfen seit dem September um 90% gesenkt zu haben. Möglicherweise verschafft ihr das bei der von den blutigen Auseinandersetzungen erschöpften Bevölkerung noch einen gewissen Kredit. Dazu könnten auch die Maßnahmen gegen die faschistische MHP beitragen. Zusammen mit einer Reihe von Funktionären ist ihr Vorsitzender Türkes noch in Haft. Ebenso wie der gleichfalls inhaftierte Vorsitzende der Nationalen Heilspartei, Erbakan, wurde er unlängst zu zwei Monaten Haft wegen Verstoßes gegen das Wahlgesetz verurteilt. Das eigentliche Verfahren gegen Türkes wegen Hochverrats und Anstiftung zum Aufstand steht aber noch bevor.

Alle politischen Organisationen sind nach wie vor verboten. Nach Angaben der Regierung sind seit dem Putsch 6900 Personen interniert, 3900 verhaftet und 746 formal verurteilt worden. Die Anzeichen mehren sich, daß innerhalb des Militärs die Kräfte die Oberhand haben, die die Bekämpfung des Terrors zum Vorwand der Unterdrückung der Arbeiter und Bauern machen wollen. Vor allem wegen Kritik an der Wirtschaftspolitik der Regierung wurde die Tageszeitung Cumhuriyet von der Kriegsrechtverwaltung in Istanbul verboten – derselben Kriegsrechtverwaltung, die auch Aydinlik, die Tageszeitung der TIKP (Türkische Arbeiter- und Bauernpartei) verboten hatte. Cumhuriyet durfte allerdings nach anderthalb Wochen wieder erscheinen. Das militärische Sondergericht, das aufgrund des Ausnahmezustandes amtiert, hat jetzt Haftbefehl gegen den Vorsitzenden und 42 Funktionäre der TIKP erlassen. Die Anklage richtet sich offenbar vor allem gegen Enthüllungen der TIKP über die Aktivitäten terroristischer Kräfte innerhalb des Staatsapparates.

El Salvador: Unvermindert bestialischer Terror von Armee und faschistischen Banden

hev. Während Beamte des US-Außenministeriums davon ausgehen, daß die mit äußerster Brutalität durchgeführten Aktionen des salvadorianischen Militärs gegen die Bevölkerung und den von ihr unterstützten Zusammenschluß verschiedener Organisationen zur „Revolutionären Koordination der Massen" ein Erfolg gewesen seien und die revolutionären Kräfte gespalten haben, verlautet aus den Kreisen der „Koordination", daß die Offensive von Mitte Oktober gescheitert sei. Das US-Außenministerium ist beruhigt über den Friedensvertrag zwischen Honduras und El Salvador, der den sog. „Fußballkrieg" von 1969 beendet. Die Junta kann jetzt ein Gebiet kontrollieren, in das sich 15000 Menschen geflüchtet hatten.

Ganz ohne Risse war das revolutionäre Bündnis allerdings nicht geblieben. Es hatte sich erst am 23.2.80 auf eine „Plattform der Revolutionären demokratischen Regierung" geeinigt und die Aufgaben und Ziele der Revolution in El Salvador formuliert: „Zerschlagung der reaktionären Militärdik-

Plattform von den Volksligen des 28. Februar (LP-28), der Nationalen Demokratischen Union (UDN), der Front der Vereinigten Volksaktion (FAPU) und dem Revolutionären Volksblock (BPR). Der Sieg der Sandinisten in Nicaragua war der Katalysator für die Vereinigung und einen neuen Aufschwung der Volkskämpfe gewesen.

Der Terror der Regierungsjunta, dem seit Januar über 8000 Menschen zum Opfer fielen – selbst vor der Erschießung des Erzbischofs Romero während einer Messe im März '80 waren die paramilitärischen Banden nicht zurückgeschreckt – trifft die revolutionären Organisationen an einem wunden Punkt ihrer Strategie: soll ein langandauernder Volkskrieg geführt werden oder kann ein allgemeiner Aufstand jetzt die Entscheidung bringen? Im mit 4,5 Mio. Menschen dichtbesiedelten El Salvador, ungefähr so groß wie Hessen, gibt es bisher keine befreiten Gebiete, und die geografischen Bedingungen, solche zu errichten, sind erheblich schlechter als im teilweise ge-

schafft ihr das bei der von den blutigen Auseinandersetzungen erschöpften Bevölkerung noch einen gewissen Kredit. Dazu könnten auch die Maßnahmen gegen die faschistische MHP beitragen. Zusammen mit einer Reihe von

gegen den Vorsitzenden und 42 Funktionäre der TIKP erlassen. Die Anklage richtet sich offenbar vor allem gegen Enthüllungen der TIKP über die Aktivitäten terroristischer Kräfte innerhalb des Staatsapparates.

El Salvador: Unvermindert bestialischer Terror von Armee und faschistischen Banden

hev. Während Beamte des US-Außenministeriums davon ausgehen, daß die mit äußerster Brutalität durchgeführten Aktionen des salvadorianischen Militärs gegen die Bevölkerung und den von ihr unterstützten Zusammenschluß verschiedener Organisationen zur „Revolutionären Koordination der Massen" ein Erfolg gewesen seien und die revolutionären Kräfte gespalten haben, verlautet aus den Kreisen der „Koordination", daß die Offensive von Mitte Oktober gescheitert sei. Das US-Außenministerium ist beruhigt über den Friedensvertrag zwischen Honduras und El Salvador, der den sog. „Fußballkrieg" von 1969 beendet. Die Junta kann jetzt ein Gebiet kontrollieren, in das sich 15000 Menschen geflüchtet hatten.

Ganz ohne Risse war das revolutionäre Bündnis allerdings nicht geblieben. Es hatte sich erst am 23.2.80 auf eine „Plattform der Revolutionären demokratischen Regierung" geeinigt und die Aufgaben und Ziele der Revolution in El Salvador formuliert: „Zerschlagung der reaktionären Militärdik-
tatur der Oligarchie und des US-Imperialismus", Volksdemokratie, Außenpolitik „nach den Grundsätzen der Unabhängigkeit und Selbstbestimmung", Nationalisierung der US-Monopole und der von der Oligarchie kontrollierten Einrichtungen, Übergabe des Landes der Großgrundbesitzer an die Bauern und verschiedene soziale Reformen. Unterzeichnet war die

Plattform von den Volksligen des 28. Februar (LP-28), der Nationalen Demokratischen Union (UDN), der Front der Vereinigten Volksaktion (FAPU) und dem Revolutionären Volksblock (BPR). Der Sieg der Sandinisten in Nicaragua war der Katalysator für die Vereinigung und einen neuen Aufschwung der Volkskämpfe gewesen.

Der Terror der Regierungsjunta, dem seit Januar über 8000 Menschen zum Opfer fielen – selbst vor der Erschießung des Erzbischofs Romero während einer Messe im März '80 waren die paramilitärischen Banden nicht zurückgeschreckt – trifft die revolutionären Organisationen an einem wunden Punkt ihrer Strategie: soll ein langandauernder Volkskrieg geführt werden oder kann ein allgemeiner Aufstand jetzt die Entscheidung bringen? Im mit 4,5 Mio. Menschen dichtbesiedelten El Salvador, ungefähr so groß wie Hessen, gibt es bisher keine befreiten Gebiete, und die geografischen Bedingungen, solche zu errichten, sind erheblich schlechter als im teilweise ge-
birgigen Nicaragua. Die herrschende Oligarchie hat es verstanden, im ganzen Land ein 80000 Mann starkes Netz faschistischer Terrorbanden aufzubauen, die mit oder ohne Willen der jeweiligen Regierung gegen die kleinsten Ansätze von Auflehnung unter der Bevölkerung mit Massenerschießungen und bestialischem individuellem Terror vorgehen.

Ghadafi: „Ziellose und verworrene Politik"?

Libyens „Islamische Legion" marschiert in Tschad ein / Afrikanische Staaten fühlen sich bedroht

chm. Am 19. Oktober griff die „Islamische Legion" Libyens in den tschadischen Krieg ein, der das Land faktisch gespalten hat. Die Truppen des Ministerpräsidenten Goukoni, auf deren Seite die „Islamische Legion" kämpft, haben die Verbände FAN (Forces Armées du Nord) des Verteidigungsministers Hissen Habré aus der Nordregion vertrieben und versuchen die Hauptstadt Ndjamena, 1200 km südlich von der libyschen Grenze gelegen, noch dem Norden Tschads zuzuschlagen. Die Angehörigen der christianisierten animistischen Sarastämme sind ebenfalls aus dem Norden vertrieben worden. Sie machen knapp die Hälfte der tschadischen Bevölkerung aus, während der andere Bevölkerungsteil tibestischer Stammeszugehörigkeit ist und mehrheitlich islamisch. Die Nachbarstaaten Tschads fühlen sich durch die libysche Intervention bedroht, zumal ihr verschiedene Infiltrationsversuche vorausgegangen waren. So hat Libyen die Stämme der Toubbou und der Tuareg in Niger bewaffnet und gegen die legitime Regierung eingesetzt, ebenso in Gambia, wo 200 gambianische Moslems von der libyschen Botschaft für ein militärisches Training in Libyen rekrutiert worden sind. Tunesien, Libyens nordafrikanischer Nachbar, hat die Armee in höchste Alarmbereitschaft versetzt, aus Angst vor einer libyschen Intervention; im Februar hatte ein in Libyen ausgebildetes Kommando die südliche Oasenstadt Gafsa überfallen.

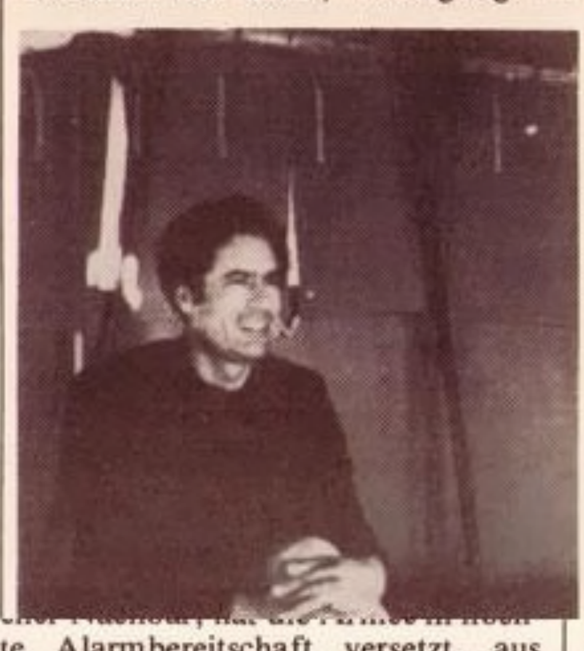
Die theoretische Begründung Libyens für diese Interventionspolitik wurzelt sowohl im arabischen Nationalismus als auch in den Ideen des Panislamismus und ist von Ghadafi als „Dritte Internationale Theorie" schon 1973 entwickelt worden: Die zwei Blöcke, Kapitalismus und Kommunismus, stehen in einem antagonistischen Widerspruch zueinander. Das Schlachtfeld, auf dem dieser Widerspruch ausgetragen wird, ist die 3. Welt, vor allem Asien und Afrika. Der arabischen Nation kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, da sie sowohl in Asien als auch in Afrika gelegen ist und *ihr* die Botschaft des Islam, niedergelegt im Koran, offenbart worden ist. Der Kern dieser Botschaft ist der „Islamische Sozialismus", den sie verpflichtet ist als 3. Internationale Theorie, zu verbreiten. Dazu muß sie vom Objekt zum Subjekt der Geschichte werden. Drei Vorbedingungen sind dafür notwendig: 1. Die Einheit der arabischen Nation zu verwirklichen, 2. den islamischen Sozialismus aufzubauen und 3. die technologische Rückständigkeit zu beseitigen.

Die ersten Versuche richteten sich gegen die arabischen Nachbarstaaten, im Gewande der staatlichen Einheit oder zumindest der Förderation verkleidet. Als die ägyptische Regierung die seit 1971 geplante Einheit hinauszögerte, ließ Ghadafi kurzerhand tausende von Soldaten ohne Uniform über die Grenze nach Ägypten einmarschieren, die Grenzpfähle niederreißen, um den Einheitswillen der libyschen „Massen" zu demonstrieren und rief das ägyptische Volk auf, die Einheit gegen die Regierung durchzusetzen. All diese Einheitsprojekte hatten jeweils wechselnde Partner und wirkten zum Schluß angesichts der komplizierten Lage, in der sich die arabischen Staaten befinden, zumindest unangemessen. Das letzte Projekt wurde Anfang September mit Syrien gestartet und klanglos begraben. (vgl. KVZ 38/80)

Bei der Einmischung in die afrikanischen Staaten beruft sich Libyen auf die Pflicht, alle Muslime zu vereinen, die ' islamische Gemeinde' zusammenzuschließen. Es nutzt die vorhandenen ethnischen und religiösen Widersprüche für ihre Einmischungsversuche. In Bezug auf den Tschad sind sie bis zur Annexion gediehen: Das uranreiche Grenzgebiet Auzou ist seit 1973 von Libyen besetzt.

Diese expansionistische Politik birgt Gefahren für die nationale Unabhängigkeit Libyens. Unmittelbar nach dem Putsch von 1969 wurden die amerikanischen und britischen Militärstützpunkte im Land liquidiert, die Erdölgesellschaften verstaatlicht und mit dem Aufbau einer unabhängigen Wirtschaft, gestützt auf die Erdöleinnahmen und der Entwicklung der Landwirtschaft begonnen. Die libysche Regierung gehörte mit der Regierung Ägyptens zu den ersten, die vor den Gefahren des sowjetischen Hegemonismus warnten. Sie verteidigte die Souveränität der Anrainerstaaten des Mittelmeeres und griff die Präsenz sowjetischer und amerikanischer Flotten dort an. Die westlichen imperialistischen Staaten, vor allem die USA, verhängten zu der Zeit ein Waffenembargo gegen Libyen. Die Intervention im Tschad 1973 ließ es sich an die SU wenden, um die Armee auszurüsten. Schon 1975 besuchte Kossygin Libyen und handelte ein Rüstungsabkommen in Höhe von 4,4 Mrd. Dollar aus. Gekoppelt damit waren Nutzungsrechte für die libyschen Häfen und Flughäfen, lebensnotwendig für die SU seit der Vertreibung aus Ägypten 1972. Sowjetische Militärberater sollten die Ausbildung der libyschen Armee an den neuen Waffen übernehmen. Ein Kooperationsabkommen nach dem anderen folgte, darunter 1975 eines über den Aufbau von Kernreaktoren, die Leistungen bis zu 400 – 600 Megawatt haben sollen, für die die eigenen Uranvorkommen nicht mehr reichen.

Libyens Einnahmen aus dem Öl belaufen sich auf ca. 3 Mrd. $ jährlich bei einer Förderung von 600000 barrel täglich. Wenn diese Förderungsrate beibehalten würde, würden sich die Vorräte in 25 Jahren erschöpfen. Es war ein Ziel des libyschen Revolutionsrates, die Förderung zu drosseln, und solche Industrien aufzubauen, die die Nutzung eines Teils des Erdöls und des Erdgases im Land selber ermöglichen, so z.B. die petrochemische Industrie in der Provinz Tripolitanien oder der Plastikfabrik in der Nähe der Hauptstadt Tripolis. Ein großer Teil der Einnahmen aus dem Erdöl wurde für die Ent wicklung der Landwirtschaft verwandt, um die Abhängigkeit von den Lebensmittelimporten, sie machen 57% aller Importe aus, zu verringern. Die Expansionspolitik der Regierung steht im Widerspruch zu diesen Zielen, bringt die Errungenschaften des libyschen Volkes in Gefahr und schwächt die Kampffront gegen Imperialismus und Hegemonismus.





ste Alarmbereitschaft versetzt, aus Angst vor einer libyschen Intervention; im Februar hatte ein in Libyen ausgebildetes Kommando die südliche Oasenstadt Gafsa überfallen.

Die theoretische Begründung Libyens für diese Interventionspolitik wurzelt sowohl im arabischen Nationalismus als auch in den Ideen des Panislamismus und ist von Ghadafi als „Dritte Internationale Theorie" schon 1973 entwickelt worden: Die zwei Blöcke, Kapitalismus und Kommunismus, stehen in einem antagonistischen Widerspruch zueinander. Das Schlachtfeld, auf dem dieser Widerspruch ausgetragen wird, ist die 3. Welt, vor allem Asien und Afrika. Der arabischen Nation kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, da sie sowohl in Asien als auch in Afrika gelegen ist und *ihr* die Botschaft des Islam, niedergelegt im

klanglos begraben. (vgl. KVZ 38/80)

Bei der Einmischung in die afrikanischen Staaten beruft sich Libyen auf die Pflicht, alle Muslime zu vereinen, die ' islamische Gemeinde' zusammenzuschließen. Es nutzt die vorhandenen ethnischen und religiösen Widersprüche für ihre Einmischungsversuche. In Bezug auf den Tschad sind sie bis zur Annexion gediehen: Das uranreiche Grenzgebiet Auzou ist seit 1973 von Libyen besetzt.

Diese expansionistische Politik birgt Gefahren für die nationale Unabhängigkeit Libyens. Unmittelbar nach dem Putsch von 1969 wurden die amerikanischen und britischen Militärstützpunkte im Land liquidiert, die Erdölgesellschaften verstaatlicht und mit dem Aufbau einer unabhängigen Wirtschaft, gestützt auf die Erdöleinnahmen und der Entwicklung der Land-

halten würde, würden sich die Vorräte in 25 Jahren erschöpfen. Es war ein Ziel des libyschen Revolutionsrates, die Förderung zu drosseln, und solche Industrien aufzubauen, die die Nutzung eines Teils des Erdöls und des Erdgases im Land selber ermöglichen, so z.B. die petrochemische Industrie in der Provinz Tripolitanien oder der Plastikfabrik in der Nähe der Hauptstadt Tripolis. Ein großer Teil der Einnahmen aus dem Erdöl wurde für die Ent wicklung der Landwirtschaft verwandt, um die Abhängigkeit von den Lebensmittelimporten, sie machen 57% aller Importe aus, zu verringern. Die Expansionspolitik der Regierung steht im Widerspruch zu diesen Zielen, bringt die Errungenschaften des libyschen Volkes in Gefahr und schwächt die Kampffront gegen Imperialismus und Hegemonismus.





Die Rekruten für die „Islamische Legion" werden vor allem unter der Jugend, in den Schulen und Universitäten gewonnen. *Links:* Präsident Ghadafi im Beduinenzelt seines Vaters.

Begins Regierungskoalition kurz vor dem Sturz?

chm. Nur drei Stimmen haben Begins Regierung vor dem Sturz gerettet (s. S. 7). Begin ist extra deswegen aus den USA zurückgekehrt; der Gangster Flatto Sharon, den in Frankreich eine hohe Gefängnisstrafe erwartet, stimmte als „unabhängiger" Abgeordneter für die Likud, nachdem er unmittelbar vor der Abstimmung erklärt hatte, er würde für die Opposition stimmen. Geschwächt ist Begins Regierung durch den wirtschaftlichen Bankrott des Siedlerstaates, die internationale Isolation und die Korruptionsaffären im Innern, letztere verwickelte in ihren Fängen ausgerechnet den Minister für religiöse Angelegenheiten, Benkatzira. Dayan, als Außenminister vor einigen Monaten zurückgetreten, und Weizmann, ebenfalls zurückgetretener Verteidigungsminister, stimmten auch gegen die Regierung. Beide bereiten ihr Comeback als Teil einer Regierungskoalition mit der Arbeiterpartei als Zentrum vor. Die Arbeiterpartei, Mapai, ist in sich gespalten zwischen Peres und Rabin, beide als Spitzenkandidaten, die auf dem Parteitag, am 18.12., auftreten. Rabin scheint eher bereit zu sein, den Nationalreligiösen bei einer Koalition entgegenzukommen. Peres versucht durch außenpolitische Aktivitäten, Besuch bei Sadat, Auftritt vor der Sozialistischen Internationale, sich zu profilieren.

Arabische Gipfelkonferenz am 25.11. in Amman

chm. Die für den 25.11. geplante Gipfelkonferenz der arabischen Staaten findet doch statt. Syrien hatte die Vertagung der Konferenz beantragt, da die Differenzen in den Reihen der arabischen Staaten z.Zt. so groß seien, daß sie auf einer Konferenz nicht beigelegt werden könnten. Diesen Antrag hatten Libyen, Libanon und Südjemen unterstützt. Die PLO hat versucht, in Verhandlungen mit Saudi-Arabien eine Vertagung zu bewirken. In einem Treffen der Außenminister konnte Einigung über die Linie der Konferenz erzielt werden. Als einziger nimmt Präsident Ghadafi von Lybien an der Konferenz nicht teil.

Rumäniens Präsident in Skandinavien

coi. Stockholm. Der rumänische Präsident Ceaucescu hat Schweden, Dänemark und Norwegen einen Staatsbesuch abgestattet. Dabei sprach er sich öffentlich für die Auflösung beider Militärblöcke aus sowie für den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan bei Beendigung der Unterstützung der „Antiregierungstruppen". Er sagte, es sei von großer Bedeutung für Europa, wenn „Polen die Möglichkeit bekommt, sich ohne irgendwelche äußere Einmischung zu entwickeln". „Die polnische Regierung ist stark genug und hat die Fähigkeit, die Probleme des Landes, auch die ökonomischen, zu lösen."

200 sowjetische „Berater" in Guinea-Bissau eingetroffen

chm. Der Putsch in Guinea-Bissau war so gut organisiert, daß Vermutungen aufgekommen sind, daß Experten aus der DDR und aus Kuba an der Vorbereitung beteiligt gewesen sein müßten (Le Monde, 18.11.). Vieira, der neue Präsident, ist ein angesehener Guerillakämpfer. Ihm unterstand während des Befreiungskampfes gegen die portugiesischen Kolonialisten die Südfront. Er abslovierte eine militärische Ausbildung von einem Jahr in Kuba. Guinea-Bissau ist seit 1974 unabhängig. Der Befreiungskampf wurde gemeinsam mit den Kapverden unter Führung der PAIGC geführt. Seit der Gründung der PAIGC schwelte der Widerspruch zwischen den Kreolen aus Kapverden und den schwarzen Afrikanern in Guinea-Bissau. Die Führung der PAIGC lag in den Händen der Kreolen. Das setzte sich auch im Staatsapparat nach der Befreiung fort. Die neue Verfassung, die am 10.11. verabschiedet worden ist, festigte diese Vorherrschaft. Die wirtschaftliche Lage hatte sich in den letzten Monaten verschlechtert. Das Grundnahrungsmittel Reis war aus den Geschäften verschwunden. Unmittelbar nach dem Putsch wurde bekannt, daß 200 sowjetische Berater in der Hauptstadt Bissau eingetroffen seien.

Studentendemonstrationen in Ägypten

chm. Die ägyptische Regierung befahl eine einwöchige Schließung der oberägyptischen Universität Assiut. Vorausgegangen waren dreitägige Demonstrationen der Studenten, die von der Regierung als „unverantwortliche Minderheit, die versucht habe, Unruhen zu entfachen", beschrieben worden sind. Unmittelbarer Anlaß war der Bau einer Mauer um das Universitätsgelände, um es bei Demonstrationen besser und schneller abriegeln zu können. In Assiut, das 400 km südlich von Kairo liegt, war es schon im vergangenen Jahr zu großen Demonstrationen gekommen, die sich gegen das Camp-David-Abkommen zwischen Ägypten und Israel und gegen die Aufnahme des Schahs von Iran in Ägypten richteten.

Abstimmung auf Grönland über EG-Mitgliedschaft

bag.Aarhus. Auf Betreiben der regierenden Unabhängigkeitspartei Siumut werden im Frühjahr 1981 die Bewohner von Kalatdlit Nunat (Grönland) erneut über ihre Mitgliedschaft in der EG abstimmen, für die sich 1972 nur 25% ausgesprochen hatten. Der Widerstand hat sich seitdem eher verstärkt, weil die EG mit ihrer Festlegung von Fangquoten die Grundlagen der traditionellen Produktion der Grönländer zu vernichten droht.



Mitterrand: Kandidat der Sozialistischen Partei Frankreichs zu den Präsidentschaftswahlen

hth. François Mitterrand, der Vorsitzende der französischen Sozialistischen Partei, PS, hat seine offizielle Kandidatur zu den Präsidentschaftswahlen erklärt. Michel Rocard, sein schärfster Konkurrent, zog daraufhin seine Kandidatur zurück.

Mitterrand hat den Kurs seiner Kampagne anderntags mit der Erklärung festgelegt: „Ich bin frei von Verpflichtungen gegenüber der regierenden Klasse. Ich habe niemandem gegenüber Verpflichtungen – weder in Washington noch in Moskau." Auch sonst verspricht es wohl eine relativ „linke" Linie zu werden für einen Mann, der als Kabinettsmitglied die Verantwortung für die Kolonialkriege in Algerien und Indochina mitgetragen hat, der Innenminister zu Zeiten war, als die Pariser Polizei an einem einzigen Nachmittag über 160 Algerier erschoß, die für die FLN demonstrierten.

Die Sozialistische Partei führt derzeit Kampagnen gegen das Gesetzesprojekt „Liberté et Securité", unterstützt illegale Rundfunksender, verlangt eine „Reinigung der Polizei". Die Verteidigung bürgerlicher Freiheitsrechte will Mitterand in den Vordergrund stellen.

Mitterrand und Rocard repräsentieren zwei Lager innerhalb der Sozialistischen Partei, die sich nach dem Bruch der Linksunion mit der KPF, der Kommunistischen Partei, herausgebildet haben. 1977 hatte die KPF in der Vorbereitung der Parlamentswahlen eine Änderung des gemeinsamen Programms verlangt, die darauf hinauslief, ihr zusätzlich das halbe Innenministerium sowie eine überproportionale Beteiligung in Aufsichtsräten staatlicher Firmen zu garantieren. Die Sozialistische Partei weigerte sich; zwischen den Wahlgängen kam es, von Marchais provoziert, zum Eklat, die „Linksunion" verlor knapp und die KPF schoß sich auf die PS ein.

Beide, Mitterrand wie Rocard, streben die absolute Mehrheit an. Umstritten ist die Taktik. Mitterrand hält weiter an der Linie fest, mit der er die Parteiführung übernommen hat: 1. Öffnung der Partei nach links, Konzentration auf die Arbeiterbewegung als Ausgangsbasis; 2. Linksunion mit der KPF, Kurs einer bürgerlichen Arbeiterpartei in der Opposition; 3. Brechen des KPF-Einflusses bis hin zur absoluten Mehrheit.

Tatsächlich hat die Sozialistische Partei über diese Taktik ihre Position in der Arbeiterbewegung stärken können. In allen vorangegangenen Wahlen hat sie die KPF als stärkste Oppositionspartei abgelöst. Die sozialistische Gewerkschaft CFDT hat zwar weit weniger Mitglieder als die CGT; bei den letzten Betriebsratswahlen hat sie dieser jedoch teilweise schlimme Verluste zufügen können. Obwohl die KPF die PS inzwischen als Hauptfeind angreift, hält Mitterrand an der Taktik der Linksunion fest. Jospin, sein engster Mitarbeiter, kritisierte den Chauvinismus und den offen hervorquellenden Rassismus der KPF und erklärte: „Die Linksunion wird wieder entstehen, wenn die KPF nach einer Wahlniederlage aus den eigenen Reihen unter Druck kommt." Der Vorstand der Pariser KPF-Sektion hat sich geweigert, den Wahlkampf für Marchais zu führen; Ellenstein, ausgeschlossenes Politbüromitglied der KPF, gehört zu Mitterrands Wahlkampfmannschaft.

Rocard hält im Gegensatz zu Mitterrand die Linksunion für endgültig gescheitert, und spekuliert darauf, auch ohne sie die Mehrheit durch eine „Öffnung zur Mitte" zu holen. Als ehemaliger „Linksradikaler" im Mai 1968, hat er seine Basis vor allem in der Intelligenz. Ein bißchen Juso, ein bißchen Schmidt, tritt er für einen verwaschenen „Rätesozialismus" (sprich: Mitbestimmung) ein und für eine stärkere Planung. Er wäre durchaus als Premierminister eines Präsidenten Giscard d'Estaing denkbar.

Die Linksunion hat vor einigen Jahren die Gewerkschaftseinheit und das politische Gewicht der Arbeiterbewegung gestärkt. Wie brüchig diese Einheit war, zeigt sich daran, daß erst die CGT und dann die CFDT nach dem Bruch des Parteienbündnisses auf Spaltung gegangen sind. Diese Spaltung wirkt umso tiefer, als sie mit objektiven Widersprüchen in den Reihen der Arbeiterbewegung zusammenfällt: Zwischen einfacher (CFDT) und qualifizierter (CGT) Arbeitskraft, zwischen Industrieproletariat (CGT) und Angestellten (CFDT), sowie zwischen ausländischen (CFDT) Arbeitern und französischen (CGT). Der Weg zur Einheitsgewerkschaft kann unter heutigen Bedingungen nur über die Verbindung von CGT und CFDT gehen. Die Unterstützung Mitterrands drückt dieses Bestreben in einer notwendig verzerrten Form aus.

Initiativen für Zusammenschluß im Südpazifik

Papua-Neuguinea schlägt neue Organisation ohne Australien und Neuseeland vor

mat.Sydney. Auf der diesjährigen Konferenz der Südseekommission, die im Oktober in Port Moresby, der Hauptstadt Papua-Neuguineas, stattfand, hat die gastgebende Regierung die Gründung einer neuen Südseeorganisation unter Ausschluß Australiens und Neuseelands vorgeschlagen, „nach dem Vorbild der Organisation Afrikanischer Staaten" (OAS). Indirekt hat sie damit die beiden wichtigsten Stützen der Imperialisten in der Region praktisch in eine Reihe gestellt mit deren afrikanischem Stützpunkt Südafrika, das von der OAS ausgeschlossen ist. Die Delegierten sahen sich außerstande, unvorbereitet Beschluß zu fassen. Der Vorschlag soll jetzt von den Regierungen geprüft werden. – Im folgenden ein Überblick über die Entwicklung der Bemühungen der Südseeländer, durch regionalen

Das *Südseeforum* (South Pacific Forum SPF), gegründet 1971, war der erste Versuch einer Organisation unabhängiger Staaten unter Ausschluß der Imperialisten. Nur selbständige oder assoziierte Staaten werden aufgenommen. Gründungsmitglieder sind Fidschi, Tonga, Westsamoa, Cook-Inseln sowie Australien und Neuseeland. Der Einfluß dieser beiden Länder ist durch die Zunahme der Mitgliedschaft (Stand 1980 siehe Tabelle) zurückgedrängt worden, doch ist ihre Mitgliedschaft dem Zusammenschluß gegen den Imperialismus hinderlich. Sitz des Forums ist Suva.

Die *Südseeuniversität* (University of the South Pacific USP) in Suva, gegründet 1967, soll in Zusammenarbeit mit der Universität Papua-Neuguineas die Abhängigkeit der Ausbildung von Australien und Neuseeland beenden.

sie eine landwirtschaftliche Fakultät in Alufa, Westsamoa, und ein Fernstudienprogramm über Satellit für alle Länder.

Die *Südseefestspiele* (South Pacific Festival of Arts SPFA) finden alle vier Jahre statt, erstmals 1972 in Fidschi, dann 1976 in Neuseeland, im vergangenen Juli in Papua-Neuguinea. Der Aufschwung der Kultur der Südsee trägt wesentlich zur Stärkung des Bewußtseins gemeinsamer Geschichte und gemeinsamer Gegenwartsaufgaben bei.

Kampuchea: Reisernte trotz Besatzung und Krieg

Hilfsorganisationen reduzieren Lieferungen / Besatzer sacken ein

ren zwei Lager innerhalb der Sozialistischen Partei, die sich nach dem Bruch der Linksunion mit der KPF, der Kommunistischen Partei, herausgebildet haben. 1977 hatte die KPF in der Vorbereitung der Parlamentswahlen eine Änderung des gemeinsamen Programms verlangt, die darauf hinauslief, ihr zusätzlich das halbe Innenministerium sowie eine überproportionale Beteiligung in Aufsichtsräten staatlicher Firmen zu garantieren. Die Sozialistische Partei weigerte sich; zwischen den Wahlgängen kam es, von Marchais provoziert, zum Eklat, die „Linksunion" verlor knapp und die KPF schoß sich auf die PS ein.

Beide, Mitterrand wie Rocard, streben die absolute Mehrheit an. Umstritten ist die Taktik. Mitterrand hält weiter an der Linie fest, mit der er die Parteiführung übernommen hat: 1. Öffnung der Partei nach links, Konzentration auf die Arbeiterbewegung als Ausgangsbasis; 2. Linksunion mit der KPF, Kurs einer bürgerlichen Arbeiterpartei in der Opposition; 3. Brechen des KPF-Einflusses bis hin zur absoluten Mehrheit.

nen „Rätesozialismus" (sprich: Mitbestimmung) ein und für eine stärkere Planung. Er wäre durchaus als Premierminister eines Präsidenten Giscard d'Estaing denkbar.

Die Linksunion hat vor einigen Jahren die Gewerkschaftseinheit und das politische Gewicht der Arbeiterbewegung gestärkt. Wie brüchig diese Einheit war, zeigt sich daran, daß erst die CGT und dann die CFDT nach dem Bruch des Parteienbündnisses auf Spaltung gegangen sind. Diese Spaltung wirkt umso tiefer, als sie mit objektiven Widersprüchen in den Reihen der Arbeiterbewegung zusammenfällt: Zwischen einfacher (CFDT) und qualifizierter (CGT) Arbeitskraft, zwischen Industrieproletariat (CGT) und Angestellten (CFDT), sowie zwischen ausländischen (CFDT) Arbeitern und französischen (CGT). Der Weg zur Einheitsgewerkschaft kann unter heutigen Bedingungen nur über die Verbindung von CGT und CFDT gehen. Die Unterstützung Mitterrands drückt dieses Bestreben in einer notwendig verzerrten Form aus.

kursiv: Kolonien
( ): Territorium

Initiativen für Zusammenschluß im Südpazifik

Papua-Neuguinea schlägt neue Organisation ohne Australien und Neuseeland vor

mat.Sydney. Auf der diesjährigen Konferenz der Südseekommission, die im Oktober in Port Moresby, der Hauptstadt Papua-Neuguineas, stattfand, hat die gastgebende Regierung die Gründung einer neuen Südseeorganisation unter Ausschluß Australiens und Neuseelands vorgeschlagen, „nach dem Vorbild der Organisation Afrikanischer Staaten" (OAS). Indirekt hat sie damit die beiden wichtigsten Stützen der Imperialisten in der Region praktisch in eine Reihe gestellt mit deren afrikanischem Stützpunkt Südafrika, das von der OAS ausgeschlossen ist. Die Delegierten sahen sich außerstande, unvorbereitet Beschluß zu fassen. Der Vorschlag soll jetzt von den Regierungen geprüft werden. – Im folgenden ein Überblick über die Entwicklung der Bemühungen der Südseeländer, durch regionalen
Zusammenschluß ihre Position gegen die Imperialisten zu stärken.

Die *Südseekommission* (South Pacific Commission SPC) wurde 1947 von Großbritannien, Frankreich, den USA, Holland, Australien und Neuseeland gegründet. Mit der Förderung von Programmen im Gesundheitswesen, Sozialwesen und in der Wirtschaft ihrer südpazifischen Kolonien durch die SPC hofften die Gründermächte, der Aufmerksamkeit des von den Vereinten Nationen neu gegründeten Entkolonialisierungsausschusses zu entgehen. Holland trat aus der Kommission aus, nachdem es mit Westpapua (Westirian) 1963 seine letzte Kolonie in der Region an Indonesien übergeben hatte. Westsamoa, Nauru, Fidschi und Papua-Neuguinea traten nach Erringung der Unabhängigkeit bei. Auf der Konferenz im Oktober wurden Niue und die Cook-Inseln als Vollmitglieder aufgenommen; Frankreich und Großbritannien traten die Vertretung Vanuatus an die neue Regierung ab, und die Föderierten Staaten von Mikronesien, die Marschall-Inseln und die Nordmarianen wurden als teilnehmende Mitglieder aufgenommen (Tonga hat diesen Status schon seit längerem). Sitz der Kommission ist Noumea, Neukaledonien.

Das *Südseebüro für wirtschaftliche Zusammenarbeit* (South Pacific Bureau for Economic Co-operation SPEC) fördert Handel und Nachrichtenwesen „auf der Grundlage enger Partnerschaft mit den industriell mehr entwickelten Ländern Australien und Neuseeland" (Information des australischen Entwicklungsdienstes). Es hat seinen Sitz in Suva, Fidschi.

Das Südseeforum (South Pacific Forum SPF), gegründet 1971, war der erste Versuch einer Organisation unabhängiger Staaten unter Ausschluß der Imperialisten. Nur selbständige oder assoziierte Staaten werden aufgenommen. Gründungsmitglieder sind Fidschi, Tonga, Westsamoa, Cook-Inseln sowie Australien und Neuseeland. Der Einfluß dieser beiden Länder ist durch die Zunahme der Mitgliedschaft (Stand 1980 siehe Tabelle) zurückgedrängt worden, doch ist ihre Mitgliedschaft dem Zusammenschluß gegen den Imperialismus hinderlich. Sitz des Forums ist Suva.

Die Südseeuniversität (University of the South Pacific USP) in Suva, gegründet 1967, soll in Zusammenarbeit mit der Universität Papua-Neuguineas die Abhängigkeit der Ausbildung von Australien und Neuseeland beenden.
Neben Fakultäten in Fidschi betreibt

Länder im Südpazifik

Land	I	II	III
Amerik. Samoa	31	K (USA)	
Australien	13600	*	M
Cook-Inseln	19	A (NZ)	M
Fidschi	632	M	
Franz. Polynesien	140	K (F)	
Galapagos	4	T (Ec)	
Guam	100	K (USA)	
Hawaii	900	T (USA)	
Kiribati	55	M	
Line Islands	–	T (GB, USA)	
Nauru	8	M	
Neukaledonien	133	K (F)	
Neuseeland	3200	*	M
Niue	4	A (NZ)	M
Osterinseln	2	T (Chile)	
Papua-Neug.	3000	M	
Pitcairn	–	T (GB)	
Salomon-Inseln	200	M	
Tokelau	2	K (NZ)	B
Tonga	92	M	
Tuvalu	10	M	
US Trust Territ.:			
Marschall-I.	28	**	
Nordmarianen	15	US-Staatsb.	
Palau	22	**	
Föd. St. Mikron.	60	**	
Vanatu	100	M	
Wallis u. Futuna	10	K (F)	B
Westsamoa	152	M	

Erläuterungen: I Einwohner in Tausend – II Status: A = Assoziation, K = Kolonie, T = Territorium – III Mitgl. / Beobachter im SPF – Assoziation bedeutet Absprache in Außen- und Verteidigungspolitik mit dem angegebenen Land, GB = Großbritannien, F = Frankreich, NZ = Neuseeland, Ec = Ecuador, * = Großbritannien durch Genrelagouverneur vertreten, ** = Assoziation mit USA ungeklärt; das US Trust Territory wird 1981 in die angegebenen Staaten aufgelöst.

sie eine landwirtschaftliche Fakultät in Alufa, Westsamoa, und ein Fernstudienprogramm über Satellit für alle Länder.

Die Südseefestspiele (South Pacific Festival of Arts SPFA) finden alle vier Jahre statt, erstmals 1972 in Fidschi, dann 1976 in Neuseeland, im vergangenen Juli in Papua-Neuguinea. Der Aufschwung der Kultur der Südsee trägt wesentlich zur Stärkung des Bewußtseins gemeinsamer Geschichte und gemeinsamer Gegenwartsaufgaben bei.

Kampuchea: Reisernte trotz Besatzung und Krieg

Hilfsorganisationen reduzieren Lieferungen / Besatzer sacken ein

wos. Mehrere internationale Hilfsorganisationen, die in Kampuchea und an der Grenze zu Thailand tätig sind, haben angekündigt, ihre Nahrungsmittellieferungen im Dezember auslaufen zu lassen. Diese Organisationen – Internationales Rotes Kreuz (IKRK), Unicef, Welternährungsprogramm, UNHCR (UN-Hilfsorganisation für Flüchtlinge) usw. – begründen das mit der bevorstehenden Reisernte. Da die Saatgutlieferungen die Bauern weitgehend errreicht hätten, könnte die nächste Reisernte für die ersten Monate 1981 ausreichen. Erst wenn in der zweiten Hälfte von neuem ein gravierender Mangel an Reis auftreten wird, wollen die Hilfsorganisationen wieder mit Nahrungsmittellieferungen beginnen.

Den Berichten der internationalen Organisationen zufolge sei die gröbste Not in den Flüchtlingslagern an der thailändisch-kampucheanischen Grenze behoben, wo rund 160000 Kampucheaner untergebracht sind. Da diese Flüchtlinge in den Lagern aber selbst nicht anbauen können, muß die Nahrungsmittelhilfe für sie auf jeden Fall fortgesetzt werden. Aber ihre Zahl geht zurück, denn wer sich Saatgut beschaffen kann, kehrt lieber heute als morgen in sein Heimatdorf zurück, aus dem ihn der vietnamesische Einfall und der Hunger vertrieben hatten. In der Regenzeit konnten sich diese Rückkehrer außerdem von Pflanzen, Wurzeln, Gemüsen sowie Krabben, Fröschen und Schnecken ernähren. Wie die Hilfsorganisationen ihre Lieferungen für 1981 ansetzen werden, wollen sie von einem Bericht einer Delegation der FAO (Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der UNO) abhängig machen, die nach Kampuchea gereist ist und ihre Ergebnisse in diesen Tagen vorlegt. Von diesen Experten werden Angaben über die Anbaufläche, die Qualität des Reises und das erwartete Ausmaß des Ertragsdefizits erwartet. Planer der FAO gehen jedoch schon jetzt von noch einmal rund 250000 t Reis für die zweite Hälfte 1981 aus.

Die Nahrungsmittelhilfe fließt außer in die Flüchtlingslager über zwei Kanäle ins Landesinnere: einmal über die „Landbrücke" nördlich der thailändischen Grenzstadt Aranyaprathet, und zum anderen über den Hafen Kompong Som, von wo der Reis per Bahn und LKW bis nach Phnom Penh transportiert wird. Nach Aussagen der Hilfsorganisationen holten zwischen dem 1.10. und dem 1.11. über 100000 Einzelpersonen und rund 20000 Besitzer von Ochsenkarren auf der Landbrücke Reis ab, trotz verschlammter Wege und überschwemmter Straßen. Daraus wird gefolgert, daß die Bauern sich mit Reisvorräten eindecken wollen, obwohl sie mit einem bescheidenen Ernteertrag rechnen können. (Neue Zürcher Zeitung, 11.11.80) Ein Teil dieser von den Grenzgängern abgeholten Rationen soll auch in den privat organisierten, freien Reishandel fließen, durch den offenkundig die Versorgung im Landesinneren geleistet wird.

Seitdem die Nahrungsmittelhilfe im Oktober 1979 einsetzte, hat der vietnamesische Oberherr zunächst einmal einen beträchtlichen Teil zur Versorgung seiner Besatzungstruppen abgezweigt. Danach hat sich das Marionettenregime unter Heng Samrin eingedeckt. Die Hilfsorganisationen erklärten, von den bis Ende September dieses Jahres über Phnom Penh ausgelieferten 150000 t Reis habe das Regime rund 55000 t als Reserve in die eigenen Lagerhäuser verfrachtet, und von den restlichen seien über 33000 t, also mehr als ein Drittel, an die Verwaltungsbeamten in der Stadt gegangen. (NZZ, 11.11.80) Seinen eigenen Apparat durch bevorzugte Nahrungsmittelversorgung an sich zu binden, ihn dadurch überhaupt aufzubauen, war das Ziel des Marionettenregimes von Anfang an. Dieser Teil der Hilfe hat also zur Aufrechterhaltung des Regimes beigetragen.

Was die übrige Hilfe der Organisationen betrifft, so will das IKRK seine medizinische Hilfe fortsetzen, besonders auch in den Flüchtlingslagern. Umstritten sind jedoch Programme der FAO für den Aufbau der Landwirtschaft, des Viehbestandes und Fischerei. Es gibt Berichte, nach denen z.B. kampucheanische Fischer von den vietnamesischen Besatzern am Fischen im Tonle-Sap-See gehindert werden, und sich die Besatzer selbst des dortigen Fischreichtums bemächtigen. In jedem Fall bedeuten solche Programme, Aufbauhilfe für eine nicht von der UNO anerkannte Regierung. Das Heng-Samrin-Regime will ferner von der UNESCO Mittel für den Bau von Lehrerbildungszentren und Beschaffung von Schulmaterial. Auch dies würde das Marionettenregime stärken, und ist daher abzulehnen.

Getreideembargo verhindert nicht rege Geschäfte mit SU

frb. Mit Mühe hat die Regierung Carter eine vorläufige Fortsetzung ihres Teilembargos gegen die Sowjetunion, das die Lieferung von 17 Mio. t Getreide verhindert hatte, erreicht. Eine entsprechende Forderung soll auf einer Konferenz der Getreidexporteure USA, Kanada, Australien, Argentinien und EG in Adelaide (Australien) akzeptiert worden sein. Carter will auch am 4. Januar das Embargo verlängern, es sei denn, die UdSSR zöge ihre Truppen aus Afghanistan zurück. Sein Nachfolger Reagan hatte im Wahlkampf den US-Farmern versprochen, er werde das Embargo aufheben. Jetzt hat einer seiner Berater erklärt, entschieden sei noch nichts. Die sowjetische Ernte beträgt dieses Jahr nur 180 statt erwarteter 215 Mio. t, Argentinien kann wegen ebenfalls schlechter Ernte nicht wieder als Ersatzlieferant einspringen und die US-Überschüsse, gleichfalls geringer als sonst, lassen sich leicht auf dem Weltmarkt absetzen. So könnten die US-Finanzbourgeois die Viehwirtschaft der UdSSR wirkungsvoll treffen, ohne gleich Krach im eigenen Land zu kriegen. Weniger gut können die USA ihre Front bezüglich der Lieferung militärisch bedeutsamer Anlagen zusammenhalten. Ein Protest gegen den Bau einer Aluminiumhütte in der UdSSR durch Klöckner war erfolglos. Für Spezialstahl des französischen Creusot-Loire-Konzerns haben die USA eine Einfuhrsperre erlassen. Angeblich wegen Verwendung von Nickel aus Kuba in dem Stahl. Tatsächlich hat sich der Konzern einen 300-Mio.-Dollar-Vertrag zum Bau eines Stahlwerks in der UdSSR geschnappt, nachdem die US-Regierung ein amerikanisch-japanisches Konsortium zum Rücktritt aus dem Geschäft veranlaßt hatte. Das 10 Mrd. Röhren-Erdgas-Geschäft, über das westdeutsche Monopole unter Führung der Deutschen Bank verhandeln, hat dagegen den US-Segen erhalten. Der US-Konzern Caterpillar ist selbst mit von der Partie. Erschließung eigener Rohstoffe halte die UdSSR vom Weltmarkt ab, ist die Begründung. Weiterhin hat Uhde (in Besitz von Hoechst) eben den Bau einer Polyester-Anlage für 400 Mio. DM für die Sozialimperialisten vereinbart. Den Anlagenbau können die Sozialimperialisten mit besonders fetten Aufträgen locken.

Dänische Gewerkschaften und Bauernverbände

bag.Aarhus. In der letzten Nummer der Zeitschrift des dänischen Gewerkschaftsbundes werden 12 gemeinsame Treffen mit Vertretern der Bauernverbände angekündigt. Mehrmals ist es in letzter Zeit zu Kontaktgesprächen und auch einzelnen gemeinsamen Aktionen gekommen, wie z.B. bei einer Demonstration der Bauern gegen die neue Bodensteuer, wo auf der Abschlußkund-

Ernteergebnisse 1980 unter den Vorjahreswerten

Starke Qualitätsschwankungen / Finanzielle Einbußen für die Bauern

dog. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat die Ernteergebnisse 1980 für die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse bekanntgegeben. Die Getreideernte ist gegenüber 1979 geringfügig gestiegen. Insgesamt wurden 22,95 Mio. t geerntet. Das liegt noch unter der Schätzung des Ministeriums vom August, wo von einem Ernteergebnis von 23,1 Mio. t ausgegangen wurde. Dabei hat der Anteil des Wintergetreide (Winterweizen und Wintergerste) weiter zugenommen. Bei diesen Sorten liegen die Hektarerträge mit 49,7 bzw. 50,2 dt (1 Dezitonne = 100 kg) am höchsten. Gegenüber 1979 wurde der Hektarertrag der Wintergerste um 12,3% gesteigert. Außer beim Roggen (+ 2,9%) fiel der Hektarertrag bei allen anderen Getreidesorten geringer aus als 1979. Im Verhältnis zu den durchschnittlichen Erträgen der Jahre 1974 – 79 ergab sich zwar eine Steigerung von 7% der Getreide-Hektarerträge, gemessen an den Aufwendungen bei Düngung, Pflanzenschutz und Bodenbearbeitung ist das Ergebnis für die Bauern aber wenig befriedigend. Dazu kommt, daß die diesjährige Getreideernte große Qualitätsunterschiede aufweist, so daß die Bauern beim Verkauf finanzielle Einbußen hatten, weil die Qualitätskriterien nicht erfüllt wurden.

Bei den Zuckerrüben wird die diesjährige Ernte auf 18,27 Mio. t geschätzt, 1979 waren es 18,34 Mio. t. Der Zuckergehalt der Ernte '80 liegt unter dem Vorjahresergebnis. Um 16% ist die Runkelrübenernte gegenüber '79 gesunken, 14,65 Mio. t wurden geerntet. Bei der Kartoffelernte ist der Hektarertrag um 17% auf 262 dt zurückgegangen. 6,8 Mio. t werden dieses Jahr geerntet. Das ist die kleinste Kartoffelernte, die es in der Bundesrepublik bisher gegeben hat. Bei einem geschätzten Speisekartoffelbedarf von 5,6 Mio. t bleiben bei Berücksichtigung der Einfuhr und der industriemäßigen Verarbeitung etwa 1 Mio. t als Futterrest, die nach den Angaben des Bauernverbandes schon jetzt verfüttert oder siliert sind, so daß keine Reserven mehr zur Verfügung stehen.

Beim Freilandgemüse hat es bei späten Karotten, Tomaten, Weiß- und Rotkohl, Blumenkohl und Kohlrabi Ernterückgänge gegeben. Nur Grünkohl wird es in diesem Jahr mehr geben als 1979. Insgesamt wurden 891000 t Freilandgemüse geerntet, 15% weniger als 1979. Die Obsternte ist um 6% gegenüber 1979 gesunken. Mehr als die Hälfte der Obsternte machen die Äpfel aus. 1980 wurden 1,77 Mio. t geerntet (1979: 1,95 Mio. t). Auch bei Birnen (355000 t gegenüber 1979: 367000 t) und Süßkirschen (125000 t gegenüber 1979: 154000 t) ist die Ernte niedriger ausgefallen. 117000 t Sauerkirschen gab es zwar 1980, 10000 t mehr als 1979, die Obstbauern hatten aber Einbußen zu verzeichnen. Durch die 1980 erstmals angewendete EG-Beihilfeordnung für die Hersteller von Kirschenkonserven gab es zweierlei Preise für Kirschen: den subventionierten für die Konservenhersteller und einen aufgrund des kurzfristig großen Angebots niedrigen Marktpreis. Die Obstbauern verlangen eine Änderung der Beihilferegelung bis zur nächsten Ernte. Gestiegen sind die Ernteergebnisse von Mirabellen und Renekloden von 27000 t auf 35000 t sowie bei Aprikosen und Pfirsichen, die zusammen aber nur einen Anteil von etwas über 2% an der gesamten Obsternte ausmachen.

Insgesamt ein Ernteergebnis, das im Zusammenhang mit der nicht ausreichenden Erhöhung der Erzeugerpreise und den steigenden Aufwendungen für die Bodenverbesserung die Lage der Bauern verschärft.

Bodennutzung und Ernte 1979

	Getreide Brotgetr.	Getreide Futterg.	Hülsenfrüchte	Hackfrüchte Kartoffeln	Hackfrüchte Zuckerr.	Hackfrüchte Runkelr.	Gemüse u. Erdbeeren	Raps und Rüben
Fläche in 1000 ha	2211	2908	13	276	393	168	58	127
Ertrag je ha in dt	46,4	40,9	32,2	316	466,4	997,9		25,3
Erntenmengen in 1000 t	10250	11881	16	8716	18340	16725	–	322

Quelle: Fachserie 3, Pflanzliche Erzeugung 1979, hrsg. vom Stat. Bundesamt

Ackerland nach Hauptgruppen des Anbaus 1978

	in 1000 ha	Ant. in %
Getreide einschl. Mais	5333	71,0
Hülsenfrüchte	15	0,2
Hackfrüchte	963	12,8
Gemüse	70	0,9
Ölfrüchte, Hopfen u.a. Handelsgew.	154	2,1
Futterpflanzen	960	12,8
Brache	12	0,2
Ackerland ges.	7506	100,0

Quelle: Stat. Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1979

Vom Erzeuger erzielte Durchschnittspreise 1977/1978

	DM/t	Index 1970 = 100
Weizen	491	125,4
Roggen	463	131,6
Futtergerste	457	126,9
Futterhafer	455	130,1
Mais	469	–
Speisekartoffeln	182	80,6
Fabrikkartoffeln	139	–
Hülsenfrüchte	687	–
Zuckerrüben	82	139,5
Ölsaaten	961	134,3
Gemüse	574	154,8
Obst	1105	260,7
Weinmost	1587	182,5

Quelle: Stat. Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1979

Erzwungene Wende der Landwirtschaftspolitik Polens
Äußerst angespannte Versorgungslage / Regierung legt Aktionsprogramm vor / Entscheidende Bedeutung hat gegenwärtig die Unterstützung der Privatwirtschaften
hku. So niederschmetternd war die Bilanz der polnischen Landwirtschaft, die dem Sejm am vergangenen Donnerstag vorlegt wurde, daß ein Abgeordneter die Abberufung zweier verantwortlicher Minister forderte – ein bisher einmaliger Vorgang. Nach einem Rückgang von 3 – 4% im letzten Jahr ist die landwirtschaftliche Produktion noch einmal um 10% gesunken – die Getreideernte blieb um 3,2 Mio. t (ca. 18%) hinter den Zielen zurück, die Rüben- und Kartoffelernte um jeweils ein Drittel. Mindestens 10 Mio. t Getreide und Futtermittel wird Polen dieses Jahr importieren, dazu 400000 t Zucker – das Land ist traditionell Zucker-Exporteur –, Speiseöl und Fleisch. Auch damit ist die Versorgung der Arbeiterbevölkerung nicht gedeckt. Was an Lebensmitteln in die Läden kommt, ist bald aufgekauft; der allgemeine Mangel, die Unsicherheit und folgende Hamsterkäufe verstärken
men wird Fleisch jetzt ab 1.1.1981 rationiert, für Zucker ist die Rationierung bereits eingeführt. Ebenfalls dem Abkommen entsprechend ist der Export aller Lebensmittel gestoppt worden, die im Land Mangelware sind. Die Bauern sollen noch in diesem Jahr zusätzlich 1 Mio. t Steinkohle sowie Maschinen, Geräte und Ersatzteile (Reifen!) erhalten; damit soll die Ablieferung erhöht und die Produktion des kommenden Jahres stimuliert werden. Dem dient auch die Erhöhung der Aufkaufpreise von durchschnittlich 20% bei Fleischerzeugnissen sofort und um 30% bei pflanzlichen Produkten im kommenden Sommer. Bei der Düngemittelbelieferung sollen die Einzelbauern – drei Millionen, die 75% des Landes bebauen – bevorzugt werden. Im kommenden Fünfjahrplan wird die Landwirtschaft absolute Priorität erhalten, ihr Anteil an den gesellschaftlichen Investitionen soll von 22
den Krisen zugrundelag: die ohnehin gegenüber der Industrie niedrigen Investitionen auf die Staatsgüter zu konzentrieren, die 1944 gebildet wurden und ein Fünftel des Bodens bearbeiten; die Masse der kleinen Produzenten als „Relikt der Vergangenheit" allenfalls zu dulden und sie auf verschiedenste Weise unter Druck zu setzen. Die Organisationen gegenseitiger Hilfe und Verkaufsgenossenschaften, die auch nach dem Auseinanderfallen der Produktionsgenossenschaften 1956 weiterexistierten, wurden unter staatliche Kontrolle gestellt und unterdrückt; die Kleinproduzenten von der Belieferung mit Geräten, Dünger, Baumaterial ausgeschlossen, von staatlichen Aufkauf- und Verkaufstellen in die Zange genommen. Gierek hat dem in den letzten Jahren eine halbherzige Förderung von großen spezialisierten Familienbetrieben hinzugefügt, und den Versuch, mit den Rentengesetzen die Vertreibung der kleinen Bauern von ihrem
deutend bessere Erträge mit unverhältnismäßig höheren Kosten, mit übergroßem Verbrauch an Maschinerie und Dünger, da die gegenwärtige Verwaltung vor allem Produktion zum Vorzeigen und Vertuschen betreibt. Die Maschinerie der Staatsgüter steht herum und wird den Bauern nicht zur Verfügung gestellt, während ihnen buchstäblich die Mistgabel fehlt. – Die Einkommen der großen Mehrheit der Bauern sind in den letzten Jahren weiter hinter den Löhnen zurückgeblieben; die Folge war sich beschleunigende Landflucht, Überalterung der Betriebe – jeder dritte Bauern ist inzwischen im Rentenalter. Ganze Dörfer veröden; die Staatsgüter, denen das freiwerdende Land zugeschlagen wird, sind gegenwärtig überhaupt nicht in der Lage, es zu nutzen. Der Selbstversorgungsgrad der Landbevölkerung ist gesunken, Arbeitskräfte, Investmittel wie Ställe usw., Futtermittelreserven liegen dadurch brach. Die jetzt erklärte

ner Aluminiumhütte in der UdSSR durch Klöckner war erfolglos. Für Spezialstahl des französischen Creusot-Loire-Konzerns haben die USA eine Einfuhrsperre erlassen. Angeblich wegen Verwendung von Nickel aus Kuba in dem Stahl. Tatsächlich hat sich der Konzern einen 300-Mio.-Dollar-Vertrag zum Bau eines Stahlwerks in der UdSSR geschnappt, nachdem die US-Regierung ein amerikanisch-japanisches Konsortium zum Rücktritt aus dem Geschäft veranlaßt hatte. Das 10 Mrd. Röhren-Erdgas-Geschäft, über das westdeutsche Monopole unter Führung der Deutschen Bank verhandeln, hat dagegen den US-Segen erhalten. Der US-Konzern Caterpillar ist selbst mit von der Partie. Erschließung eigener Rohstoffe halte die UdSSR vom Weltmarkt ab, ist die Begründung. Weiterhin hat Uhde (in Besitz von Hoechst) eben den Bau einer Polyester-Anlage für 400 Mio. DM für die Sozialimperialisten vereinbart. Den Anlagenbau können die Sozialimperialisten mit besonders fetten Aufträgen locken.
Dänische Gewerkschaften und Bauernverbände
bag.Aarhus. In der letzten Nummer der Zeitschrift des dänischen Gewerkschaftsbundes werden 12 gemeinsame Treffen mit Vertretern der Bauernverbände angekündigt. Mehrmals ist es in letzter Zeit zu Kontaktgesprächen und auch einzelnen gemeinsamen Aktionen gekommen, wie z.B. bei einer Demonstration der Bauern gegen die neue Bodensteuer, wo auf der Abschlußkund-
	Getreide Brotgetr.	Getreide Futterg.	Hülsenfrüchte	Hackfrüchte Kartoffeln	Hackfrüchte Zuckerr.	Hackfrüchte Runkelr.	Gemüse u. Erdbeeren	Raps und Rüben
Fläche in 1000 ha	2211	2908	13	276	393	168	58	127
Ertrag je ha in dt	46,4	40,9	32,2	316	466,4	997,9		25,3
Erntenmengen in 1000 t	10250	11881	16	8716	18340	16725	–	322
Quelle: Fachserie 3, Pflanzliche Erzeugung 1979, hrsg. vom Stat. Bundesamt
Hülsenfrüchte	15	0,2
Hackfrüchte	963	12,8
Gemüse	70	0,9
Ölfrüchte, Hopfen u.a. Handelsgew.	154	2,1
Futterpflanzen	960	12,8
Brache	12	0,2
Ackerland ges.	7506	100,0
Quelle: Stat. Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1979
Mais	469	–
Speisekartoffeln	182	80,6
Fabrikkartoffeln	139	–
Hülsenfrüchte	687	–
Zuckerrüben	82	139,5
Ölsaaten	961	134,3
Gemüse	574	154,8
Obst	1105	260,7
Weinmost	1587	182,5
Quelle: Stat. Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1979

gebung in Thisted Schlachtereiarbeiter eine Unterstützungsresolution verlasen. Grundlage des verstärkten Zusammenschlusses ist die Steuerpolitik der Regierung, die Arbeiter und Bauern zwar verschieden, aber gleichermaßen hart trifft. In beiden Fällen hat sie in den letzten Jahren zu einer starken Senkung des Lohns bzw. Einkommens mit beigetragen.

Kakao-Abkommen ohne Elfenbeinküste und USA

gih. In Genf haben am 14.11. die europäischen Importländer und die meisten Kakao-Exportländer ein neues Kakao-Abkommen unterzeichnet. Gültig kann dieses Abkommen erst werden, wenn die Elfenbeinküste, die mit 30% Marktanteil der bedeutendste Kakaoerzeuger ist, diesem Abkommen zustimmt. Das ist bisher nicht passiert, da die festgelegten Mindestpreise der Elfenbeinküste zu niedrig sind. Der Mindestpreis soll 100 Cents je Pound (1 Pound = rd. 453 Gramm) und der Höchstpreis 160 Cents betragen. Der untere Interventionspreis wurde auf 110 Cents, der obere Interventionspreis auf 150 Cents festgesetzt. Die Vorratslager zur Steuerung der Weltmarktpreise innerhalb der festgelegten Preisspanne darf eine Höchstmenge von 250000 t Kakao aufnehmen. Die Kosten der Vorratshaltung wollen sich Import- und Exportländer teilen. Bei dem Interventionspreis wurde eine Anpassung von höchstens vier Cents je Pound nach oben und unten festgelegt. Die USA haben das Abkommen nicht unterzeichnet. Sie wollten einen Mindestpreis von 95 Cents durchsetzen.

Erzwungene Wende der Landwirtschaftspolitik Polens

Äußerst angespannte Versorgungslage / Regierung legt Aktionsprogramm vor / Entscheidende Bedeutung hat gegenwärtig die Unterstützung der Privatwirtschaften

hku. So niederschmetternd war die Bilanz der polnischen Landwirtschaft, die dem Sejm am vergangenen Donnerstag vorlegt wurde, daß ein Abgeordneter die Abberufung zweier verantwortlicher Minister forderte – ein bisher einmaliger Vorgang. Nach einem Rückgang von 3 – 4% im letzten Jahr ist die landwirtschaftliche Produktion noch einmal um 10% gesunken – die Getreideernte blieb um 3,2 Mio. t (ca. 18%) hinter den Zielen zurück, die Rüben- und Kartoffelernte um jeweils ein Drittel. Mindestens 10 Mio. t Getreide und Futtermittel wird Polen dieses Jahr importieren, dazu 400000 t Zucker – das Land ist traditionell Zucker-Exporteur –, Speiseöl und Fleisch. Auch damit ist die Versorgung der Arbeiterbevölkerung nicht gedeckt. Was an Lebensmitteln in die Läden kommt, ist bald aufgekauft; der allgemeine Mangel, die Unsicherheit und folgende Hamsterkäufe verstärken sich gegenseitig. Eine Wiederbelebung von direkten Beziehungen zwischen Stadt und Land – Verwandtschaft usw. – vermindert noch einmal die auf den Markt kommende Lebensmittelmenge. Die Unsicherheit über die künftige Versorgung mit Futtermitteln treibt die Bauern zur Verminderung des Viehbestandes. Daß in dieser Situation noch horrender Schlendrian und Vergeudung beim staatlichen Aufkauf vorgekommen ist, war der letzte Anstoß für den Antrag des Sejm-Abgeordneten.

Die PVAP-Regierung hat dem Parlament eine Reihe von kurz- und mittelfristigen Maßnahmen vorgelegt. Entsprechend dem Danziger Abkommen wird Fleisch jetzt ab 1.1.1981 rationiert, für Zucker ist die Rationierung bereits eingeführt. Ebenfalls dem Abkommen entsprechend ist der Export aller Lebensmittel gestoppt worden, die im Land Mangelware sind. Die Bauern sollen noch in diesem Jahr zusätzlich 1 Mio. t Steinkohle sowie Maschinen, Geräte und Ersatzteile (Reifen!) erhalten; damit soll die Ablieferung erhöht und die Produktion des kommenden Jahres stimuliert werden. Dem dient auch die Erhöhung der Aufkaufpreise von durchschnittlich 20% bei Fleischerzeugnissen sofort und um 30% bei pflanzlichen Produkten im kommenden Sommer. Bei der Düngemittelbelieferung sollen die Einzelbauern – drei Millionen, die 75% des Landes bebauen – bevorzugt werden. Im kommenden Fünfjahrplan wird die Landwirtschaft absolute Priorität erhalten, ihr Anteil an den gesellschaftlichen Investitionen soll von 22 auf 34% steigen.

1956, 1970, 1980 – jedesmal hat der Kampf der polnischen Arbeiterbewegung seinen Ausgangspunkt in einer Krise der landwirtschaftlichen Produktion genommen, die die PVAP zu lösen suchte, indem sie die *zahlungsfähige* Nachfrage durch Preiserhöhungen „abschöpfte". Jedesmal hat der Kampf der Arbeiter um die Sicherung ihrer Reproduktion die PVAP gezwungen, die Lage der Bauernmassen zumindest zeitweise zu bessern, und so einen Aufschwung der Produktion herbeigeführt. Die Aufkaufpreise wurden erhöht, die Pflichtabgaben schrittweise abgeschafft. Zweimal ist die PVAP jedoch zu der Politik zurückgekehrt, die den Krisen zugrundelag: die ohnehin gegenüber der Industrie niedrigen Investitionen auf die Staatsgüter zu konzentrieren, die 1944 gebildet wurden und ein Fünftel des Bodens bearbeiten; die Masse der kleinen Produzenten als „Relikt der Vergangenheit" allenfalls zu dulden und sie auf verschiedenste Weise unter Druck zu setzen. Die Organisationen gegenseitiger Hilfe und Verkaufsgenossenschaften, die auch nach dem Auseinanderfallen der Produktionsgenossenschaften 1956 weiterexistierten, wurden unter staatliche Kontrolle gestellt und unterdrückt; die Kleinproduzenten von der Belieferung mit Geräten, Dünger, Baumaterial ausgeschlossen, von staatlichen Aufkauf- und Verkaufstellen in die Zange genommen. Gierek hat dem in den letzten Jahren eine halbherzige Förderung von großen spezialisierten Familienbetrieben hinzugefügt, und den Versuch, mit den Rentengesetzen die Vertreibung der kleinen Bauern von ihrem Land zu beschleunigen.

Die gegenwärtigen Umwälzungen in Polen haben einiges enthüllendes Material über die bisherige Landwirtschaftspolitik ans Licht gebracht (s. auch KVZ 43/80). Gegenüber dem bislang betriebenen öffentlichen Druck auf die Bauern wurde festgestellt: „Ein Vergeuder ist nicht der Landwirt, der durch den Mangel an entsprechenden Produktionsmitteln, ihre schlechte Qualität oder nicht termingerechte Dienstleistung, durch schlechte Versorgung und Aufkauf Verlust erleidet." (Zycie Warszawy 45/80) Die Staatsgüter, die den Bauern Vorbild sein sollten, erbrachten in Wahrheit nur unbedeutend bessere Erträge mit unverhältnismäßig höheren Kosten, mit übergroßem Verbrauch an Maschinerie und Dünger, da die gegenwärtige Verwaltung vor allem Produktion zum Vorzeigen und Vertuschen betreibt. Die Maschinerie der Staatsgüter steht herum und wird den Bauern nicht zur Verfügung gestellt, während ihnen buchstäblich die Mistgabel fehlt. – Die Einkommen der großen Mehrheit der Bauern sind in den letzten Jahren weiter hinter den Löhnen zurückgeblieben; die Folge war sich beschleunigende Landflucht, Überalterung der Betriebe – jeder dritte Bauern ist inzwischen im Rentenalter. Ganze Dörfer veröden; die Staatsgüter, denen das freiwerdende Land zugeschlagen wird, sind gegenwärtig überhaupt nicht in der Lage, es zu nutzen. Der Selbstversorgungsgrad der Landbevölkerung ist gesunken, Arbeitskräfte, Investmittel wie Ställe usw., Futtermittelreserven liegen dadurch brach. Die jetzt erklärte Regierungspolitik zielt auf die Mobilisierung dieser Reserven.

Für Erfolg oder Nichterfolg dürfte entscheidend sein, ob die polnische Arbeiterbewegung die im Danziger Abkommen formulierte Linie durchsetzen kann: Garantien für die Respektierung der Privatproduktion, strikte Beachtung der Freiwilligkeit, Unabhängigkeit der Genossenschaften, Lieferung der notwendigen Industrieprodukte zur Steigerung der Produktion. Unter dem Eindruck der gegenwärtigen Lage gibt es auch in der PVAP eine starke Meinung dafür. Gierek hatte den Druck auf die Bauern immer mit der Weisheit begründet, daß der zersplitterte Kleinbesitz die Entfaltung der Produktivkräfte hemme. Sicher. Aber jeder Versuch, dieses Hemmnis mit offener oder indirekter *Gewalt* zu zerschlagen, hat offenkundig zur Fesselung und Vernichtung von Produktivkräften in der polnischen Landwirtschaft geführt. Die polnische Arbeiterbewegung setzt demgegenüber darauf, daß der selbstarbeitende Bauer als Hauptkraft der Agrarproduktion die Ernährung des Landes sichern kann, wenn die Arbeiterklasse ihm die Mittel dafür gibt – auch in den Schranken des kleinen Eigentums. Bis die Bauern selbst eine höhere Stufe des Zusammenschlusses und der Produktion auf die Tagesordnung setzen. Die Bauerngewerkschaft „Dorf-Solidarität" knüpft an die Genossenschaftsbewegung an, sie sieht jedoch ihre *ersten* Aufgaben in der Vertretung der Bauern gegenüber den staatlichen Handelsorganisationen, im Kampf gegen Behördenwillkür und Korruption, im Eintreten für die Verbesserung der Lebensbedingungen im polnischen Dorf.



Polnische Landarbeiterinnen bei der Ernte



Frankfurt: Einteilung der Streikposten im Gewerkschaftshaus



Westberlin: Streikposten vor dem zentralen Briefzustellamt

„Das wurde aber auch Zeit“ Streikbeginn am Postamt 4 in Frankfurt

dog. Mittwochabend, 19 h 30. Vor der Paketverteilung des Postamtes 4 werden die Plakate aufgehängt: „Hier wird gestreikt“. Die Frauen, die in der Spätschicht arbeiten, stehen mit den Ansteckern der Streikposten vor der Schranke. Jeder, der das Tor passieren will, wird angehalten: „Gehören Sie zum Postamt 4? Hier arbeitet keiner, hier wird gestreikt.“ Ein Mitglied der Streikleitung hat sich drinnen umgesehen: „Alles ruhig“. Gegenüber, in der Paketumschlaghalle hinter dem Bahnhof, wo an anderen Tagen um diese Zeit der Teufel los ist, rührt sich nichts. Vor dem Tor drei Streikposten. Im Pförtnerhäuschen läuft der Fernseher: „Der ist nicht da, der ist auch Arbeiter und streikt.“ Die für Freitag angekündigten Verhandlungen werden mit Skepsis erwartet. So wie die Dinge liegen, rechnet man nicht mit schnellen Ergebnissen. Es ist 21 h 30. An der Paketverteilung kommt die nächste Schicht, Aushilfen, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind. Sie werden ins Streiklokal im Gewerkschaftshaus geschickt.

Im Streiklokal ist Hochbetrieb. Das Transparent mit der Aufschrift „Einheitlabfach für die Schicht, sonst machen wir den Laden dicht“ ist aktualisiert worden: „sonst“ ist durchgestrichen, „jetzt“ drübergeschrieben. An der Wand eine Übersicht, wo schon gestreikt wird: Kassel, Frankfurt PA 4. Die Registrierung der Streikenden ist in vollem Gange. Ein Mitglied der Streikleitung gibt einen Überblick über die Lage. In Kassel hätten die Arbeiter schon seit der Nacht gestreikt. Daraufhin seien die Pakete nach Frankfurt umgeleitet worden. Dort habe man sich dann auch für die Aufnahme des Arbeitskampfes entschieden.

Freitag, Paketumschlag PA 4. Ob ihm denn seine Arbeit schmecke, fragt der ZDF-Reporter den Postbeamten. „Teils, teils. – Man ist ja solidarisch, aber man kann ja nicht als Beamter.“ Auf seinem Platz arbeitet normalerweise ein Arbeiter. Seit gestern nachmittag streiken auch die Beschäftigten des Postamtes 3 und der Luftpoststelle. In der Paketverteilung arbeiten fünf Beamte. „Was sollen die schon groß ausrichten“, meinen die Streikposten. Drei der Beamten kommen aus der Pause zurück. Für die Streikposten haben sie Brötchen mitgebracht. „Nein, hier läuft nichts“. Die Empörung auf den Postminister ist groß. Sein angeordneter Beamteneinsatz kann sich auch zu einem Bumerang entwickeln.

Breite Unterstützung für den Streik bei der Post

Auf einer *Solidaritätsveranstaltung in Hamburg* am Freitagabend sprachen Vertreter der GdP, verschiedener IG Metall-Vertrauensleutekörper, des Bezirksvorstandes der GdED und des Bezirksvorstandes der IG Chemie. Aus der ÖTV lagen Erklärungen der gewerkschaftlich organisierten Ärzte, von 60 Beschäftigten der Abteilung Gesundheitswesen und den Mitgliedern der ÖTV-Abteilung Justizvollzug vor. Der Landesvorstand der IG Druck und Papier stellte der DPG eine Druckerei für den Druck der Streikpost zur Verfügung. Weitere Solidaritätserklärungen kamen vom Landesvorstand der GEW und der Ortsverwaltung der HBV. Am Freitagmorgen waren 32 Polizisten nach der Nachtschicht mit einem Transparent zum bestreikten Postamt „Hühnerposten“ gezogen. In *Köln* hat die *Kreisdelegiertenversammlung der ÖTV* am 20.11. den Hauptvorstand aufgefordert, von der Möglichkeit, Solidaritätsstreiks einzuleiten, Gebrauch zu machen. Die *Mitgliederversammlung der HBV Bamberg* hat am 17.11. den neugewählten Vorstand beauftragt, der DPG die volle Unterstützung zuzusagen und auch darauf zu verweisen, wie wichtig der Streik gegenüber der mit der Änderung des Ladenschlußgesetzes verbundenen Ausdehnung der Schichtarbeit im Handel ist. Die *Tarifkommission Baden-Württemberg der IG Metall* hat am 20.11. eine Solidaritätserklärung an die DPG verabschiedet und gegen den Einsatz von Beamten als Streikbrecher protestiert. Anfang November hatte die *Mitgliederversammlung der IG Druck Münster* ihre Unterstützung für die Forderungen und Aktionen der DPG erklärt mit dem Hinweis auf die Lage der Setzer und Drucker.



Oldenburg: Ein großer Teil der Schichtarbeiter sind Frauen



Osnabrück: Etwa 700 Arbeiter und Angestellte streiken am Hauptpostamt

hier wird gestreikt.“ Ein Mitglied der Streikleitung hat sich drinnen umgesehen: „Alles ruhig“. Gegenüber, in der Paketumschlaghalle hinter dem Bahnhof, wo an anderen Tagen um diese Zeit der Teufel los ist, rührt sich nichts. Vor dem Tor drei Streikposten. Im Pförtnerhäuschen läuft der Fernseher: „Der ist nicht da, der ist auch Arbeiter und streikt.“ Die für Freitag angekündigten Verhandlungen werden Transparent mit der Aufschrift „Einheitlabfach für die Schicht, sonst machen wir den Laden dicht“ ist aktualisiert worden: „sonst“ ist durchgestrichen, „jetzt“ drübergeschrieben. An der Wand eine Übersicht, wo schon gestreikt wird: Kassel, Frankfurt PA 4. Die Registrierung der Streikenden ist in vollem Gange. Ein Mitglied der Streikleitung gibt einen Überblick über die Lage. In Kassel hätten die Arbeiter des Postamtes 3 und der Luftpoststelle. In der Paketverteilung arbeiten fünf Beamte. „Was sollen die schon groß ausrichten“, meinen die Streikposten. Drei der Beamten kommen aus der Pause zurück. Für die Streikposten haben sie Brötchen mitgebracht. „Nein, hier läuft nichts“. Die Empörung auf den Postminister ist groß. Sein angeordneter Beamteneinsatz kann sich auch zu einem Bumerang entwickeln. dern der ÖTV-Abteilung Justizvollzug vor. Der Landesvorstand der IG Druck und Papier stellte der DPG eine Druckerei für den Druck der Streikpost zur Verfügung. Weitere Solidaritätserklärungen kamen vom Landesvorstand der GEW und der Ortsverwaltung der HBV. Am Freitagmorgen waren 32 Polizisten nach der Nachtschicht mit einem Transparent zum bestreikten Postamt „Hühnerposten“ im Handel ist. Die *Tarifkommission Baden-Württemberg der IG Metall* hat am 20.11. eine Solidaritätserklärung an die DPG verabschiedet und gegen den Einsatz von Beamten als Streikbrecher protestiert. Anfang November hatte die *Mitgliederversammlung der IG Druck Münster* ihre Unterstützung für die Forderungen und Aktionen der DPG erklärt mit dem Hinweis auf die Lage der Setzer und Drucker.



Oldenburg: Ein großer Teil der Schichtarbeiter sind Frauen



Osnabrück: Etwa 700 Arbeiter und Angestellte streiken am Hauptpostamt

Griechenland: Tarifstreit beendet / 2 Tote bei Demonstration

gih. Die griechische Regierung und Vertreter der Gewerkschaften haben sich nach dem Generalstreik auf die Erhöhung der Gehälter im öffentlichen Dienst um 20% im kommenden Jahr geeinigt. – Bei einer Demonstration am vergangenen Wochenende zum Andenken des 7. Jahrestages des Aufstandes der Studenten des Polytechnikums, an der sich 500000 beteiligten, überfielen Sondereinheiten der Polizei den Zug. 2 Tote und über 200 Verletzte war die Bilanz ihres Einsatzes.

Staatlich verordnete Lohnsenkung in den Niederlanden

gih. Die niederländische Regierung wird, ebenso wie im laufenden Jahr, auch 1981 durch Gesetz eine Lohnsenkung erzwingen. Die Beschäftigten mit Mindesteinkommen sollen eine Lohnsenkung von 0,75% hinnehmen und die höchsten Einkommensgruppen von 3,5%. Sozialminister Albeda kündigte die staatlich verordnete Lohnsenkung an, nachdem die dritte Verhandlung zwischen Kapitalisten, Gewerkschaften und Regierung über eine „freiwillige Beschränkung der Löhne“ gescheitert war. Die Gewerkschaften waren lediglich dazu bereit, einer Lohnsenkung für die höchsten Einkommensgruppen zuzustimmen und den gesetzlichen Mindestlohn von zur Zeit 1863 hfl. im Monat von den Lohnsenkungen ganz auszunehmen. Außerdem wollten sie dem Abkommen nur zustimmen, wenn die Kapitalisten „feste Zusagen über die Erhaltung der vorhandenen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze“ machen würden. Die Kapitalisten haben ebenfalls das „staatliche Lohndiktat im Prinzip“ abgelehnt. Der größte Gewerkschaftsbund (FNV) kündigte gleich nach dem Ende der Verhandlungen „harte Aktionen“ an.

Autokonzerne in Australien gehen in die Offensive

mat.Sydney. Die imperialistischen Konzerne wollen die Krise in der Autoindustrie dazu nutzen die Löhne und Arbeitsbedingungen in Australien auf dem niedrigsten Stand zu vereinheitlichen. Alle Konzerne außer Renault haben die Gewerkschaftsforderungen zum Tarifkampf mit Gegenforderungen beantwortet. *General Motors* fordert u.a. statt der üblichen 2jährigen eine 4jährige Laufzeit des Vertrags, Angleichung an die um 4 bis 10 Dollar niedrigeren Wochenlöhne von Mitsubishi, Angleichung der Pausenzeiten an die kürzeren Zeiten bei Nissan, Einführung von Kurzverträgen von bis zu 12 Monaten Dauer und Reduzierung der Zahl der Vertrauensleute.

Israel: Eine auf 200% zusteuernde Inflation

gih. Mit nur drei Stimmen Mehrheit, mit 57 gegen 54, bei zwei Enthaltungen, hat die Regierung Begin am vorigen Mittwoch drei Mißtrauensanträge überlebt, welche die Finanz- und Wirtschaftskrise kritisierten und von der Arbeiterpartei, den Kommunisten und der Tehiya-Partei eingebracht worden waren. Der Lebenshaltungskostenindex in Israel stieg im Oktober auf elf Prozent, die jährliche Inflationsrate liegt derzeit bei 138 Prozent und steuert, nach Ansicht der Oppositionsparteien, auf 200 Prozent in diesem Jahr zu. Zahlreiche Proteste hatte es in der vorangegangenen Zeit gegeben. – Die städtischen Arbeiter in Tel Aviv wollen ihren Dienst erst dann wieder aufnehmen, wenn der Bürgermeister der Stadt, die sich für zahlungsunfähig erklärt hat und ihre Angestellten mit Verspätung bezahlt, ein schriftliches Versprechen zur Behebung des Mißstandes unterzeichnet. – Wegen der reduzierten Arbeit von rund 8000 Krankenhausärzten im ganzen Land, die eine Gehaltserhöhung von 20 Prozent fordern, sind viele Krankenhäuser bis zu 140 Prozent überbelegt. – Am vergangenen Sonntag haben rund 6000 Gewerkschaftsmitglieder vor dem Amtssitz von Ministerpräsident Begin demonstriert und den Rücktritt der Regierung gefordert. Die Demonstranten waren mit 200 Bussen aus allen Landesteilen nach Jerusalem gekommen.



Gegen die Entlassung von 800 Beschäftigten bei Grundig demonstrierte die Belegschaft vor der Betriebsversammlung in der vorigen Woche. Dort versuchten die Kapitalisten mit fotografierenden Polizisten die Arbeiter einzuschüchtern. Sie mußten allerdings zusichern, vor den Entlassungen erst einmal Kurzarbeit einzuführen. Um den Umsatz pro Beschäftigten von 77045 auf 85000 DM zu steigern, will Grundig 8500 der 38000 Arbeiter entlassen.

Karosserie-Handwerk: 80/75 Pfennig erstreikt

frn. Nach drei Wochen Streik erzielten die in der IG Holz und Kunststoff organisierten Karosseriebau-Handwerker Bremen eine Lohnerhöhung von 7,11%. Auf den Ecklohn umgerechnet sind das 80 Pfennig pro Stunde. Gefordert hatte die Gewerkschaft zuletzt 8,5%. Bei einem Angebot von 6,5% hatte der Streik begonnen. In Niedersachsen wurde am Dienstag mit 7,2% abgeschlossen. 60% stimmten in Bremen gegen den Abschluß, der bei 75% abgelehnt worden wäre. Seit Donnerstag wird wieder gearbeitet. Der Abschluß in den nicht bestreikten Betrieben liegt nur bei 6,67% (75 Pfennig auf den Ecklohn). Die GHK: Einmalig bisher.

Streik gegen Lohnkürzungen bei den Alliierten

bep. Etwa 2000 bei den britischen und amerikanischen Besatzertruppen beschäftigte Kraftfahrer sind letzten Freitag in einen mehrstündigen Streik getreten. Sie richteten sich gegen Pläne, die Löhne für rund 10000 Arbeiter in den untersten Lohngruppen sowie für einen Teil der Facharbeiter um bis 12% zu kürzen. In dieser Woche finden die Tarifverhandlungen für etwa 25000 bei den Alliierten beschäftigte Arbeiter statt. Ein Sprecher der ÖTV schloß weitere Streiks nicht aus.



Mit Warnstreiks und Unterschriftensammlungen protestierten in der vergangenen Woche in vielen niedersächsischen Betrieben die Metallarbeiter gegen die Verschleppungstaktik der Kapitalisten bei den Manteltarifverhandlungen. 150 Arbeiter und Angestellte aus den Bereichen Hameln und Osterode kamen in Bussen zum Verhandlungslokal, um ihre Resolutionen selbst zu überbringen: „Wir werden ihnen schon die Finger führen beim Unterschreiben."

Manteltarifverhandlungen in der Metallindustrie

IG Metall: „Wir müssen kämpfen"

ped. Die Manteltarifverhandlungen der IG Metall werden zunehmend schwerer. Im Oktober 1979 hatte der Tarifbezirk Nordwürttemberg/Nordbaden einen neuen MTV abgeschlossen, an dessen Regelungen seitdem andere Tarifbezirke aufzuschließen versuchen. Im Juli 1980 konnte im Tarifbezirk Südbaden durch konzentrierte Kurzstreiks von 27000 vergleichbare (in einzelnen Bestandteilen z.T. bessere) Regelungen durchgesetzt werden. Jetzt im November schloß der Bezirk Bayern einen neuen MTV ab, aber ohne die eigentlich umstrittenen Regelungen durchgesetzt zu haben, für die weitere Verhandlungen vereinbart worden sind. Die Bezirke Hessen und Niedersachsen verhandeln noch, während der Nordverbund sich auf Verhandlungen im kommenden Frühjahr vorbereitet.

Wenngleich die Metallkapitalisten sich in den Verhandlungen gegen alle Bestandteile (so längere Kündigungszeiten, höhere Zuschläge, Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ab 4. Tag, Zuschuß zum Krankengeld) sperren, so ist ihr Widerstand doch am größten gegen eine Kurzarbeitsausgleichszahlung auf 80% des Durchschnittsverdienstes sowie gegen Forderungen nach 6 Minuten Erhol- und 3 Minuten persönlicher Verteilzeit pro Stunde für Akkordarbeiter, 9 Minuten Erholzeit pro Stunde bei Nachtarbeit, Mindesttaktzeiten von 1,5 Minuten und einer Absicherung des Akkordverdienstes in Höhe von 130% des Tariflohns. Knapp, Vorsitzender der hessischen Metallindustriellen erklärte, „ein Zuschuß zum Kurzarbeitergeld kommt für uns grundsätzlich nicht in Frage", während die niedersächsischen Metallkapitalisten in den Verhandlungen darauf bestanden, für die Zeitlöhner gar Zeiten in die Arbeitsbegleitpapiere hineinzuschreiben, das heißt, sie mehr und mehr unter akkordähnliche Bedingungen zu bringen.

Die umstrittenen und für die Metallarbeiter wichtigsten Forderungen sind alle bereits Bestandteile entweder des MTV in Südbaden oder des Lohnrahmentarifvertrages II Nordwürttemberg/Nordbaden und basieren auf der tarifpolitischen Entschließung des 13. Gewerkschaftstages. In dieser Entschließung 12 heißt es: „Die Erreichung dieser Ziele setzt die Tragfähigkeit dieser Forderungen bei den Mitgliedern und einen strategisch und taktisch gut durchdachten Einsatz der gewerkschaftlichen Mittel und Kräfte voraus." Während die IGM in Niedersachsen und Bayern keinen Zuschuß zum Kurzarbeitergeld fordert, dafür aber Erhol- und Verteilzeiten, Mindesttaktzeiten und eine Absicherung des Akkordverdienstes, sind die Forderungen in Hessen gerade umgekehrt. Unter Umständen schwächt das eher die Bereitschaft der Mitglieder für Kampfmaßnahmen, ohne die absehbar aus den Verhandlungen nichts Entscheidendes herauskommen wird. Die „Tragfähigkeit" könnte eigentlich nur gewinnen, wenn unter Bezugnahme auf alle in Baden-Württemberg bereits erreichten Regelungen diese in allen Bezirken gefordert würde. Die beiden Verträge sind zu beziehen über die IGM Bezirksleitung Stuttgart, Kanzleistr. 20, 7000 Stuttgart 1. Die verhandelnden IGM Bezirksleitungen rufen zu den kommenden Verhandlungen zu Kurzstreiks o.ä. auf, was nötig ist.

Erfolgreich beendeter Streik der „Solon"-Seeleute

bia. Zweieinhalb Wochen haben 27 philippinische Seeleute durch ihren Streik den Öl-Tanker „Solon" am Auslaufen aus dem Ölhafen von Wilhelmshaven gehindert. Die Reederei „Mobil Overseas Shipping Company" mit Sitz in Monrovia, läßt die „Solon" mit 45 Mann unter der Billigflagge Liberias fahren, um unter anderem international geltende Tarifverträge für Seeleute zu unterlaufen.

Die philippinischen Seeleute haben zu Hungerlöhnen von 350 Dollar gearbeitet. Der Inspektor der Internationalen Transportarbeitergewerkschaft (ITF), Sektion Westdeutschland, berichtete: „Es ist für den einzelnen praktisch Zwang, zu dieser niedrigen Heuer anzumustern. Wer unter den 40000 philippinischen Seeleuten im Musterungsbüro auf ITF-Heuer besteht, ist sofort weg vom Fenster. So sind alle zum Angebot gezwungen, das die Agenten unterbreiten." Die philippinische Seearbeitergewerkschaft wird in ihren Rechten vom Staat eingeschränkt. So müssen die Seeleute diese Tarifverträge akzeptieren, die in der Regel 12 Monate laufen. In diesem „Tarifvertrag" ist ein Streik verboten.

Die ITF, die gegenwärtig einen weltweiten Kampf für die Einführung von ITF-Tarifverträgen auf den ausgeflaggten Schiffen führt, sah in Wilhelmshaven eine günstige Gelegenheit, den Streik um Anerkennung des Tarifes zu führen durch die Besetzung der Ölpier der Nord-West-Ölleitungs-Gesellschaft.

Die Forderungen der Seeleute waren: 270666 Dollar Heuernachzahlung, Anerkennung der Mindestbedingungen des ITF-Tarifes, Straffreiheit. Die Seeleute führten einen bis zum äußersten entschlossenen Kampf.

Der philippinische Botschafter hatte den streikenden harte Strafen angedroht, falls sie nicht unverzüglich aufhörten. Bei einer Niederlage der Seeleute wäre das auf einen Asylantrag in Westdeutschland hinausgelaufen. Selbst das Vorhaben der Reeder-Kapitalisten, eine griechische Streikbrechermannschaft einzusetzen, scheiterte. Die philippinischen Seeleute hatten sich bewaffnet und alle Sympathien galten ihnen. Die Reeder schalteten das Arbeitsgericht ein, um per einstweiliger Verfügung die Seeleute mit Polizei von Bord holen zu lassen.

Das Arbeitsgericht kam nicht zur Urteilsverkündung. Die philippinischen Seeleute hatten die Reederei schon vorher in die Knie gezwungen. Durchgesetzt wurde: Erhöhung der Grundheuer auf 674 Dollar, Heuernachzahlung ab 1. Juli 1980 64000 Dollar, Überstundenpauschale (60% der Grundheuer), Rückgabe der von der Botschaft eingezogenen Seefahrtsbücher, „Freizeichnungsbrief", der jegliche Straffreiheit garantiert. Alles das mußten die Reeder den Seeleuten an Ort und Stelle in die Hand geben, sonst wären sie nicht ausgelaufen.

Alle Seeleute, die auf der „Solon" in Zukunft fahren, müssen nun zu ITF-Verträgen bezahlt werden.

Orenstein & Koppel: Erneuter Warnstreik Durchsetzung des Sozialplans gefordert

hak. Am 4.11. gegen Mittag wurde dem Betriebsrat von O & K Westberlin überfallartig mitgeteilt, daß der Waggonbau von O & K von der Waggon-Union (WU) zum 1.1.81 übernommen wird. Am selben Tag wurde ein Warnstreik durchgeführt. Am 5.11. mußte von den Kapitalisten eine Belegschaftsversammlung einberufen werden. Ein Sozialplan wurde zugesagt. Am 11.11. wurde erneut gestreikt zur Durchsetzung der Forderungen: Erhalt des Waggonbaus, keine Zwangsübernahme der Beschäftigten durch die WU und keine Entlassungen. Am nächsten Tag wurde dem Betriebsrat der Vorschlag eines Interessenausgleichs und Sozialplans vorgelegt. Der Betriebsrat und die IGM lehnten ihn ab und erarbeiteten einen Gegenvorschlag: Übernahme von 250 der 450 im Waggonbau Beschäftigten durch die WU, der Rest wird in den Betriebsteil Baggerbau von O & K übernommen; jeder, der zur WU geht, erhält 300 DM für jedes Jahr der Betriebszugehörigkeit; über 50jährige bleiben bei O & K; Lohnabsicherung für 12 Monate; Beschäftigungsgarantie für 24 Monate.

tes ab und streikte am 20.11. über zwei Stunden, um die Übergabe des Vorschlags an den O & K-Vorstand zu verhindern. Die Arbeiter des Waggonbaus zogen zu über 90% durch die Hallen des Baggerbaus, um die gesamte Belegschaft (1650) zur Unterstützung der Forderung zu gewinnen.

Die meisten Betriebsräte und Vertrauensleute des Baggerbaus unterstützten die Forderungen nicht, weil sie nicht durchsetzbar seien. Die meisten Arbeiter des Baggerbaus waren von dem Streik nicht informiert worden und waren überrascht. Die wenigen, die sich dem Streik anschlossen, setzten sich bald wieder ab. Um eine Auflösung des Streiks zu verhindern, zogen die Arbeiter geschlossen zum Waggonbau zurück. Ein Betriebsratsmitglied erläuterte dort den Sozialplan. Es wurde festgestellt, daß darüber eine tiefe Spaltung der Belegschaft im Betriebsrat, im Vertrauensleutekörper sowie in der IGM Verwaltungsstelle besteht. Gefordert wird jetzt die volle Bezahlung der aufgrund der Maßnahme der Kapitalisten seit dem 4.11. verminderten Akkordleistung sowie die voll-

Vergleich der Arbeitslosenversicherung (III)

USA: Mindestens 2.5 Millionen Arbeitslose zusätzlich als verdeckte Reserve

gih. „Die amerikanische Arbeitslosenrate ist im Oktober wieder gestiegen," berichtete die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 10.11.1980. Sie liegt jetzt bei 7,6 Prozent nach 7,5 Prozent im September und ebenfalls 7,6 Pro-

(hierdurch sind jetzt rund 40% der Landarbeiter versichert); 2. Hausangestellte, die pro Quartal mindestens 1000 $ verdienen; 3. die 660000 Beschäftigten der Einzelstaaten und die etwa 7,7 Millionen der Kommunen und

zung der Höhe der Arbeitslosenversicherungsbeiträge frei. Die Beiträge, die dem Bund zufließen, werden einem Spezialfonds für folgende Zwecke zugeführt: 1. Darlehen an Einzelstaaten, deren Ausgaben für das Arbeitslosen-

der IG Metall werden zunehmend schwerer. Im Oktober 1979 hatte der Tarifbezirk Nordwürttemberg/Nordbaden einen neuen MTV abgeschlossen, an dessen Regelungen seitdem andere Tarifbezirke aufzuschließen versuchen. Im Juli 1980 konnte im Tarifbezirk Südbaden durch konzentrierte Kurzstreiks von 27000 vergleichbare (in einzelnen Bestandteilen z.T. bessere) Regelungen durchgesetzt werden. Jetzt im November schloß der Bezirk Bayern einen neuen MTV ab, aber ohne die eigentlich umstrittenen Regelungen durchgesetzt zu haben, für die weitere Verhandlungen vereinbart worden sind. Die Bezirke Hessen und Niedersachsen verhandeln noch, während der Nordverbund sich auf Verhandlungen im kommenden Frühjahr vorbereitet.

Wenngleich die Metallkapitalisten sich in den Verhandlungen gegen alle Bestandteile (so längere Kündigungszeiten, höhere Zuschläge, Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ab 4. Tag, Zuschuß zum Krankengeld) sperren, so ist ihr Widerstand doch am größten gegen

80% des Durchschnittsverdienstes sowie gegen Forderungen nach 6 Minuten Erhol- und 3 Minuten persönlicher Verteilzeit pro Stunde für Akkordarbeiter, 9 Minuten Erholzeit pro Stunde bei Nachtarbeit, Mindesttaktzeiten von 1,5 Minuten und einer Absicherung des Akkordverdienstes in Höhe von 130% des Tariflohns. Knapp, Vorsitzender der hessischen Metallindustriellen erklärte, „ein Zuschuß zum Kurzarbeitergeld kommt für uns grundsätzlich nicht in Frage", während die niedersächsischen Metallkapitalisten in den Verhandlungen darauf bestanden, für die Zeitlöhner gar Zeiten in die Arbeitsbegleitpapiere hineinzuschreiben, das heißt, sie mehr und mehr unter akkordähnliche Bedingungen zu bringen.

Die umstrittenen und für die Metallarbeiter wichtigsten Forderungen sind alle bereits Bestandteile entweder des MTV in Südbaden oder des Lohnrahmentarifvertrages II Nordwürttemberg/Nordbaden und basieren auf der tarifpolitischen Entschließung des 13.

schließung 12 heißt es: „Die Erreichung dieser Ziele setzt die Tragfähigkeit dieser Forderungen bei den Mitgliedern und einen strategisch und taktisch gut durchdachten Einsatz der gewerkschaftlichen Mittel und Kräfte voraus." Während die IGM in Niedersachsen und Bayern keinen Zuschuß zum Kurzarbeitergeld fordert, dafür aber Erhol- und Verteilzeiten, Mindesttaktzeiten und eine Absicherung des Akkordverdienstes, sind die Forderungen in Hessen gerade umgekehrt. Unter Umständen schwächt das eher die Bereitschaft der Mitglieder für Kampfmaßnahmen, ohne die absehbar aus den Verhandlungen nichts Entscheidendes herauskommen wird. Die „Tragfähigkeit" könnte eigentlich nur gewinnen, wenn unter Bezugnahme auf alle in Baden-Württemberg bereits erreichten Regelungen diese in allen Bezirken gefordert würde. Die beiden Verträge sind zu beziehen über die IGM Bezirksleitung Stuttgart, Kanzleistr. 20, 7000 Stuttgart 1. Die verhandelnden IGM Bezirksleitungen rufen zu den kommenden Verhandlungen zu Kurzstreiks o.ä. auf, was nötig ist.

flaggten Schiffen führt, sah in Wilhelmshaven eine günstige Gelegenheit, den Streik um Anerkennung des Tarifes zu führen durch die Besetzung der Ölpier der Nord-West-Ölleitungs-Gesellschaft.

an Ort und Stelle in die Hand geben, sonst wären sie nicht ausgelaufen.

Alle Seeleute, die auf der „Solon" in Zukunft fahren, müssen nun zu ITF-Verträgen bezahlt werden.

Orenstein & Koppel: Erneuter Warnstreik Durchsetzung des Sozialplans gefordert

hak. Am 4.11. gegen Mittag wurde dem Betriebsrat von O & K Westberlin überfallartig mitgeteilt, daß der Waggonbau von O & K von der Waggon-Union (WU) zum 1.1.81 übernommen wird. Am selben Tag wurde ein Warnstreik durchgeführt. Am 5.11. mußte von den Kapitalisten eine Belegschaftsversammlung einberufen werden. Ein Sozialplan wurde zugesagt. Am 11.11. wurde erneut gestreikt zur Durchsetzung der Forderungen: Erhalt des Waggonbaus, keine Zwangsübernahme der Beschäftigten durch die WU und keine Entlassungen. Am nächsten Tag wurde dem Betriebsrat der Vorschlag eines Interessenausgleichs und Sozialplans vorgelegt. Der Betriebsrat und die IGM lehnten ihn ab und erarbeiteten einen Gegenvorschlag: Übernahme von 250 der 450 im Waggonbau Beschäftigten durch die WU, der Rest wird in den Betriebsteil Baggerbau von O & K übernommen; jeder, der zur WU geht, erhält 300 DM für jedes Jahr der Betriebszugehörigkeit; über 50jährige bleiben bei O & K; Lohnabsicherung für 12 Monate; Beschäftigungsgarantie für 24 Monate.

Die Belegschaft des Waggonbaus lehnt diesen Vorschlag des Betriebsrates ab und streikte am 20.11. über zwei Stunden, um die Übergabe des Vorschlags an den O & K-Vorstand zu verhindern. Die Arbeiter des Waggonbaus zogen zu über 90% durch die Hallen des Baggerbaus, um die gesamte Belegschaft (1650) zur Unterstützung der Forderung zu gewinnen.

Die meisten Betriebsräte und Vertrauensleute des Baggerbaus unterstützten die Forderungen nicht, weil sie nicht durchsetzbar seien. Die meisten Arbeiter des Baggerbaus waren von dem Streik nicht informiert worden und waren überrascht. Die wenigen, die sich dem Streik anschlossen, setzten sich bald wieder ab. Um eine Auflösung des Streiks zu verhindern, zogen die Arbeiter geschlossen zum Waggonbau zurück. Ein Betriebsratsmitglied erläuterte dort den Sozialplan. Es wurde festgestellt, daß darüber eine tiefe Spaltung der Belegschaft im Betriebsrat, im Vertrauensleutekörper sowie in der IGM Verwaltungsstelle besteht. Gefordert wird jetzt die volle Bezahlung der aufgrund der Maßnahme der Kapitalisten seit dem 4.11. verminderten Akkordleistung sowie die vollständige Durchsetzung des Sozialplans.

Vergleich der Arbeitslosenversicherung (III)

USA: Mindestens 2.5 Millionen Arbeitslose zusätzlich als verdeckte Reserve

gih. „Die amerikanische Arbeitslosenrate ist im Oktober wieder gestiegen," berichtete die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 10.11.1980. Sie liegt jetzt bei 7,6 Prozent nach 7,5 Prozent im September und ebenfalls 7,6 Prozent im August. Die Zahl der Arbeitslosen wird mit rund 8 Millionen angegeben nach 7,8 Millionen im September. Nach Ansicht des amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL-CIO berücksichtigen die offiziellen Beschäftigungsstatistiken des Arbeitsministeriums nicht die verdeckte Reserve der sogenannten „entmutigten" Arbeiter, die die Suche nach einem Arbeitsplatz als „aussichtslos" aufgegeben haben. Ihre Zahl wird vom AFL-CIO auf wenigstens 2,5 Millionen (zusätzlich zu der offiziellen Arbeitslosenzahl von 8 Millionen) geschätzt, was einer Arbeitslosenquote von fast 10 Prozent entsprechen würde.

Bei Arbeitslosigkeit sind die Arbeiter in den USA nur unzureichend geschützt. Die *Arbeitslosenversicherung* wird vom Bund und von den Einzelstaaten gemeinsam getragen. Sie basiert auf dem Social Security Act of 1935 (Sozialversicherungsgesetz), und auf einzelstaatlichen Gesetzen. *Pflichtversichert* sind aufgrund eines Bundesgesetzes alle Lohnabhängigen aus Industrie und Handel sowie von gemeinnützigen Einrichtungen mit 4 oder mehr Mitarbeitern bei mindestens 20wöchiger Beschäftigung im Jahr. Zum 1. Januar 1978 hat sich die Gesamtzahl der Versicherten von 72,4 Mio. auf 81 Mio. erhöht; erst da wurden folgende 3 Berufsgruppen neu in die Arbeitslosenversicherung aufgenommen: 1. Landarbeiter in Betrieben mit einer Lohnsumme von 20000 $ pro Quartal oder mit einer Beschäftigungszahl von 10 oder mehr Landarbeitern (hierdurch sind jetzt rund 40% der Landarbeiter versichert); 2. Hausangestellte, die pro Quartal mindestens 1000 $ verdienen; 3. die 660000 Beschäftigten der Einzelstaaten und die etwa 7,7 Millionen der Kommunen und Kreise. (Es bestehen besondere, vom Bund verwaltete Versicherungskassen für Eisenbahnbedienstete und ehemalige Soldaten).

Die Höhe des wöchentlichen *Arbeitslosengeldes* ist unterschiedlich. Allgemein wird jedoch das wöchentliche Durchschnittseinkommen eines Jahres als Basis angesetzt. Wöchentlich erhält der Arbeitslose im Bundesdurchschnitt ein Drittel dieses Durchschnittseinkommens. Im Einzelfall kann das Arbeitslosengeld je Bundesland zwischen 20 und 50 Prozent variieren. (Bei 50 Prozent sind Familienzuschläge für abhängige Familienangehörige enthalten.) Das Arbeitslosengeld ist auf 26 bis 39 Wochen beschränkt. Es kann bis maximal 65 Wochen bei hoher Arbeitslosigkeit verlängert werden. Nach Wegfall des Arbeitslosengeldes wird bei Bedürftigkeit Sozialhilfe gezahlt.

Die *Arbeitslosenversicherungsbeiträge* (Unemployment Payroll Tax) werden von den Kapitalisten entrichtet; nur in den Bundesstaaten Alabama, Alaska und New Jersey werden auch die Beschäftigten selbst zur Beitragszahlung herangezogen. Nach bundesrechtlichen Vorschriften beläuft sich der Arbeitslosenversicherungsbeitrag auf 3,4% vom Bruttoeinkommen des Versicherten bis zur Höhe eines Jahresverdienstes von 6000 $. Da die Einzelstaaten einen eigenen Arbeitslosenversicherungsbeitrag in Höhe von 2,7 Prozent oder mehr erheben, fließen dem Bund höchstens 0,7 Prozent zu. Die Einzelstaaten sind in der Festsetzung der Höhe der Arbeitslosenversicherungsbeiträge frei. Die Beiträge, die dem Bund zufließen, werden einem Spezialfonds für folgende Zwecke zugeführt: 1. Darlehen an Einzelstaaten, deren Ausgaben für das Arbeitslosengeld ihre Einnahmen aus den Beiträgen überschreitet; 2. Deckung der Verwaltungskosten in der Arbeitslosenversicherung des Bundes und der Einzelstaaten; 3. Übernahme der Hälfte des Arbeitslosengeldes, das über den üblichen Unterstützungszeitraum des jeweiligen Einzelstaates hinaus gezahlt wird; 4. Übernahme des gesamten Arbeitslosengeldes für die dann folgenden 13 Wochen bis zu insgesamt 65 Wochen. Reichen die Mittel des Fonds zur Deckung der Ausgaben nicht aus, so wird er durch Darlehen aus den allgemeinen Bundessteuern aufgestockt. 1978 betrug die Darlehensschuld bereits über 10 Mrd. $ bei einer Arbeitslosenquote von 6 Prozent.

Die amerikanische Sozialgesetzgebung basiert darauf, daß „nicht der Staat, sondern der Bürger die erste Verantwortung für seine soziale Sicherheit (trägt)". Eine eigenständige Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit gibt es in den USA nicht. So ist es den Gewerkschaften zwar gelungen, in einzelnen Betrieben (1955 zum ersten Mal für die Autoarbeiter) betriebliche Arbeitslosenversicherung zusätzlich durchzusetzen, so daß ein Arbeitsloser nach einer Mindestbeschäftigungszeit von einem Jahr für einen Zeitraum von 26 Wochen, nach 2 Jahren Betriebszugehörigkeit bis zu 52 Wochen eine betriebliche Arbeitslosenunterstützung zusammen mit der gesetzlichen 95 Prozent seines letzten Wochenlohnes erhält. Diese Regelung gilt aber lange nicht für alle Arbeiter in allen Bundesländern.

Manteltarifverhandlungen für Redakteure: Kapitalisten wollen Sonderregelung für kleinere Zeitungen

ibu. Bei den Verhandlungen um einen neuen Manteltarifvertrag für Tageszeitungsredakteure wird seit Donnerstag in der neunten Runde um Kompromisse gefeilscht. Die Journalistenorganisationen dju (IG Druck und Papier) und DJV fordern vor allem eine 40-Stundenwoche an fünf Tagen plus Freizeitausgleich für Mehrarbeit und Schichtarbeitszuschlag. Im zur Zeit noch gültigen Tarifvertrag (MTV) ist die gesamte Frage der Arbeitszeit beschränkt auf eine Klausel, nach der der Redakteur zwar keinen Feierabend, wohl aber Mehrbezahlung bei mehr als 195 Stunden im Monat verlangen kann. Weil aber der Begriff Arbeitszeit selbst für Journalisten nirgends definiert ist, gibt es ständig Streit um diese Vorschrift, und kaum ein Kollege hat in den vergangenen Jahren davon Gebrauch gemacht. Kein Wunder also, daß die Verleger diesen Paragraphen besonders lieben, und so boten sie denn zunächst eine Senkung auf 173 Stunden im Monat, um dann – unter dem Eindruck des Warnstreiks in fast 130 Tageszeitungen am 14.11. – die geforderte 40-Stundenwoche an fünf Tagen für 1985 anzubieten.

Bis ins Wochenende hinein ist – bis Redaktionsschluß noch ohne Ergebnis – um dieses Angebot in Nürnberg gepokert worden. dju und DJV sind zu einem Kompromißabschluß bereit, der statt 1985 auf 1983 lautet. Streit gibt es aber jetzt um einen Extrawunsch der Verleger: sie möchten die kleinen Zeitungen ausgenommen wissen, die Kollegen dort sollen weiterhin mehr Wochenstunden und sechs Tage durchgehend arbeiten müssen. Dabei ließ Verleger-Sprecher Niemann durchblicken, wie es um die Arbeitsbedingungen in kleinen Verlagen wirklich steht: „Die kleinen Verlage beschäftigen zehn Prozent der Redakteure, geben aber 60 Prozent der Tageszeitungen heraus."

dju und DJV wollen sich darauf nicht einlassen, sie wissen genau, daß die bisherigen Aktionen gerade von den Kollegen in größeren Verlagen zugunsten der Redakteure in kleinen Zeitungen getragen worden sind, eine Ausnahmeklausel im neuen MTV bedeutet eine Spaltung der sich zur Zeit einheitlich entwickelnden Front der Journalisten. Am Freitag sind den Verhandlungskommissionen aus mehreren Verlagen Forderungen nach Abbruch der Verhandlungen und Urabstimmung geschickt worden.

Sachverständige suchen „Beistand für Wirtschaftspolitik"

Jahresgutachten vorgelegt / im Zentrum der Angriff auf die Löhne / Kapitalistische Bekenntnisse

frb. „Die Wirtschaftspolitik ist im Jahre 1980 in rauhes Wasser geraten." So eröffnet der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage seine Empfehlungen im diesjährigen Gutachten. Zielstrebig geht er sogleich in die Vollen. „Manövrierspielraum für wirtschaftspolitisches Gegensteuern ist so gut wie nicht vorhanden. Wieder einmal sind die Tarifparteien gefordert, der Wirtschaftspolitik auf schwierigem Kurs beizustehen. Noch haben die Unternehmen die Orientierung an dem, was ihnen auf mittlere Sicht gute Gewinne verspricht, nicht verloren."

Das Bild, das der Professorenrat auf 416 Schreibmaschinenseiten entwirft, geht davon aus, daß die neuerliche Erhöhung der Ölpreise durch die OPEC-Staaten die Weltwirtschaft ins Unglück gestürzt hat und auch die westdeutsche Wirtschaft davon nicht unberührt geblieben ist. Dies, obwohl der Rat auch schreiben muß: „Als schließlich im darauffolgenden Winter (1978/79) die Verteuerung des Öls hinzukam, war die Inflation in der Welt bereits in vollem Gange." Verschärfend käme hinzu, daß ausgehend von den USA und Großbritannien, die die weltweite Krise 1974/75 mit einer inflationären Politik beantwortet haben, „die Signale der Weltkonjunktur nach unten weisen". Die Ölpreissteigerung erzwinge eine Strukturänderung der Wirtschaft. Bisher rentable Produktion werde unrentabel, bisher unrentable (die Öl ersetzt, ohne Öl auskommt, Energie spart usw.) werde rentabel. Kapitalvernichtung einerseits, riesige Investitionen andererseits seien erforderlich. Dieser Strukturwandel, der zunächst gut vorangekommen sei, stoße nun auf Hindernisse, ein Dilemma tut sich auf. Die Bundesbank müßte die Zinsen senken, aber sie kann nicht, weil der Devisenkurs der Mark noch mehr unter Druck käme. Und zum Dilemma kommt ein Paradoxon. „Es ist geradezu paradox, daß in der Zeit, in der die weltwirtschaftlichen Anpassungsaufgaben und hohe Leistungsbilanzdefizite eine vermehrte Produktion von Gütern verlangt, weniger gearbeitet wird."

Der Rat der „Fünf Weisen" greift zu solch mystisch klingenden Ausführungen, um die These in die Welt zu setzen, „vom Weg, der zur Vollbeschäftigung führt, ist die deutsche Wirtschaft im Frühjahr 1980 abgedrängt worden". Wo doch in Wirklichkeit schon die Erhöhung der Ölpreise nicht Ursache, sondern Vorbote der weltweiten neuerlichen Krise war. Sonst wäre sie gar nicht durchsetzbar gewesen. Und wäre der Pfad des Wachstums erst dieses Frühjahr verlassen worden, dann hätte nicht die Bundesbank bereits Mitte des vorigen Jahres beginnen müssen, zur Sicherung des Geldwertes die Zinsen durch Erhöhung des Diskonts in die Höhe zu schrauben – bis nun mittlerweile die Zahl der Unternehmensinsolvenzen gegenüber dem Vorjahr um 23,5% gestiegen ist. Der Rat der Weisen muß die Entstehungsgeschichte der Krise verwischen, weil sonst die Begründung seiner Ratschläge noch hohler klänge, als sie so schon klingt.

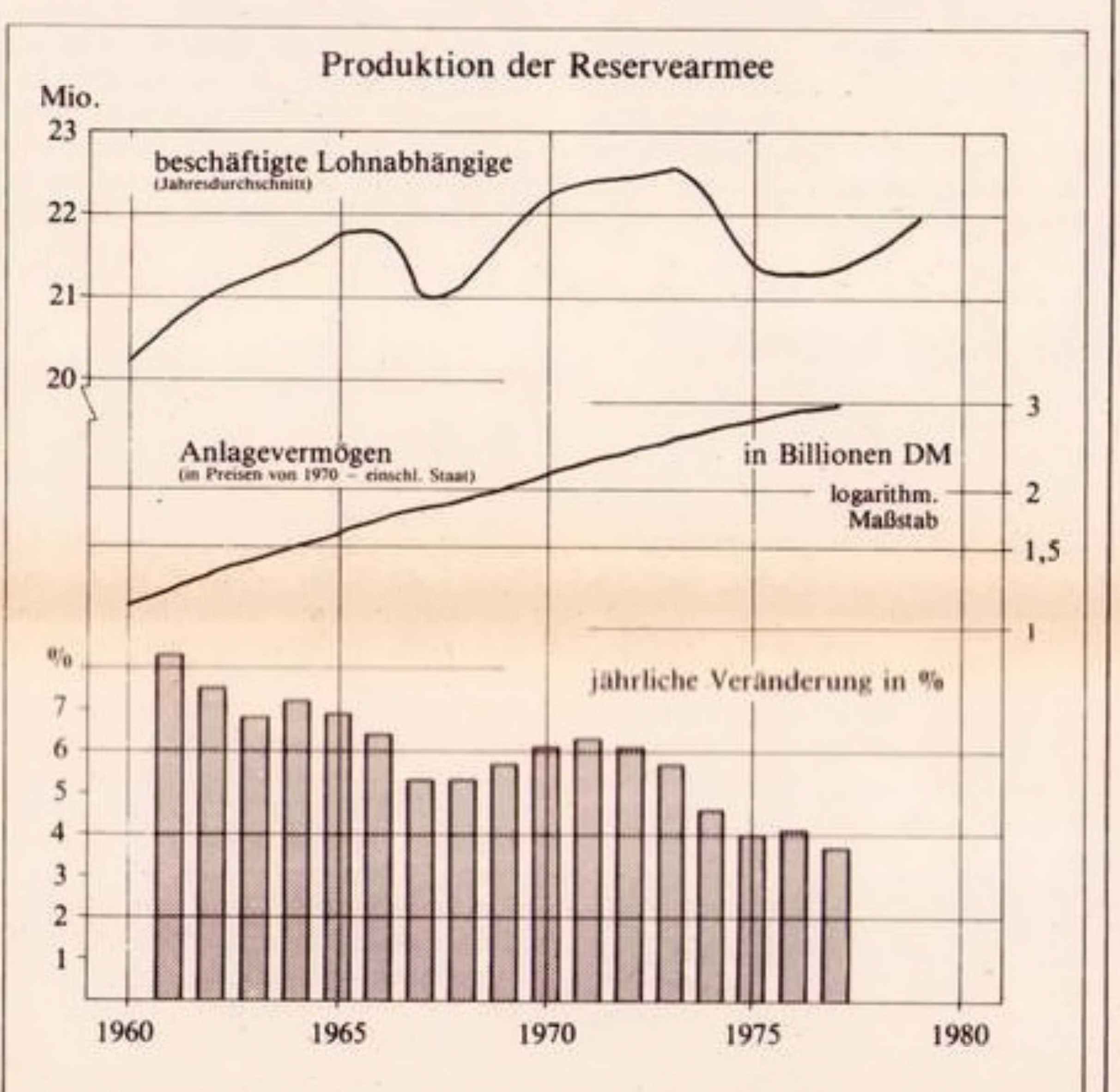
Seine Therapie faßt der Rat so: „Wichtig ist, daß allenthalben nach Lösungen gesucht wird, die helfen, die Produktionsstruktur zu modernisieren, den Lohnkostendruck zu verringern, das Wachstum des Staatssektors zu begrenzen, die Investitionsrisiken zu vermindern, die Neuerungstätigkeit zu ermutigen und – ganz allgemein – die Risikobereitschaft zu erhöhen." Der Rat spricht sich gegen staatliche Expansionsprogramme aus. Vor allem, weil die dazu notwendigen Gelder fehlen. Steuererhöhungen großen Stils schieden aus, abgesehen von der „Anpassung einzelner Verbrauchssteuern". Beschaffung von Geldern durch Erhöhung der Staatsverschuldung stehe in Gegensatz zu dem Erfordernis sinkender Zinsen. Der Staat würde am Kapitalmarkt in Konkurrenz zu den Industriekrediten treten. So bliebe denn die Kürzung von Subventionen und anderer Begünstigungen, „auch solche, die fest im Besitzstandsdenken verankert sind".

Zur Lohnpolitik heißt es, sie müsse sich „für die nächste Runde auf sehr kleine Verteilungsspielräume einrichten". Eine Korrektur des Kostenniveaus müsse ermöglicht werden. Die Professoren locken damit, daß die Löhne mit für eine niedrige Inflationsrate sorgen könnten, und formulieren: „Was zunächst Zurückhaltung bei den Nominallöhnen wäre, könnte im nachhinein durchaus höhere Reallöhne bedeuten." Eben: „Könnte". Drohen die Professoren: „Aufgrund der schlechten Lage in der Wirtschaft und besonders am Arbeitsmarkt werden die Arbeitgeber in der nächsten Tarifrunde eine starke Verhandlungsposition haben." Und mahnen: „Es wäre kurzsichtige Politik, diese Position voll auszureizen."

Was die Sachverständigen sorgt, ist, daß die Kostensteigerungen 1980 – die, wie zugegeben wird, zum Teil bereits aus schrumpfender Produktion rühren – nicht mehr in den Preisen durchgesetzt werden könnten. Damit aber gehen Kostensteigerungen direkt zu Lasten der Profite. Ohne Profite aber käme es nicht zu ausreichenden Investitionen, die allein höhere Beschäftigung brächten. Und schließlich, falls sich die Versprechen nicht erfüllen, tröstet folgendes: „Ein vorsichtiger Kurs in der Lohnpolitik würde auch bei der Lösung der Probleme helfen, die sich über das Jahr 1981 hinaus stellen." Durch das Heer der Arbeitslosen solle man sich nicht den Blick verstellen lassen, dies solle „eher Ansporn sein, in den Tarifvereinbarungen auch nach Möglichkeiten der Differenzierung im Lohnanstieg zu suchen, die den strukturellen Problemen am Arbeitsmarkt Rechnung tragen."

Seit Jahren schon legt der Sachverständigenrat das Schwergewicht seiner Empfehlungen auf niedrige Lohnsteigerungen, die eine größere Steigerung der Profite zulassen. Letzteres ist auch eingetreten, nicht eingetreten sind aber die damit verbundenen Versprechungen auf geringe Inflation und Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Für die Sachverständigen lediglich Beweis dafür, daß die Löhne eben immer noch zu hoch sind. Auf den Widerspruch zwischen Versprechung und Wirklichkeit eingehend schrieben sie im Gutachten 1977: „Dem kann man nicht viel entgegenhalten. Nur, dies hilft bei der nächsten Lohnrunde nicht weiter. Wenn die Reallöhne falsch sind, also nicht zu mehr Beschäftigung passen, so würde sich daran nicht deshalb etwas ändern, weil die vorherrschende Meinung anders gelautet hat." Damals verstieg sich der Rat zu der provozierenden Frage: „Warum die Löhne überhaupt erhöhen? – In der Tat gibt es keinen von vornherein zwingenden Grund, dies zu tun." 1978 wurden dann für 1979 Tarifabschlüsse unter denen des Jahres 1978 angeraten. Von den Tarifparteien hingen „Kraft und Dauer des Aufschwungs" ab. Im November 1979 schließlich warb der Rat erneut, „von der Lohnkostenseite her die Angebotsbedingungen zu verbessern". Sinn sei, „mehr Produktion und damit auch mehr Beschäftigungsmöglichkeiten rentabel zu machen".

Die Argumente der Sachverständigen sind Beweis dafür, daß die Lohnarbeiter an das Kapital gefesselt sind wie die Sklaven an die Galeere. Weiterhin steigt das von den Arbeitern produzierte Kapital, aber die Akkumulationsraten sinken. Sie reichen nicht mehr aus, jene Arbeiter in Beschäftigung zu ziehen, die durch die technische Umwälzungen der gesamten Produktion freigesetzt werden. Mit der Umwälzung, d.h. mit der Steigerung der Produktivkraft der Arbeit, wirft das Kapital ständig Arbeiter auf den Arbeitsmarkt, ohne daß dem entsprechende Nachfrage nach Arbeit durch Ausdehnung des Gesamtkapitals folgen würde. Der Sachverständigenrat spielt den Apologeten, der die so geschaffene Reservearmee und Überbevölkerung voll zur Geltung kommen lassen will.



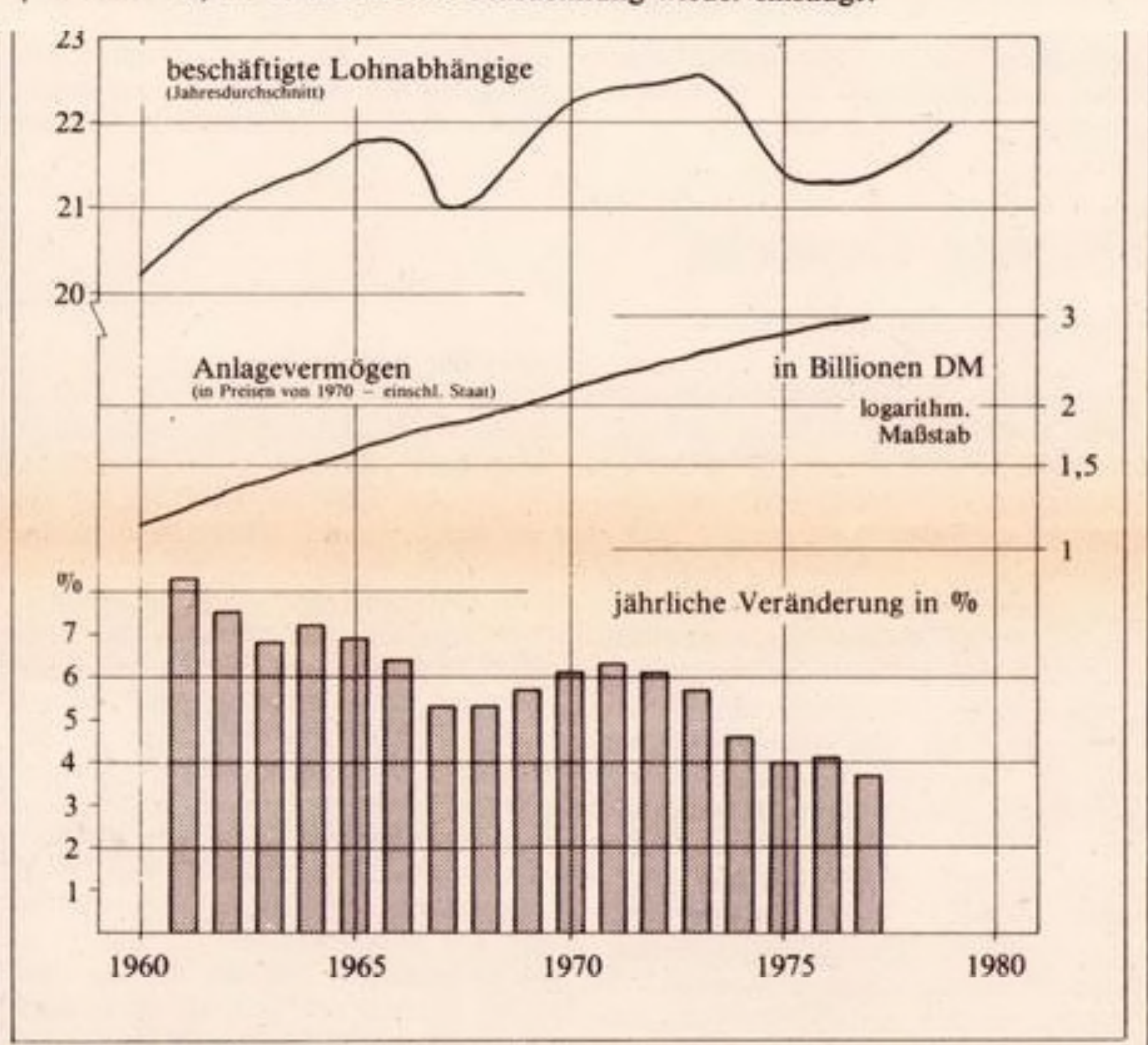
Mit seiner ständigen technischen Umwälzung stößt das Kapital zunehmend mehr Arbeiter ab, als es durch seine Ausdehnung wieder einsaugt.

usw.) werde rentabel. Kapitalvernichtung einerseits, riesige Investitionen andererseits seien erforderlich. Dieser Strukturwandel, der zunächst gut vorangekommen sei, stoße nun auf Hindernisse, ein Dilemma tut sich auf. Die Bundesbank müßte die Zinsen senken, aber sie kann nicht, weil der Devisenkurs der Mark noch mehr unter Druck käme. Und zum Dilemma kommt ein Paradoxon. „Es ist geradezu paradox, daß in der Zeit, in der die weltwirtschaftlichen Anpassungsaufgaben und hohe Leistungsbilanzdefizite eine vermehrte Produktion von Gütern verlangt, weniger gearbeitet wird."

Der Rat der „Fünf Weisen" greift zu solch mystisch klingenden Ausführungen, um die These in die Welt zu setzen, „vom Weg, der zur Vollbeschäftigung führt, ist die deutsche Wirtschaft im Frühjahr 1980 abgedrängt worden". Wo doch in Wirklichkeit schon die Erhöhung der Ölpreise nicht Ursache, sondern Vorbote der weltweiten neuerlichen Krise war. Sonst wäre sie gar nicht durchsetzbar gewesen. Und wäre der Pfad des Wachstums erst dieses Frühjahr verlassen worden, dann hätte nicht die Bundesbank bereits Mitte des vorigen Jah-

kleine Verteilungsspielräume einrichten". Eine Korrektur des Kostenniveaus müsse ermöglicht werden. Die Professoren locken damit, daß die Löhne mit für eine niedrige Inflationsrate sorgen könnten, und formulieren: „Was zunächst Zurückhaltung bei den Nominallöhnen wäre, könnte im nachhinein durchaus höhere Reallöhne bedeuten." Eben: „Könnte". Drohen die Professoren: „Aufgrund der schlechten Lage in der Wirtschaft und besonders am Arbeitsmarkt werden die Arbeitgeber in der nächsten Tarifrunde eine starke Verhandlungsposition haben." Und mahnen: „Es wäre kurzsichtige Politik, diese Position voll auszureizen."

Was die Sachverständigen sorgt, ist, daß die Kostensteigerungen 1980 – die, wie zugegeben wird, zum Teil bereits aus schrumpfender Produktion rühren – nicht mehr in den Preisen durchgesetzt werden könnten. Damit aber gehen Kostensteigerungen direkt zu Lasten der Profite. Ohne Profite aber käme es nicht zu ausreichenden Investitionen, die allein höhere Beschäftigung brächten. Und schließlich, falls sich die Versprechen nicht erfüllen, tröstet folgendes: „Ein vorsichti-



Mit seiner ständigen technischen Umwälzung stößt das Kapital zunehmend mehr Arbeiter ab, als es durch seine Ausdehnung wieder einsaugt.

Ungarischer 5-Jahrplan – Ärger im RGW steht bevor

krk. Nachdem 1980 die Fünfjahrpläne aller RGW-Länder ausgelaufen sind, sollten die neuen Pläne ein weit größeres Maß an Vereinheitlichung beinhalten. Ungarn wird wahrscheinlich als erstes RGW-Land im Parlament seinen Fünfjahrplan verabschieden, nachdem das ZK die Richtlinien auf seiner letzten Sitzung am 13.11. festgelegt hat. Der Plan ist eine Absage an die RGW-Vorstellungen. Faluvégi Lajos, Chef des Planungsamtes erklärte dazu in Népszabadság: einen klassischen Fünfjahrplan, mit genauen zahlenmäßigen Festlegungen könne man nicht verabschieden. „Um uns herum finden tagtäglich Veränderungen statt, die indirekt auch auf die Beziehungen der RGW-Länder untereinander Auswirkungen haben können." Besonders betonte er die Veränderungen der Rohstoff- und Brennstoffpreise. Der zweite Grund liegt im inneren System der Wirtschaftsführung. Die Investitionen müssen im nächsten Fünfjahrplan hauptsächlich von den Betrieben selber getragen werden, diese hängen wiederum von der Gewinnlage ab. Unter diesen Umständen ist die Aufstellung mengenmäßiger Bestimmungen fast unmöglich. So setzt sich der Planungschef für die „Bestimmung der wichtigsten Proportionen" zwischen den RGW-Ländern ein, aber auch nicht mehr. – Insgesamt ist eine Steigerung des Nationaleinkommens um 14–17%, eine Erhöhung der Industrieproduktion um 19–25%, der landwirtschaftlichen Produktion um 12–15% vorgesehen. Die Ausfuhr soll um 27–39%, die Einfuhr dagegen nur um 18–19% steigen. Weil das Lebensniveau der Massen zumindest gehalten werden müsse, ist die Akkumulationsrate auf 18–20% gesenkt worden (V. 5-Jahrplan: 14–26%). Die Einführung der Fünftagewoche ist vorgesehen. Beim hohen Grad des Kapitalabflusses ins Ausland ein beachtliches Zugeständnis an die Arbeiterklasse.

Wirtschaftsabkommen Sowjetunion/Finnland

coi.Stockholm. Hauptergebnis des fünftägigen Staatsbesuches von Präsident Kekkonen in der UdSSR ist die Ausweitung des 1977 geschlossenen langfristigen Wirtschaftsabkommens und Verlängerung bis 1995. Die SU verpflichtet sich, Finnland mit Energie zu versorgen, Finnland ist seinerseits verpflichtet, die auf Rubelbasis verrechneten, immer teureren Öl- und Gaslieferungen mit steigenden Mengen hochwertiger Industriegüter, vor allem Schiffen und Maschinen sowie kompletten Industrieprojekten wie der Erzgrubenstadt Kostamus zu bezahlen. In Vorbereitung ist die Teilnahme Finnlands an der Erschließung der Rohstoffvorkommen im nördlichen Kontinentalsockel der Sowjetunion.

Autogipfel EG-Japan:

niveau der Massen zumindest gehalten werden müsse, ist die Akkumulationsrate auf 18–20% gesenkt worden (V. 5-Jahrplan: 14–26%). Die Einführung der Fünftagewoche ist vorgesehen. Beim hohen Grad des Kapitalabflusses ins Ausland ein beachtliches Zugeständnis an die Arbeiterklasse.

Wirtschaftsabkommen Sowjetunion/Finnland

coi.Stockholm. Hauptergebnis des fünftägigen Staatsbesuches von Präsident Kekkonen in der UdSSR ist die Ausweitung des 1977 geschlossenen langfristigen Wirtschaftsabkommens und Verlängerung bis 1995. Die SU verpflichtet sich, Finnland mit Energie zu versorgen, Finnland ist seinerseits verpflichtet, die auf Rubelbasis verrechneten, immer teureren Öl- und Gaslieferungen mit steigenden Mengen hochwertiger Industriegüter, vor allem Schiffen und Maschinen sowie kompletten Industrieprojekten wie der Erzgrubenstadt Kostamus zu bezahlen. In Vorbereitung ist die Teilnahme Finnlands an der Erschließung der Rohstoffvorkommen im nördlichen Kontinentalsockel der Sowjetunion.

Autogipfel EG-Japan: Keine Übereinkunft erreicht

wos. Die westeuropäischen Automobilmonopole haben ihr Ziel nicht erreicht: es wird keine Quote „freiwilliger" Selbstbeschränkung seitens der japanischen Monopole geben. Agnelli (Fiat), Schmücker (VW) und die Chefs von British Leyland, Renault, Peugeot, Alfa Romeo und Volvo wie auch der Verband der japanischen Automobilindstrie bestätigten lediglich „ihre starke Unterstützung des Prinzips eines freien und fairen Welthandels". Die japanische Seite kündigte für 1984 Investitionen in Höhe von 11 Mrd. $ an.

Japan wegen Beziehungen zu Heng Samrin kritisiert

frb. Scharf wurde in den ASEAN-Ländern (Thailand, Philippinen, Indonesien, Malaysia, Singapur) der Abschluß eines Liefervertrages durch ein japanisches Handelsunternehmen mit dem von Vietnam installierten Marionettenregime in Kampuchea kritisiert. Kurz zuvor noch hatte Japans Außenminister auf einer Reise durch die ASEAN-Länder deren Haltung zu Kampuchea unterstützt. Jetzt wird ihm von der Presse „doppelbödige Moral" vorgeworfen und werden „Vergeltungsaktionen" verlangt. Ohnehin sind die Beziehungen zwischen ASEAN und Japan gespannt. Das japanische Versprechen, für gemeinsame Industrieprojekte der ASEAN-Länder einen Kredit von 1 Mrd. $ zur Verfügung zu stellen, wurde nicht eingehalten. Japan gehe es nur um billige Rohstoffe, heißt es, und es wird darauf verwiesen, daß die japanischen Investitionen, die ein Drittel des ausländischen Kapitals in dem Staatenverband ausmachen, nur in Bergbau- oder bestenfalls Montageprojekte gehen.

Beseitigung des sozialen Wohnungsbaus

Empfehlung der Sachverständigen: Abschaffung §7b / Steuerersparnis nach §7 Abs. 5 für Spitzenverdiener

brp. Das Wahlversprechen der SPD für die Wohnpolitik der 80er Jahre überdauerte nicht einmal die Koalitionsverhandlungen. Ins Wahlprogramm hatte sie unter „Förderung des Wohneigentums" geschrieben: „Aus Gründen der Steuergerechtigkeit ist die überproportionale Begünstigung von Haushalten mit hohem Einkommen abzubauen. Familien mit Kindern brauchen stärkere Hilfen als bisher." Regierungsgrundlage ist jetzt: Überprüfung der mißbräuchlichen Inanspruchnahme von Steuervorteilen durch Bauherren unechter Zweifamilienhäusern. Keine Änderung des §7b EStG. Prüfung einer Verbesserung der Wohneigentumsförderung für Familien mit Kindern. Die Kritik geht bis in die SPD-Fraktion hinein, ein Abbau der Begünstigung des §7b für Spitzenverdiener müsse weiterverfolgt werden.

Der §7b EStG in der Fassung von 1977 ermöglicht die steuerliche Absetzung von Ein- und Zweifamlienhäusern und neu den Erwerb von Eigentumswohnungen. Sie müssen nach dem 31.12.76 errichtet bzw. gekauft worden sein und zu mehr als 66⅔% zu Wohnzwecken dienen. Die steuerliche Abschreibung beträgt in den ersten acht Jahren jeweils 5% der Herstellungs- bzw. Kaufkosten, danach bis zur vollen Absetzung pro Jahr 2,5% des Restwerts. Als Höchstgrenze ist für Einfamilienhäuser 150000 DM, für Zweifamilienhäuser 200000 DM festgesetzt. Ab 1.1.1977 wird auch kein Unterschied mehr zwischen Erst- oder Zweiterwerb gemacht, so daß – egal ob der Vorbesitzer schon alle steuerlichen Vergünstigungen in Anspruch genommen hat – alle Erwerbe steuerlich begünstigt werden. Absetzbar sind auch alle Ausbauten und Erweiterungen an Ein- und Zweifamilienhäusern und an Eigentumswohnungen, die vor dem 1.1.64 fertiggestellt und nicht nach dem 31.12.76 angeschafft worden sind. Diese steuerlichen Abschreibungen werden von dem zu versteuernden Einkommen abgezogen. Je höher das zu versteuernde Einkommen, desto größer die Steuerersparnis aufgrund der Steuerprogression: Ein Haushalt mit einem Nettoeinkommen (inkl. Kindergeld) von durchschnittlich 1550 DM erhält eine monatliche Begünstigung von rund 115 DM. Haushalte mit einem Durchschnittseinkommen von 6000 DM sparen monatlich rund 300 DM an Steuern. 1978 wurden 4,9 Mrd. DM weniger Steuern wegen der Abschreibungsmöglichkeit nach §7b EStG gezahlt. 16% der 7b-Abschreiber, die 6000 DM verdienen, erhielten 25% der gesamten Fördersumme. 13%, die ein Durchschnittseinkommen von 2050 DM haben, bekamen knapp 10% der steuerlichen Vergünstigungen. Nach drastischer sind die Wirkungen beim Kauf einer Eigentumswohnung zu sehen: Spitzenverdiener können aufgrund der Steuerprogression innerhalb von 5 Jahren eine Wohnung zum Preis von 300–500000 DM voll abschreiben. Die steuerliche Begünstigung des Wohneigentums hat in großem Umfang zur Vernichtung preiswerter Mietwohnungen geführt, indem diese in Eigentumswohnungen verwandelt wurden. Die Gewerkschaft fordert die Streichung des §7b EStG, die Durchforstung der steuerlichen Vergünstigungen, stattdessen eine erhebliche Aufstockung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau.

Nun hat sich der Sachverständigenrat lang zum §7b EStG geäußert. Er sei der Angelpunkt jeder Neuorientierung der Wohnungspolitik. „Auch für die Wohnung (soll) im Prinzip gelten, daß für ein Gut zu bezahlen ist, was es kostet, es bereitzustellen" und „auf andere Weise als durch Subventionen (muß) dafür gesorgt (werden), daß ausreichend viele Wohnungen rentabel gebaut werden können." Dabei müsse zudem der Steuersack der Finanzbourgeoisie praller werden. Überhaupt käme also eine Bindung des §7b etwa an die Kinderzahl nicht in Betracht, denn damit würde die Abhängigkeit der Höhe des Steuergeschenks von der Höhe der Grenzsteuersätze aufgehoben, und es sei zu befürchten, daß das zusätzlich Geld kostet. Der §7b müsse vielmehr abgeschafft werden. So könne dann der soziale Wohnungsbau „für breite Schichten" vernichtet und nur noch für „sehr eng abzugrenzende Zielgruppen" betrieben werden. Mit der Abschaffung des §7b müsse die Umwandlung der Eigenmieten kombiniert werden (bisher werden 1,4 vH des Nutzungswertes bei eigengenutzten Eigenheimen als Mieteinkünfte angerechnet), sie müßten durch „marktgerechte" Mieten, die höher wären als 1,4%, ersetzt werden. Von dieser Änderung wären nicht die Bauherren und Käufer teuererer Häuser betroffen (über 150000 bzw. 200000 DM), die über den §7 Abs. 5 bei degressiver Abschreibung eine größere Steuerersparnis bekommen als bei §7b, weil hier die vollen Herstellungskosten inkl. Zinsen, laufender Erhaltungsaufwand und laufende Aufwendungen abgesetzt werden. Der Progressionseffekt ist nochmal höher, weil eine höhere Summe vom zu versteuernden Einkommen abgezogen werden kann. (Bei gleichem Steuersatz von 25% bringt der §7b bei einem Zweifamilienhaus für 350000 DM, 80% Fremdfinanzierung, eine gesamte Steuerersparnis von 3250 DM, nach §7b Abs. 5 jedoch von 6770 DM).

Die Regierung hat weigehend gespurt; beim §7b EStG hat sie sich noch viel offengelassen und kann den Empfehlungen des Sachverständigenrates folgen. Was die Rentabilität des Wohnbaus angeht, so sollen die bei Mietvertrag festgelegten Staffelmieten (jährliche Mieterhöhungen) die Mieterhöhungen spürbar erleichtern. Daß dabei auch ganz schnell die Vergleichsmieten ansteigen und das gesamte Mietniveau nach oben schnellt, ist klar. Den Dreh, wie die „marktwirtschaftlichen Elemente im sozialen Wohnungsbau (eine) stärkere Berücksichtigung" erhalten können, hat ihr der Sachverständigenrat gezeigt: bei den mittleren Einkommensbeziehern ansetzen, über die Abschaffung des §7b und die Subventionen im sozialen Wohnungsbau dann abbauen. Die „Fehlbelegungsabgabe" ist erst der Anfang.

Demonstrationen in Hamburg und Dortmund

Kämpfe um das Bildungswesen entfalten sich gegen die Sparmaßnahmen der Bourgeoisie

ulw. In Hamburg hat der Landesjugendring eine Aktionswoche unter dem Motto ,,Jugend für ihre Zukunft" organisiert, die am 15.11. mit einer Demonstration beendet wurde. In Dortmund hat die Landesschülervertretung zu einer Demonstration für den 22.11. aufgerufen unter der Hauptlosung: ,,Für eine demokratische Bildung und Berufsausbildung!"

Hamburg: Der Landesjugendring, in dem u.a. die DGB-Jugend, AStA, Schülerkammer, SDAJ, Jusos u.ä. zusammengeschlossen sind, hatte den Aufruf zur Demonstration umfassend, wie allgemein gehalten. Sowohl für ,,das Recht auf Arbeit und Bildung" wie auch für ,,Frieden und Abrüstung" und ,,mehr Demokratie" sollte demonstriert werden. 3000 Lehrlinge, Jungarbeiter, Schüler und Studenten haben an der Demonstration teilgenommen. Der Landesjugendring hatte erheblich mehr erwartet. Obwohl im Aufruf nicht angelegt, nutzten Teile der Schüler- und Jugendbewegung die Demonstration, um ihre Forderungen, die aus den praktischen Auseinandersetzungen mit dem Staatsapparat entstanden sind, auf die Straße zu tragen. So wurde bezüglich der Berufsausbildung von einem Block der ÖTV-Jugend Forderungen auf vollständige Anwendung des Berufsgrundbildungsgesetzes in der Krankenpflegeausbildung, keine Verschulung der Krankenpflegeausbildung und keine Anrechnung auf den Stellenplan getragen. Gegen neuerliche Pläne des Hamburger Senats auf Einführung des Berufsgrundbildungsjahres, die im ,,Referenten-Entwurf zur Entwicklungsplanung für die Beruflichen Schulen in Hamburg" veröffentlicht wurden, richtete sich ein Transparent mit der Forderung gegen die flächendeckende Anwendung des BGJ. Die Demonstration ist nicht von den reformistischen und revisionistischen Parolen beherrscht worden, sie war aber auch nicht einheitlich für eine bestimmte Kampfaufgabe zusammengeschlossen.

Dortmund: Zu der Demonstration am Samstag haben neben der Landesschülervertretung NRW noch die Landesastenkonferenz und die Landesvereinigung der Lehramtsanwärter aufgerufen. Weiter wird der Aufruf von den Falken, den Juso Schülergruppen, MSB Spartakus, SHB, SDAJ, Liberalem Hochschulbund, Jungdemokraten, der Naturfreundejugend, der DFG/VK unterstützt. (Seitens der Gewerkschaften unterstützen den Aufruf einzelne Funktionärsträger.) Folgende Forderungen werden vorgeschlagen: Sofortige Einstellung aller ausgebildeten Lehrer mit voller Stundenzahl und gleichzeitiger Arbeitszeitverkürzung; Mehr integrierte Gesamtschulen sofort, die Gesamtschule muß Regelschule werden; Mehr demokratische Rechte an den Schulen, eine von der Schulleitung unabhängige Schülervertretung mit politischem Mandat; für alle Schüler müssen qualifizierte Ausbildungsplätze mit Übernahmegarantie nach der Lehre geboten werden; für die Neufassung von Landeshochschulgesetz und Hochschulrahmengesetz; gegen Meldefristen, Zwischenprüfungen und Regelstudienzeit, für eine demokratische Studienreform ...

Den Erfordernissen der vielfältigen Kämpfe, die Schüler, Eltern und Lehrer gegenwärtig gegen die Angriffe der Landesregierung führen müssen, wird dieser Aufruf nur beschränkt gerecht, vor allem in der ersten Forderung. Mehr integrierte Gesamtschulen sofort, lautet eine der Forderungen, dabei haben erst in den letzten Monaten in Essen, Bochum und Gelsenkirchen Aktionen und Demonstrationen gegen die Umwandlung bestehender Schulen in Gesamtschulen stattgefunden. Als z.B. die Bochumer SPD-Ratsfraktion über die Umwandlung eines Gymnasiums in eine Gesamtschule beschloß, demonstrierten noch am gleichen Tag 1500 Schüler gegen diesen Beschluß. Ihre Forderung lautet: ,,Keine Gesamtschule anstelle einer bestehenden Schule aus raumtechnischen und finanziellen Gründen", ,,Gegen die Rotstiftpolitik im Bildungswesen".

Angesichts der Sparmaßnahmen der Bourgeoisie auf Kosten des Volksbildungswesens muß gerade in Fragen der Ausstattung der Schulen Klarheit geschafft werden. Forderungen nach den Mindestbedingungen, die örtlich im Bildungswesen gewährleistet sein müssen, müssen aufgestellt werden. Unter der Voraussetzung kann sich auch das positive Interesse der Volksmassen an der Gesamtschule entfalten, wie es Hans Preiss vom IG Metall-Vorstand auf dem Gewerkschaftstag formulierte. Er trat für die Gesamtschule als Ganztagsschule ,,mit dem Ziel der Einheitsschule" ein. Die Forderung nach qualifizierten Ausbildungsplätzen läßt bezüglich des BGJ alles offen. Gerade die Erfahrungen, die mit dem BGJ im letzten Jahr gemacht wurden, haben die IGM veranlaßt, den weiteren flächendeckenden Ausbau des BGJ abzulehnen. Dort, wo es bereits eingeführt ist, sollen Mindestbedingungen gewährleistet sein, u.a. Kontrollrechte der Gewerkschaften.

4000 Schüler, Lehrlinge, Studenten und Lehrer demonstrierten am letzten Samstag gegen die Schulpolitik der Landesregierung in Dortmund. Aufgerufen dazu hatten die Landesschülervertretung, die Landesastenkonferenz und die Vereinigung der Lehramtsanwärter in NRW. Unterstützt wurde die Demonstration von den politischen Jugendverbänden und den Jugendvertretungen der großen Stahlwerke in NRW. Im wesentlichen wurde die Demonstration bestimmt von Forderungen nach demokratischer Bildung und Berufsausbildung ohne dies mit Inhalt zu füllen. Viele Forderungen waren direkt gegen die Landesregierung gerichtet.

Die Kürzungen im Landeshaushalt NRW sehen so aus: Es sollen nur noch Lehrer eingestellt werden, wenn bestehende Stellen frei werden. Weiterhin werden die Landesmittel für die Schulneubauten der Kommunen gekürzt. Wie sich die Sparpolitik in den Kommunen auswirkt, wird am Beispiel Bochums deutlich. Dort beträgt der Schuletat rund 100 Mio. DM, 4 Mio. weniger als im Vorjahr. Die Schulen hatten 140 Mio. DM beantragt.

Wollen die Schüler, Eltern, Lehrer und Studenten an ihren Forderungen festhalten, drängt das darauf, die Frage der demokratischen Kommunalverfassung aufzuwerfen, wie auch die Frage, wer an den Schulen zu bestimmen hat. So kann die Bewegung, die die Kämpfe der Schüler, Eltern, Lehrer und Studenten im Kampf gegen die Haushaltskürzungen für das Bildungswesen zusammenführt, ihre Kraft entfalten.

,,Einsparungen nicht von Gewicht"

BAFöG-Senkung '81 und '82 / Stopp des Hochschulausbaus

vol. In den Koalitionsvereinbarungen hat die SPD/FDP-Regierung ihren Kurs für die Hochschulpolitik vorgezeichnet: In den Jahren 1981 und '82 sollen die Ausgaben für die Ausbildungsförderung auf der Höhe von 1980 (3,2 Mrd. DM) eingefroren werden. Die Ausgaben für die ,,Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau" sollen um 20% gesenkt werden, die Förderung von Wohnheimen durch die Bundesregierung, die zu dieser ,,Gemeinschaftsaufgabe" zählt, soll vollständig beseitigt werden. Anknüpfend an diese Maßnahmen der Bundesregierung haben die Länderregierungen ebenfalls ,,Sparmaßnahmen" an den Hochschulen beschlossen.

Ein ,,Einfrieren" der Ausgaben für das BAFöG läuft auf eine drastische Senkung der Ausbildungsförderung hinaus. Von 1978 bis 1979 bzw. 1979

paragrafen 7b" Einkommensteuergesetz, negative Einkünfte in der Einkommensteuererklärung einzutragen.

Wird die so durchgeführte Senkung der Stipendien den Zugang zu den Hochschulen bzw. die Durchführung des Studiums erheblich einschränken, so wirken die Maßnahmen zum Hochschulbau insbesondere auf die Studienbedingungen. Schon in diesem Wintersemester stehen den über 1 Mio. Studenten an den Hochschulen nur 750000 Studienplätze und für ungefähr die gleiche Zahl Personal zum Unterricht bei normaler Auslastung gegenüber. Durch einen rechnerischen Trick, die Einführung der ,,Überlastquote" sind diese Kapazitäten um 25% erhöht worden, so daß angeblich ,,ausreichend" Studienplätze und Personal vorhanden sind.

Der Wissenschaftsrat stellt in einer

,,Kollegen, packt an!"

IGM-Jugendrevue zur jüngsten Geschichte der Arbeiterbewegung und ihren Kampfzielen

uld. Die ,,Metall" schrieb: Zum Jugendmonat der IGM gibt's diesmal nicht nur Profis auf Tournee, sondern eine Rock-, Theater-, Song- und Chor-Revue von Kolleginnen und Kollegen, die auch im Betrieb 'Theater' machen. Die große, mitreißende Revue entsteht aus Beiträgen des Chors Kölner Gewerkschafter, der IGM Songgruppe Nürnberg, des Dortmunder Lehrlingstheaters, der Krempeltiere, der Tamara OHG II (Rock aus Westfalen) und des Theaters Säge. Die meisten der Mitwirkenden kommen aus dem Betrieb, und das bestimmt auch den Tourneeplan: Weil nicht alle während der Woche frei bekommen, fanden alle Veranstaltungen am Wochenenden ... statt." Es ist bedauerlich, daß fast nur aus dem IGM Bereich zur Tournee mobilisiert wird. Denn man kann wohl sagen, daß diese Revue mit Kabarettzügen beispielhaft gut ist, sowohl im Niveau wie in der Reichhaltigkeit der künstleri-

der über 30 Stimmen starke Kölner Gewerkschaftschor. Eine musikalisch untermalte Rezitation charakterisiert den Feind der Arbeiter: ,,Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit und vor schon kleinem Profit ... 300% – und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert – selbst auf die Gefahr des Galgens." In starkem Kontrast folgt das antifaschistische Kinderlied ,,Mein Vater wird gesucht", gedichtet von Brecht. Gesungen von einer einzigen Sängerin, begleitet von einer Gitarre. Dann wird ein Text vom Spaßmacher ,,Otto" verwendet, ein Text der aber nicht spaßig ist: Eine schriftliche Kriegsdienstverweigerung an den allerwertesten General ... ,,ich möchte nämlich keine falschen Hoffnungen aufkommen lassen. Ich meine, daß Sie und Ihre Freunde sich auf irgendwelche Dummheit ... – ich meine – kriegerische Handlungen – einlassen, weil Sie auf meine

In dieser Vielfalt geht es zweieinhalb Stunden lang, wobei verschiedene Sketche und Theaterstücke hinzukommen, z.B. zu den Kämpfen der Lehrlinge und der Gleichberechtigung der Frau, zur Kritik der Entfremdung des Arbeiters von der Arbeit und der Unterdrückung und Ausbeutung im Arbeitsprozeß, am Beispiel der Fließbandarbeit.

Die Restauration der BRD in der direkten Nachkriegsphase wird nocheinmal eigenständig im Show-Stil aufgearbeitet, gleichzeitig eine Verarschung insbesondere der US-typischen Show. Der Papst, der sich gerade in der BRD herumtreibt, wird aufs Korn genommen.

Und zwischendurch immer wieder gute Lieder, meist in Rockform: ,,Ein starker DGB", ,,Unsre Kraft ist die Gewerkschaft", ,,Sing für den Frieden und natürlich ,, Kollegen, packt an!"

Anwendung des Berufsgrundbildungsgesetzes in der Krankenpflegeausbildung, keine Verschulung der Krankenpflegeausbildung und keine Anrechnung auf den Stellenplan getragen. Gegen neuerliche Pläne des Hamburger Senats auf Einführung des Berufsgrundbildungsjahres, die im ,,Referen-

ler müssen qualifizierte Ausbildungsplätze mit Übernahmegarantie nach der Lehre geboten werden; für die Neufassung von Landeshochschulgesetz und Hochschulrahmengesetz; gegen Meldefristen, Zwischenprüfungen und Regelstudienzeit, für eine demokratische Studienreform ...

Hans Preiss vom IG Metall-Vorstand auf dem Gewerkschaftstag formulierte. Er trat für die Gesamtschule als Ganztagsschule ,,mit dem Ziel der Einheitsschule" ein. Die Forderung nach qualifizierten Ausbildungsplätzen läßt bezüglich des BGJ alles offen. Gerade die Erfahrungen, die mit dem BGJ im

Die Kürzungen im Landeshaushalt NRW sehen so aus: Es sollen nur noch Lehrer eingestellt werden, wenn bestehende Stellen frei werden. Weiterhin werden die Landesmittel für die Schulneubauten der Kommunen gekürzt. Wie sich die Sparpolitik in den Kommunen auswirkt, wird am Beispiel Bo-

fassung aufzuwerfen, wie auch die Frage, wer an den Schulen zu bestimmen hat. So kann die Bewegung, die die Kämpfe der Schüler, Eltern, Lehrer und Studenten im Kampf gegen die Haushaltskürzungen für das Bildungswesen zusammenführt, ihre Kraft entfalten.

,,Einsparungen nicht von Gewicht"

BAFöG-Senkung '81 und '82 / Stopp des Hochschulausbaus

vol. In den Koalitionsvereinbarungen hat die SPD/FDP-Regierung ihren Kurs für die Hochschulpolitik vorgezeichnet: In den Jahren 1981 und '82 sollen die Ausgaben für die Ausbildungsförderung auf der Höhe von 1980 (3,2 Mrd. DM) eingefroren werden. Die Ausgaben für die ,,Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau" sollen um 20% gesenkt werden, die Förderung von Wohnheimen durch die Bundesregierung, die zu dieser ,,Gemeinschaftsaufgabe" zählt, soll vollständig beseitigt werden. Anknüpfend an diese Maßnahmen der Bundesregierung haben die Länderregierungen ebenfalls ,,Sparmaßnahmen" an den Hochschulen beschlossen.

Ein ,,Einfrieren" der Ausgaben für das BAFöG läuft auf eine drastische Senkung der Ausbildungsförderung hinaus. Von 1978 bis 1979 bzw. 1979 auf 1980, die Jahre, die der Berechnung des BAFöG 1981 und '82 zugrundeliegen, sind die Nettolöhne und -gehälter um 7,5% und ca. 6% gestiegen. Sollte der Anteil der Geförderten (34%) gleichbleiben, müßten die Freibeträge mindestens um die gleichen Prozentsätze steigen. Zweitens steigt die Zahl der Studenten in den nächsten zwei Jahren um 4 – 6%. Ungefähr entsprechend wächst der Teil der Studenten, die BAFöG kriegen müßten. Ein Einfrieren der Ausgaben für das BAFöG beweist so die feste Absicht der Regierung, den Anteil der Geförderten erneut zu senken.

Um die Entwertung der BAFöG-Zahlungen durch die Inflation auszugleichen, sie soll nächstes Jahr zwischen 4 und 4,5% betragen laut Bundeswirtschaftsministerium und den Sachverständigen, wäre eine Erhöhung der Fördersätze um diesen Betrag auf jeden Fall notwendig.

Bei dieser Senkung der BAFöG-Zahlungen werden die Studenten, deren Eltern Arbeiter, Angestellte oder Beamte bis zum gehobenen Dienst sind, am stärksten von den Kürzungen getroffen. Dies zeigen die Erfahrungen aus den Jahren 1976 bis 1979, wo die Bundesregierung eine ähnliche Politik zur Senkung der Stipendien durchgeführt hat. Allein die Studenten, deren Eltern Geistliche, freiberufliche Ärzte und Architekten, Fabrikanten und Beamte im höheren Dienst sind, haben in dieser Zeit ihren prozentualen Anteil an der Förderung halten können. Ursache dafür ist die starke Berücksichtigung der Kinderzahl in der BAFöG-Berechnung, bzw. die größeren steuerlichen Manipualtionsmöglichkeiten bei diesen Berufen, insbesondere die Möglichkeiten aufgrund des ,,Eigenheimparagrafen 7b" Einkommensteuergesetz, negative Einkünfte in der Einkommensteuererklärung einzutragen.

Wird die so durchgeführte Senkung der Stipendien den Zugang zu den Hochschulen bzw. die Durchführung des Studiums erheblich einschränken, so wirken die Maßnahmen zum Hochschulbau insbesondere auf die Studienbedingungen. Schon in diesem Wintersemester stehen den über 1 Mio. Studenten an den Hochschulen nur 750000 Studienplätze und für ungefähr die gleiche Zahl Personal zum Unterricht bei normaler Auslastung gegenüber. Durch einen rechnerischen Trick, die Einführung der ,,Überlastquote" sind diese Kapazitäten um 25% erhöht worden, so daß angeblich ,,ausreichend" Studienplätze und Personal vorhanden sind.

Der Wissenschaftsrat stellt in einer Resolution zu den Streichplänen der Regierung fest, daß durch sie 800 Mio. DM dieses Jahr für Hochschulausbau und Personalstellen fehlen. ,,Die Mittel werden nicht einmal mehr reichen, um alle bereits in diesem Jahr oder vorher begonnenen Baumaßnahmen fortzusetzen". In einem Interview mit der ,,Süddeutschen Zeitung" hat Schmude die Streichungen als ,,eine größere und interessantere Herausforderung" bezeichnet und behauptet: ,,Aber diese Einsparungen sind meines Erachtens nicht von Gewicht und gehen auch nicht in Bereiche, die bedeutungsvoll für alles andere sind, so daß man die gesamte Finanzplanung ändern müßte".

Die Kürzungen der Bundes- und Landesregierungen stoßen auf schroffen Widerspruch. Rektorenkonferenz und Wissenschaftsrat verlangen ein ,,Mindestmaß" an Geldern für den weiteren Ausbau der Hochschulen. Gegen die BAFöG-Kürzungen führen vds und GEW eine Unterschriftensammlung durch. Auf die Koalitonsvereinbarungen und die entsprechenden Beschlüsse der Landesregierung haben Studenten und Uni-Beschäftigte mit Versammlungen und Demonstrationen geantwortet, in denen die Rücknahme dieser Pläne verlangt wird: in Hamburg auf einer Uni-VV 4000, 3000 auf einer Demonstration in Hamburg; in Dortmund demonstrierten 7000 für den Ausbau und Besetzung der Stellen der Universität, in Essen 1500. In Frankfurt haben Rektorat, Assistenten, Personal und Studenten einen Streiktag gegen die Pläne der Landesregierung angekündigt. In Kiel hat das Studentenparlament die vds aufgefordert, Maßnahmen gegen die Pläne der Bundesregierung einzuleiten.

,,Kollegen, packt an!"

IGM-Jugendrevue zur jüngsten Geschichte der Arbeiterbewegung und ihren Kampfzielen

uld. Die ,,Metall" schrieb: Zum Jugendmonat der IGM gibt's diesmal nicht nur Profis auf Tournee, sondern eine Rock-, Theater-, Song- und Chor-Revue von Kolleginnen und Kollegen, die auch im Betrieb 'Theater' machen. Die große, mitreißende Revue entsteht aus Beiträgen des Chors Kölner Gewerkschafter, der IGM Songgruppe Nürnberg, des Dortmunder Lehrlingstheaters, der Krempeltiere, der Tamara OHG II (Rock aus Westfalen) und des Theaters Säge. Die meisten der Mitwirkenden kommen aus dem Betrieb, und das bestimmt auch den Tourneeplan: Weil nicht alle während der Woche frei bekommen, fanden alle Veranstaltungen am Wochenenden ... statt." Es ist bedauerlich, daß fast nur aus dem IGM Bereich zur Tournee mobilisiert wird. Denn man kann wohl sagen, daß diese Revue mit Kabarettzügen beispielhaft gut ist, sowohl im Niveau wie in der Reichhaltigkeit der künstlerischen Ausdrucksmittel. Daß die Revue von völlig eigenständigen Gruppen präsentiert wird, ist nicht anzumerken, eine erstaunliche Harmonie wird erreicht.

Mit Rockmusik werden die wesentlichen Lieder der Revue instrumental vorgestellt, z.B. auch das Einheitsfrontlied. Das ist die Eröffnung der Revue. Dann beginnt eine Darstellung und Verarbeitung der jüngsten Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die einsetzt beim ,,tausendjährigen Reich": ,,In mehr als 1000 Jahren ,da hatte sie erfahren wann ihre Stunde ist, wie sie kämpften, litten ...", singt der über 30 Stimmen starke Kölner Gewerkschaftschor. Eine musikalisch untermalte Rezitation charakterisiert den Feind der Arbeiter: ,,Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit und vor schon kleinem Profit ... 300% – und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert – selbst auf die Gefahr des Galgens." In starkem Kontrast folgt das antifaschistische Kinderlied ,,Mein Vater wird gesucht", gedichtet von Brecht. Gesungen von einer einzigen Sängerin, begleitet von einer Gitarre. Dann wird ein Text vom Spaßmacher ,,Otto" verwendet, ein Text der aber nicht spaßig ist: Eine schriftliche Kriegsdienstverweigerung an den allerwertesten General ... ,,ich möchte nämlich keine falschen Hoffnungen aufkommen lassen. Ich meine, daß Sie und Ihre Freunde sich auf irgendwelche Dummheit ... – ich meine – kriegerische Handlungen – einlassen, weil Sie auf meine Mitarbeit zählen. Ich meine, wenn sie bei der Kriegserklärung vielleicht berücksichtigen könnten, daß ich nicht – ich meine – nicht das deutsche Volk erklärt den Krieg, sondern das deutsche Volk – außer Herrn Brendel erklärt den Krieg usw. Falls das nicht zu viel Umstände macht, nein? Ich glaube, Sie haben ganz fest mit mir gerechnet! Sehn' Sie ! Das wußte ich. Deswegen schreibe ich ja auch jetzt schon – nicht erst dann, wenn es richtig losgehen soll. Ich meine, wenn ich dann erst verweigern würde, dann wären Sie doch erst recht sauer – oder? ..."

In dieser Vielfalt geht es zweieinhalb Stunden lang, wobei verschiedene Sketche und Theaterstücke hinzukommen, z.B. zu den Kämpfen der Lehrlinge und der Gleichberechtigung der Frau, zur Kritik der Entfremdung des Arbeiters von der Arbeit und der Unterdrückung und Ausbeutung im Arbeitsprozeß, am Beispiel der Fließbandarbeit.

Die Restauration der BRD in der direkten Nachkriegsphase wird nocheinmal eigenständig im Show-Stil aufgearbeitet, gleichzeitig eine Verarschung insbesondere der US-typischen Show. Der Papst, der sich gerade in der BRD herumtreibt, wird aufs Korn genommen.

Und zwischendurch immer wieder gute Lieder, meist in Rockform: ,,Ein starker DGB", ,,Unsre Kraft ist die Gewerkschaft", ,,Sing für den Frieden und natürlich ,, Kollegen, packt an!"

Es lohnt sich zweifellos, diese Revue zu kennen und zu genießen, sie wird viele Anregungen geben für die weitere Entwicklung der Kulturarbeit der Arbeiterbewegung. Alle teilnehmenden Veranstalter sind außerdem offen für Kritik und Mitarbeit.

Politisch verrät die Revue natürlich einige der bestehenden Schwächen der Arbeiterbewegung. Die Kämpfe der Völker der Dritten Welt werden nur am Fall Chile unterstützt, und da durch Propagierung der Unidad Popular, die ja schon lange nicht mehr existiert. Der Kampf gegen den Krieg wird vor allem pazifistisch geführt. Überhaupt sind die Theaterstücke der schwache Punkt der Revue. Die Frauenemanzipation wird propagiert, indem ein weiblicher Lehrling Feinmechanikerin werden will, aber die Absichten der Kapitalisten, dies zu nutzen, um den Lohnstandard zu senken, wird nicht erkannt. Oder die Propaganda für die Organisation in der Gewerkschaft: im Sketch ist sie zu platt und rabiat. Gerade diese Schwächen sind die Hauptgefahren in der Kulturarbeit, sie können aber auch leicht überwunden werden, wenn sie erkannt werden. Es zeigt sich hier ein wenig das Gefälle zwischen Texten von bewährten Künstlern der Arbeiterbewegung und selbst angefertigten Texten, wo sie ernsthafter Art sind. Anders bei den verschiedenen Gags, die sind gut gelungen. Aber alle Schwächen fallen nicht ins Gewicht, wenn man die Revue in ihrer Gesamtheit sieht. Es lohnt sich!

Weitere Auftritte: Landshut, 29.11., Nürnberg, 30.11., Hagen, 5.12., Hamburg, 6.12.. Karten sind für 4 DM bei den örtlichen Verwaltungsstellen der IGM zu erhalten.

Du sollst keine anderen Vorstellungen neben mir haben –
Du sollst den Namen der freiheitlichen-demokratischen Grundordnung
nicht scheinheilig im Munde führen, denn:
die Herren werden den nicht ungestraft lassen, der ihre Ordnung mißbraucht;
Du sollst den 1. Mai heiligen und – in's Grüne fahren.
Ganz im Sinne Deines, auf Dein Wohl bedachten Arbeitgebers.
Du sollst nicht rauben Deines Unternehmers Recht auf Deine Arbeitskraft.
Du sollst nicht mitbestimmen.
Du sollst nicht fordern höheren Lohn.
Du sollst nicht streiken,
denn die Herren werden Dich mit Aussperrung strafen.
Du sollst die Wahrheit nicht sagen über die unausprechliche Macht der Konzerne
Du sollst nicht begehren mehr Demokratie.
Du sollst nicht denken.

Am 8. Tag schuf Gott,
sei es im Zorn,
sei es aus Nachlässigkeit,
den Kapitalismus.
Und wurde daraus ein eiserner Engel.
mächtig gestreckt über Kontinente,
Leidend unter Freßlust, schmatzend,
scheißend Napalm und Bomben,
wie er gerade sich dreht,
und frißt von den Völkern die Saat und
die Ernte. (...)
Zwar: Gott schuf,
wenn man den Chroniken glauben darf,
den Kapitalismus.
Abschaffen wird er ihn nicht.
Achtend auf Arbeitsteilung
hat er das uns überlassen.
Wenn er überhaupt soweit gedacht hat,
der alte Strohkopf.

Die obere Rezitation wurde eigenständig mit musikalischer Untermalung vorgetragen, die untere im Rahmen einer Show.

Kampf gegen Verschlechterung der Ausbildung

LSV der Berufsschulen zieht Bilanz

jüh. Am 8./9. November fand die erste LSV-Sitzung der beruflichen Schulen in diesem Schuljahr statt. Auf der Tagesordnung stand der Rechenschaftsbericht des Vorstandes und Neuwahlen. Zunächst wurden jedoch kurze Berichte der einzelnen Delegierten zur Lage an ihren Schulen gegeben. Dabei stellte sich heraus, daß Raumnot und Mangel an Unterrichtsmittel sowie Stundenausfall durch Lehrermangel das Hauptproblem an den Schulen bildet. Im Rechenschaftsbericht wurden dann die Tätigkeiten der Landesschülervertretung (LSV) im letzten Schuljahr dargelegt. Die Durchführung der landesweiten Demonstration im März 1980 – getragen von der LSV der Gymnasien und der berufsbildenden Schulen – für einen zweiten Berufsschultag, gegen die Oberstufenreform an den Gymnasien und die Unterdrückung durch das Schulgesetz war ein Schritt nach vorn. Allerdings wurde auch festgestellt, daß die Forderungen noch bei weitem nicht ausreichend unter den Schülern verankert sind. Unseres Erachtens konnte die Verbindung und damit auch der Nutzen der Demonstration mit den vielfältigen Auseinandersetzungen an den Berufsschulen des Landes um die Ausbildungsbedingungen und die politischen Rechte der Schüler und ihrer Vertretungen nicht überall wirklich hergestellt werden. Trotzdem war die Demonstration Ausdruck einer nach Verabschiedung des Schulgesetzes wiedererstarkten Bewegung, die bereits einige Wirkung hinterließ. So hat sich der SPD-Landtagsabgeordnete und Kulturausschußvorsitzende Schulz vor Personalrat und Schülervertretung der Oldesloer Berufsschule für einen zweiten Berufsschultag im Teilzeitbereich ausgesprochen und die Landtagsfraktion der SPD hat in ihren Änderungsentwurf für das Schulgesetz wesentliche Forderungen der Schüler bezüglich ihrer politischen Rechte aufnehmen müssen (siehe KVZ Nr. 43, S.11).

Desweiteren ist es der LSV gelungen, eine Zusammenarbeit mit dem DGB-Jugendausschuß des Landesbezirks Nordmark herzustellen. Dabei hatte es Kritik seitens der Gewerkschaft an der Aufstellung der Forderungen zum Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), zur Stufenausbildung sowie zum Kontrollrecht für Gewerkschaften und Betriebsräte von der LSV vor der Demonstration gegeben. Nach Durchführung eines Seminars, auf dem man sich mit dem Standpunkt der Gewerkschaften auseinandersetzte, hat der LSV – Vorstand seine Position der pauschalen Ablehnung des BGJ inzwischen korrigiert.

Weiterhin wurde bei der Rechenschaftslegung festgestellt, daß es richtig war, das Urteil gegen den ehemaligen Schulsprecher Th. Hinrichsen auf Bezahlung der Druckkosten einer Broschüre der LSV gegen das Schulgesetz nicht hinzunehmen. In 2. Instanz wurde das Kultusministerium zur Zahlung verurteilt. Desweiteren wurde beschlossen, die Debatte um den Blockunterricht in diesem Jahr weiterzuführen und ein Seminar dazu durchzuführen.

In einer von der LSV beschlossenen Resolution wurde als Schwerpunkt der weiteren Arbeit die Auseinandersetzung um das BGJ festgelegt. Die Form, in der die Kapitalistenverbände das BGJ wollen, stellt einen Angriff auf die 3-jährige Facharbeiterausbildung dar und muß abgelehnt werden. Vielmehr muß das BGJ als 1. Ausbildungsjahr mit polytechnischem Charakter aufgrund eines Ausbildungsvertrages zum Facharbeiter durchgesetzt werden, so wie es von den Gewerkschaften auch gefordert wird.

Grundlegend für weitere Fortschritte ist eine weitere Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Schülervertretungen und Gewerkschaftsorganen, insbesondere im Teilzeitbereich. Mit der Forderung nach einem 2. Berufsschultag hängen alle Probleme des Raum- und Unterrichtsmittelmangels sowie der Lehrerausbildung zusammen. Der Kampf kann sich gut entwickeln, wenn man am Ort Initiativen mit den Kreisjugendausschüssen und Jugendgruppen entwickelt, die die Mißstände konkret enthüllen und die Schule oder Stadt direkt mit den entsprechenden Forderungen unter Druck setzen. So wurde in Lübeck von den Schülervertretungen der Berufsschulen und dem KJA eine Informationswoche durchgeführt, wo sich u.a. Schulsenator Lund einer Podiumsdiskussion stellen mußte. Die Voraussetzungen der Berufsschüler für weitere Fortschritte in der Durchsetzung ihrer Interessen sind günstig. So hat der Jugendreferent des DGB Nordmark gesagt, daß der Schwerpunkt der Jugendarbeit des DGB im nächsten Jahr auf der Ausbildungssituation liegt. Von der Landesdelegiertenkonferenz der Berufsschullehrer wurde gefordert, ausreichende finanzielle Mittel für die Gewährleistung einer beruflichen Ausbildung auf dem neuesten Stand der Technik zu ermöglichen.



Seit Donnerstag bestreiken die Mitglieder der Deutschen Postgewerkschaft in Hamburg das Postamt 3 am Hühnerposten und das Paketpostamt in der Kaltenkirchener Straße. Bild: Streikposten am Postamt 3 Hamburg.

SPD-Sonderparteitag in Hamburg

Pawelczyk Innensenator/ Strompreiserhöhung verschieben

cld. Am vorletzten Wochenende fand ein Sonderparteitag der SPD in Hamburg statt, der die Kandidatur Pawelczyks zum neuen Innensenator bestätigte. Der bisherige Innensenator Staack war zum Parteivorsitzenden der SPD in Hamburg gewählt worden und trat darum von diesem Amt zurück. Die SPD in Hamburg hat es immer so gemacht, daß der Parteivorsitzende nicht gleichzeitig ein Amt im Senat hat. Dadurch kann die SPD als Partei Widersprüche, die sich gegen ihre Politik im Senat richten, leichter auffangen.

Mit dem neuen Innensenator sind die bürgerlichen Zeitungen rundum zufrieden. Er ist ihnen Garantie dafür, daß die bisherige Politik von Staack, vor allem bei der Polizei und dem Verfassungsschutz, fortgesetzt wird. In dessen Amtszeit wurde vor allem die Polizeireform durchgeführt. Sie diente der Konzentration der Polizei in größeren Zentren, um sie besser gegen die Volksmassen einsetzen zu können. Waren früher an einer Polizeiwache im Durchschnitt 20 bis 30 Beamte zusammengefaßt, haben die neuen Wachen eine Größe von 100 bis 200 Polizisten. Der Verfassungsschutz wurde personell ausgebaut. Seine Tätigkeit wurde für die Kapitalisten ausgedehnt. Sie konnten Bewerber vom Verfassungsschutz durchleuchten lassen.

Der neue Innensenator wird sich bewähren. Er war in den 50er Jahren bei der Bereitschaftspolizei in Westberlin, wurde dann Polizeioffizier und wechselte später zur Bundeswehr über. Hier war er zuletzt Major und Lehrer an der Heeresoffiziersschule. Er ist also mit den Problemen der Verteidigung des kapitalistischen Eigentums und der Unterdrückung der Volksmassen vertraut. Trotzdem war er nicht begeistert, nach Hamburg zu gehen. Dabei ist das Amt des Hamburger Innensenators ein gutes Sprungbrett für Karrieren. Der erste Innensenator in Hamburg (das Amt wurde 1961 eingerichtet) war Helmut Schmidt. Sein Nachfolger Ruhnau ist heute Staatssekretär in Bonn und dessen Nachfolger Klose Erster Bürgermeister in Hamburg. Pawelczyk wurde schließlich von Schmidt und Wehner gezwungen, das Amt zu übernehmen. Wohl gleichzeitig mit der Aufgabe, den Hamburger Senat und die Hamburger SPD in Trab zu bringen.

Schwierigkeiten haben die Hamburger SPD und der Senat gegenwärtig, die richtige Linie zu finden, um angesichts einer krisenhaften Entwicklung der Wirtschaft und der daraus sich verschärfenden Klassenauseinandersetzungen die Massen an den bürgerlichen Staat und seine kapitalistische Grundlage zu binden. Es gibt in der SPD reichlich Widersprüche, die auch auf dem Sonderparteitag zum Ausdruck kamen. Gegen die Entscheidung des Senats und der HEW, die Strompreise zum 1. Januar um über 15 % zu erhöhen, gab es einen Antrag, der vertagt wurde. Das nimmt die bürgerliche Presse Klose übel; er erscheint nicht mehr als der richtige Mann, die Staatsgeschäfte der Bourgeoisie zu führen. Klose war eine der Leitfiguren der politischen Entspannung der Klassenwidersprüche in den letzten Jahren. So hat der Hamburger Senat als erster die Regelanfrage beim Verfassungsschutz über Bewerber für den öffentlichen Dienst abgeschafft. Und Klose hat sich laut Gedanken darüber gemacht, daß der Staat nur den Interessen der Kapitalisten dient. Heute trauen ihm die Kapitalisten nicht mehr zu, ihre Geschäfte in den kommenden Zeiten der wirtschaftlichen und politischen Verschärfung der Widersprüche zu betreiben. Darum wurde die Übernahme des Innensenatoramtes durch Pawelczyk auch so begrüßt – wurde doch auch Klose von hier aus Erster Bürgermeister.

Hamburger Senat will bis 1980 127 Schulen schließen
Referentenentwurf: Diskussionsphase bis März 1981
ulh. ,,Schule 1980 – das ist Streß und Notensystem, das ist Stundenausfall und Lehrermangel, das ist Unterricht in überfüllten Klassen und Angst um Lehrstelle oder Studienplatz. Ist das wirklich die die Schule von heute? Nein. Schule ist auch Spaß und Sport, ist Projektunterricht und Klassenreise, ist Theatermachen und Schülerzeitung. Schule ist Gemeinschaft und Freude." So der Hamburger Senat in seinem Blatt ,,wir hamburger", das er in 10000er Auflage an den Schulen vertei-
443 allgemeinbildende Schulen, 51 berufliche Schulen, 270 Grund-, Haupt-, Realschulen, 83 Gymnasien, 22 Gesamtschulen, 52 Sonderschulen. Geschlossen werden sollen 33 Grund-, 70 Haupt- und Realschulen, 14 Gymnasien, 10 Sonderschulen. 70 dieser 127 Schulen sollen allerdings in anderer Form (Realschulen als Grundschulen u.ä.) weitergeführt werden. Begründung für diese Päne: Die Schülerzahlen sänken von jetzt 281000 auf 1985 222000 und 1990 179000.
Ausbildungsbedingungen weiter zu verschlechtern. Dabei sind die Zahlen an den Oberstufen der Gymnasien, der beruflichen Schulen und der Orientierungsstufen der Gesamtschulen noch im Steigen begriffen.(Informationen Amt f. Schule 13/80)
Die Politik der Schulschließungen widerspricht direkt den Forderungen der Lehrer, Schüler und Eltern nach: – Einführung des 10. Vollzeitschuljahres, – Arbeitszeitverkürzung für Lehrer, – sofortiger Senkung der
nicht überall wirklich hergestellt werden. Trotzdem war die Demonstration Ausdruck einer nach Verabschiedung des Schulgesetzes wiedererstarkten Bewegung, die bereits einige Wirkung hinterließ. So hat sich der SPD-Landtagsabgeordnete und Kulturausschußvorsitzende Schulz vor Personalrat und Schülervertretung der Oldesloer Berufsschule für einen zweiten Berufsschultag im Teilzeitbereich ausgesprochen und die Landtagsfraktion der SPD hat in ihren Änderungsentwurf für das Schulgesetz wesentliche Forderungen der Schüler bezüglich ihrer politischen Rechte aufnehmen müssen (siehe KVZ Nr. 43, S.11).
Desweiteren ist es der LSV gelungen,
Form, in der die Kapitalistenverbände das BGJ wollen, stellt einen Angriff auf die 3-jährige Facharbeiterausbildung dar und muß abgelehnt werden. Vielmehr muß das BGJ als 1. Ausbildungsjahr mit polytechnischem Charakter aufgrund eines Ausbildungsvertrages zum Facharbeiter durchgesetzt werden, so wie es von den Gewerkschaften auch gefordert wird.
Grundlegend für weitere Fortschritte ist eine weitere Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Schülervertretungen und Gewerkschaftsorganen, insbesondere im Teilzeitbereich. Mit der Forderung nach einem 2. Berufsschultag hängen alle Probleme des Raum- und Unterrichtsmittelmangels
Schülervertretungen der Berufsschulen und dem KJA eine Informationswoche durchgeführt, wo sich u.a. Schulsenator Lund einer Podiumsdiskussion stellen mußte. Die Voraussetzungen der Berufsschüler für weitere Fortschritte in der Durchsetzung ihrer Interessen sind günstig. So hat der Jugendreferent des DGB Nordmark gesagt, daß der Schwerpunkt der Jugendarbeit des DGB im nächsten Jahr auf der Ausbildungssituation liegt. Von der Landesdelegiertenkonferenz der Berufsschullehrer wurde gefordert, ausreichende finanzielle Mittel für die Gewährleistung einer beruflichen Ausbildung auf dem neuesten Stand der Technik zu ermöglichen.
burg statt, der die Kandidatur Pawelczyks zum neuen Innensenator bestätigte. Der bisherige Innensenator Staack war zum Parteivorsitzenden der SPD in Hamburg gewählt worden und trat darum von diesem Amt zurück. Die SPD in Hamburg hat es immer so gemacht, daß der Parteivorsitzende nicht gleichzeitig ein Amt im Senat hat. Dadurch kann die SPD als Partei Widersprüche, die sich gegen ihre Politik im Senat richten, leichter auffangen.
Mit dem neuen Innensenator sind die bürgerlichen Zeitungen rundum zufrieden. Er ist ihnen Garantie dafür, daß die bisherige Politik von Staack, vor allem bei der Polizei und dem Verfassungsschutz, fortgesetzt wird. In dessen Amtszeit wurde vor allem die Polizeireform durchgeführt. Sie diente der Konzentration der Polizei in größeren Zentren, um sie besser gegen die Volksmassen einsetzen zu können. Waren früher an einer Polizeiwache im Durchschnitt 20 bis 30 Beamte zusammengefaßt, haben die neuen Wachen eine Größe von 100 bis 200 Polizisten. Der Verfassungsschutz wurde personell ausgebaut. Seine Tätigkeit wurde für die Kapitalisten ausgedehnt. Sie konnten Bewerber vom Verfassungsschutz durchleuchten lassen.
Der neue Innensenator wird sich bewähren. Er war in den 50er Jahren bei der Bereitschaftspolizei in Westberlin, wurde dann Polizeioffizier und wechselte später zur Bundeswehr über. Hier
folger Ruhnau ist heute Staatssekretär in Bonn und dessen Nachfolger Klose Erster Bürgermeister in Hamburg. Pawelczyk wurde schließlich von Schmidt und Wehner gezwungen, das Amt zu übernehmen. Wohl gleichzeitig mit der Aufgabe, den Hamburger Senat und die Hamburger SPD in Trab zu bringen.
Schwierigkeiten haben die Hamburger SPD und der Senat gegenwärtig, die richtige Linie zu finden, um angesichts einer krisenhaften Entwicklung der Wirtschaft und der daraus sich verschärfenden Klassenauseinandersetzungen die Massen an den bürgerlichen Staat und seine kapitalistische Grundlage zu binden. Es gibt in der SPD reichlich Widersprüche, die auch auf dem Sonderparteitag zum Ausdruck kamen. Gegen die Entscheidung des Senats und der HEW, die Strompreise zum 1. Januar um über 15 % zu erhöhen, gab es einen Antrag, der vertagt wurde. Das nimmt die bürgerliche Presse Klose übel; er erscheint nicht mehr als der richtige Mann, die Staatsgeschäfte der Bourgeoisie zu führen. Klose war eine der Leitfiguren der politischen Entspannung der Klassenwidersprüche in den letzten Jahren. So hat der Hamburger Senat als erster die Regelanfrage beim Verfassungsschutz über Bewerber für den öffentlichen Dienst abgeschafft. Und Klose hat sich laut Gedanken darüber gemacht, daß der Staat nur den Interessen der Kapi-

Hamburger Senat will bis 1980 127 Schulen schließen

Referentenentwurf: Diskussionsphase bis März 1981

ulh. ,,Schule 1980 – das ist Streß und Notensystem, das ist Stundenausfall und Lehrermangel, das ist Unterricht in überfüllten Klassen und Angst um Lehrstelle oder Studienplatz. Ist das wirklich die die Schule von heute? Nein. Schule ist auch Spaß und Sport, ist Projektunterricht und Klassenreise, ist Theatermachen und Schülerzeitung. Schule ist Gemeinschaft und Freude." So der Hamburger Senat in seinem Blatt ,,wir hamburger", das er in 10000er Auflage an den Schulen verteilen läßt.

Gleichzeitig, nämlich am 20. November, hat Schulsenator Grolle auf einer Pressekonferenz den Referentenentwurf zum Schulentwicklungsplan (SEPl) vorgestellt. Konkret fertig war nur der Plan für Hamburg Mitte, die Pläne für die anderen 6 Bezirke sollen folgen. Insgesamt enthält der Entwurf folgende Zahlen: Es gibt in Hamburg 443 allgemeinbildende Schulen, 51 berufliche Schulen, 270 Grund-, Haupt-, Realschulen, 83 Gymnasien, 22 Gesamtschulen, 52 Sonderschulen. Geschlossen werden sollen 33 Grund-, 70 Haupt- und Realschulen, 14 Gymnasien, 10 Sonderschulen. 70 dieser 127 Schulen sollen allerdings in anderer Form (Realschulen als Grundschulen u.ä.) weitergeführt werden. Begründung für diese Päne: Die Schülerzahlen sänken von jetzt 281000 auf 1985 222000 und 1990 179000.

Offensichtlich meint der Hamburger Senat, die Zustände, die er selber im 1. Satz in ,,wir hamburger" konstatiert, durch den Verweis auf Projektunterricht und Klassenreisen ‚neutralisieren' zu können. Die Trendmeldung der sinkenden Schülerzahlen, die bereits durch den Anstieg der Geburtenzahlen 1979/1980 relativiert wird, wird vom Senat begierig aufgegriffen, um die Ausbildungsbedingungen weiter zu verschlechtern. Dabei sind die Zahlen an den Oberstufen der Gymnasien, der beruflichen Schulen und der Orientierungsstufen der Gesamtschulen noch im Steigen begriffen.(Informationen Amt f. Schule 13/80)

Die Politik der Schulschließungen widerspricht direkt den Forderungen der Lehrer, Schüler und Eltern nach: – Einführung des 10. Vollzeitschuljahres, – Arbeitszeitverkürzung für Lehrer, – sofortiger Senkung der Klassenfrequenzen, – Verbesserung der Stundentafel u.a. Deshalb hat es Grolle auch so eilig mit der Verabschiedung. Nur bis 2. März 1981 sollen die Gewerkschaften und Mitbestimmungsgremien Zeit zur Stellungnahme haben. Bisher haben sich gegen den Referentenentwurf ausgesprochen: die GEW, der DL(Lehrerverband), die CDU, die Schülerunion.

Klage gegen TU Harburg noch nicht entschieden

led. Noch nicht entschieden ist die Klage zweier Harburger Mitglieder der Bürgerinitiative gegen den Bau der Technischen Universität Harburg am Standort Irrgarten/Denickestraße durch das Verwaltungsgericht, während Bundesregierung und Hamburger Senat bereits so tun, als sei der Bau genehmigt, um so den Widerstand gegen die TU zu brechen und dem gewünschten Urteilsspruch kräftig nachzuhelfen. ,,Im Bereich Denickestraße sind die Baukräne längst aufgebaut, die Fundamente für die ersten Baukörper fast fertig zur Grundsteinlegung", so Dr. Severin, Sprecher der TU Harburg. Die Klage gegen den entsprechenden Bebauungsplan und seine sofortige Vollziehbarkeit gründet sich darauf, daß durch die TU massenhaft Wohnraum vernichtet wird und der Bebauungsplan verfassungswidrig ist, weil er gegen geltendes Bundesrecht verstößt. Dagegen hat das Bundesforschungsministerium an die TU Harburg vor einer Woche den ersten Forschungsauftrag vergeben: Entwicklung energiesparender Schiffsantriebe im Rahmen des Projektes ,,Schiff der Zukunft", das ,, die Sicherheit und Wirtschaftlichkeit von Handelsschiffen verbessern soll." Am 28./29.11. wird der DGB Hamburg einen hochschulpolitischen Kongress zur Konzeption und Standortwahl der TU Harburg durchführen.

Schülern wird 3,5 km Fußmarsch zugemutet

are. Mit einer Novelle zum Niedersächsischen Schulgesetz vom 25. Juli 1980 wird die Durchführung der Schülerbeförderung ab 1.1.1981 den Landkreisen übertragen. Die Kreisverwaltung Stade hat dem Kreisschulausschuß daraufhin eine Vorlage zugeleitet, die vorsieht, daß Schulkinder ab der Orientierungsstufe (5. Klasse) nur dann kostenlos befördert werden sollen, wenn ihr Schulweg länger als 3,5 km ist. Die Landkreisverwaltung in ihrer Begründung: Zehnjährigen ist es durchaus zuzumuten, eine Strecke von dieser Länge zu Fuß oder mit dem Fahrrad zu bewältigen. Bisher gilt für alle Schüler eine untere Grenze von 2 km. Der Kreisschulausschuß hat dieser Vorlage mit knapper Mehrheit zugestimmt, der Kreiselternrat wurde übergangen. Nachdem die Pläne trotzdem bekannt wurden, gab es breiten Protest unter den Eltern, weil sie jetzt zur Kasse gebeten werden sollen, da sie es ihren Kindern nicht zumuten wollen, diesen Schulweg per pedes zurückzulegen. Auf einer Sondersitzung des Kreisschulausschusses am 21.11. wurde die Zustimmung zu der Vorlage zurückgenommen.

Beschlüsse der GEW-Landesvertreterversammlung

dov. Die 420 Delegierten verabschiedeten am 17.11. auf Grundlage des Gewerkschaftstagsbeschlusses zur Arbeitszeitverkürzung von Mainz einen Aktionsplan zur ,,Fortsetzung des Arbeitskampfes um Arbeitszeitverkürzung" in Hamburg. Der Antrag geht davon aus, daß ,, die Forderungen der GEW nach Verkürzung der Arbeitszeit und Verbesserung der Lern- und Arbeitsbedingungen nicht isoliert durchzusetzen seien." Angeführt werden u.a. ,, – Aktive Solidarität in der Lohnrunde. – Verteidigung der Mitbestimmungsrechte. – Kampf gegen Berufsverbote und Disziplinierungen. – Beteiligung an Initiativen für Entspannungspolitik und gegen Hochrüstungspolitik." Zur weiteren Auswertung der Aktion Gläserne Schule wurde beschlossen, daß ein offener Brief mit den Ergebnissen an Senator Grolle geschickt wird mit der Aufforderung zur öffentlichen Diskussion. Über die Beteiligung an der Massenklage will die LVV erneut entscheiden, wenn sich eine Klärung der Rechtslage zugunsten der GEW ergibt. Zur Lehrerarbeitslosigkeit wurden öffentlich wirksame Aktionen zum 1.2.81. beschlossen. Die Schul-BGs stellen z.B. genaue Bestandsaufnahmen und Bedarfspläne der Schulen und Schulkreise auf, um sie auf Flugblättern zu enthüllen. Die Delegierten sammelten 498 DM zur Unterstützung der Angeklagten der Times-Prozesse.

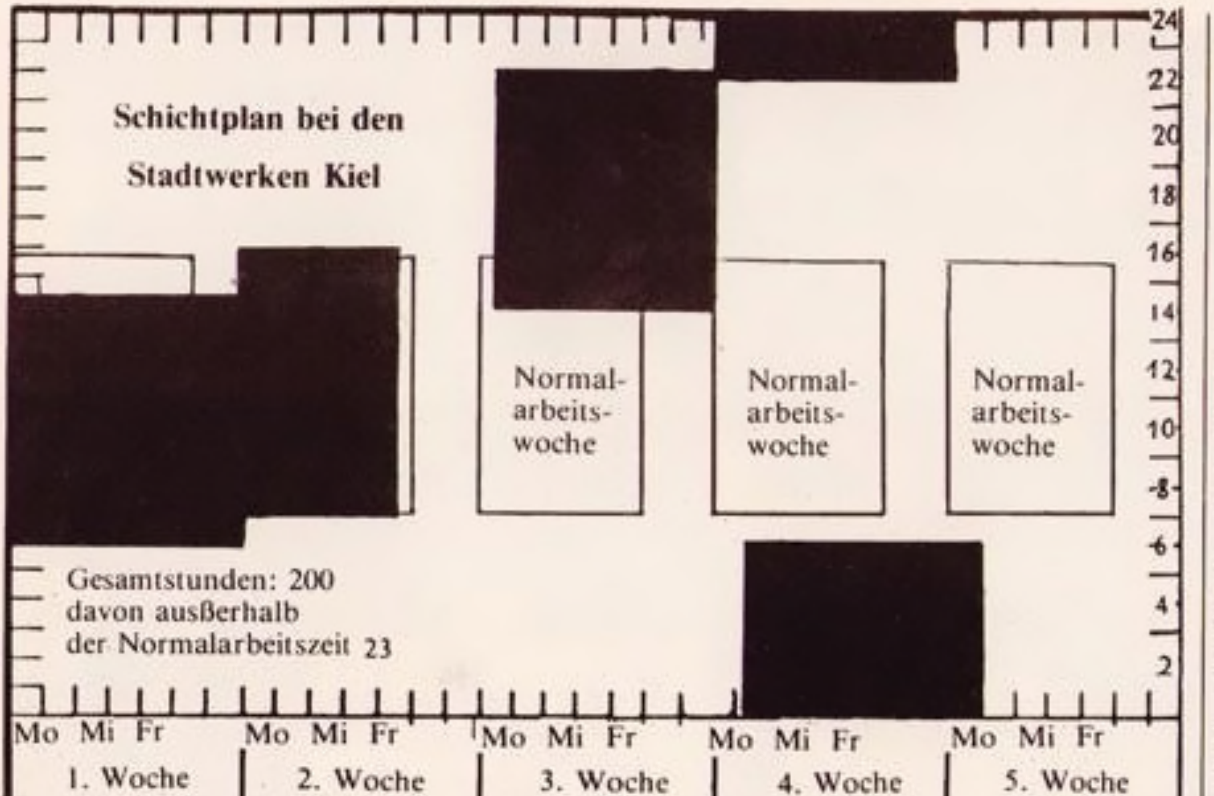
Eine Frage an Wissenschafts-Senator Sinn

In den Bemerkungen des Haushaltsausschusses der Bürgerschaft zum Haushalt 1980 heißt es:,,Es sei die Erfahrung der vergangenen Jahre, daß das geplante Defizit durch Entwicklungen beim Haushaltsvollzug immer ganz erheblich unterschritten worden sei ...(geplant sei ein Defizit von 430 Mio. und eine Nettoneuverschuldung von 600 Mio. DM, aber:) Es gehe nur um die Steigerung oder Rücknahme von Zuwachsraten in einer Größenordnung von etwa 100 bis 200 Millionen DM, wenn die Konjunktur beeinflußt werden soll." Etwas weiter unten ist der Ausschuß ,,besorgt", daß 20% des in Hamburg verbleibenden Steueraufkommens für Schuldentilgung aufgewandt werden müssen. Frage: Wenn im Haushalt noch ,,Luft" für 100 oder 200 Millionen ist, wieso haben sie nur 1 Mio. für die Uni und nichts für Wohnheime, nichts für die FHS?

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Ständiger Ausschuß, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119551, 6000 Frankfurt am Main, Telex 4 13080 kuehl d, Telefon 0611/730231; Regionalredaktion: Kleine Rainstraße 21, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/394904; Verantwortlicher Redakteur für die Seiten 1 - 10, 14 - 16: Bernhard Peters, für die Seiten 11 - 13 Lutz Plümer; Druck: Eigendruck; Verlag: Kühl Verwaltung GmbH & Co Verlags-Kommanditgesellschaft; Geschäftsführer: Ernst Ehlert, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt am Main 2.

Erscheint wöchentlich. Zu beziehen über die Geschäftsstelle des Regionalverbandes, Kleine Rainstraße 21, 2000 Hamburg 50, gegen Einzahlung des Abonnementpreises von 11 DM pro Vierteljahr oder 44 DM pro Jahr; Commerzbank 4036794, BLZ 20040000.



Die Kollegen im Heizkraftwerk Humboldtstr. Kiel arbeiten im 5-Wochen-Schichtrhythmus. Jeweils 6 Maschinisten (Facharbeiter Metall) und ein Schichtführer (Meister) arbeiten pro Schicht. Ihre ganze Freizeit besteht aus 2 Blöcken, einem kurzen von drei Tagen (nach 11 Tagen ununterbrochener Arbeit) und einem von 7 Tagen (nach 14 Tagen Arbeit).

Unterstützt den Streik bei der Post

Auch von der ÖTV präzise Forderungen zur Schichtarbeit

abc. Letzten Donnerstag traten 160 Arbeiter und Angestellte des Kieler Hauptpostamtes in einen unbefristeten Streik, um ihre Forderungen nach 1,5facher Anrechnung der Arbeitszeit im Schichtdienst, Einführung weiterer Pausen und Anrechnung auf die Arbeitszeit sowie vorbeugende medizinische Betreuung und den Ausbau betrieblicher Sozialleistungen durchzusetzen. Gleichzeitig stehen auch die Gewerkschaften ÖTV und GdP und GdED mit dem Dienstherrn in Verhandlungen über die Arbeitsbedingungen im Schichtdienst. Die ÖTV fordert: – Begrenzung der Arbeit in Wechselschicht und zu ungünstigen Zeiten auf 40 Stunden die Woche und 8 Stunden pro Tag. – Kann ein Arbeitnehmer nach langjähriger Wechselschichtarbeit nicht mehr an seinem Arbeitsplatz eingesetzt werden, muß ihm ein zumutbarer Arbeitsplatz bei voller Absicherung des Einkommens zugewiesen werden, oder ab 50. Lebensjahr 75% des Bruttoarbeitsverdienstes bis zur Zahlung der Rente gewährt werden. – Zusatzurlaub von 12 Tagen. – Regelmäßige ärztliche Untersuchungen, Vorsorgekuren, Erstattung der Fahrtkosten und Einführung von Zuschlags- und Zulagenregelungen.

Sowohl die Forderungen der ÖTV als auch die Forderungen der DPG setzen der Verschärfung der Ausbeutung Schranken. Die Forderung der DPG nach 1,5facher Anrechnung der Arbeitszeit ist dazu am besten geeignet. Sie bedeutet eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit für Schichtarbeiter auf unter 40 Stunden und kann die Regierung dazu zwingen, die Schichtarbeit auf das unumgängliche Maß zu beschränken, was die Grundsatzforderung aller Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes ist.

Umgerechnet bedeutet das letzte Angebot des Postministeriums von 1-3 Freischichten im Jahr einen Freizeitausgleich von 2 Minuten, die DPG fordert 1/2 Stunde. Auf der Demonstration von ca. 400 Postlern aus ganz Schleswig-Holstein am 15.11. in Kiel betonte eine Kollegin aus der Telefonzentrale, daß es nicht um mehr Geld gehe, sondern um Arbeitsbedingungen, die es ermöglichen, am sozialen Leben teilzunehmen und nicht die Gesundheit zu ruinieren. Über 50% der Schichtdienstbeschäftigten verrenten frühzeitig. Von den etwa 1800 Beschäftigten im Amtsbezirk der OPD Kiel sind z.Zt. 36% krank. Schichtdienstler der Oberpostdirektion Kiel klagen in den Kieler Nachrichten über Nervosität, Magenbeschwerden und Herzrythmusstörungen, das Familienleben leidet stark unter diesen Arbeitsbedingungen.

Die DPG wird es nicht leicht haben, sich gegenüber der Regierung durchzusetzen. Umso wichtiger ist die Unterstützung durch die gesamte Arbeiterbewegung und insbesondere durch die ÖTV. Bei der Stadt Kiel arbeiten z.B. Kollegen im Krankenhaus, Feuerwehr, Tiefbauamt, sowie Pförtner, Hausmeister, Erzieher im Schichtdienst oder zu unregelmäßigen Zeiten. Das Eingehen auf die Forderung der DPG nach Mehrfachanrechnung der Arbeitszeit im Schichtdienst und eine starke Unterstützung dieser Forderung durch die ÖTV wird die Verhandlungsposition aller Gewerkschaften im Öffentlichen Dienst erheblich verbessern.

„Gscheidle, treib es nicht auf die Spitze!"

Streik und Solidaritätsveranstaltung der DPG in Hamburg

inc. Seit Donnerstag früh sind in Hamburg ca. 3000 Arbeiter und Angestellte der Post in den Streik getreten. Die zentralen Umschlagspostämter HH 3 (Hühnerposten) und HH 2 (Kaltenkirchener Platz) werden bestreikt. Am Freitag abend führte die DPG eine kämpferische Solidaritätsveranstaltung durch, an der sich ca. 450 Kollegen beteiligten. Die Versammlung bekräftigte die Entschlossenheit, die Forderung zur Schichtarbeit durchzusetzen; mit großem Beifall wurde entgegengenommen, daß das „Angebot" von Gscheidle, zu den 3 angebotenen Freischichten ab 1983 eine 4., abgelehnt worden ist. Der stellvertretende Bezirksvorsitzende der DPG, Lorenzen, hob hervor, daß ein erfolgreicher Streik eine große Bedeutung für die nachfolgende Lohn- und Gehaltstarifrunde haben wird, wo auch mit einem harten Kampf zu rechnen ist. Der Bezirksvorsitzende Mendel und auch Lorenzen kündigten Schritte der DPG an gegen Gscheidles Maßnahmen, Beamte zum Streikbruch zu zwingen.

Lorenzen, der im Bezirksvorstand für die Beamtenarbeit zuständig ist, forderte „volles Streikrecht für Beamte!" und Mendel sagte an die Adresse des Postministers gerichtet: „...Dies ist meine Mahnung an Minister Gscheidle: Treib es nicht auf die Spitze! Sonst ist auch der Beamtenstreik in diesem Land eine beschlossene Sache!" Diese Sätze Mandels fanden großen Beifall, genau wie die Mitteilung, daß das Postamt Hamburg 3 vorübergehend total abgeriegelt wurde, bis die Anordnung der OPD (Oberpostdirektion), am Wochenende 250 Beamte von anderen Ämtern und Auszubildende in Hamburg 3 einzusetzen, zurückgenommen worden war. Die Forderung, die bestreikten Postämter total abzuriegeln, also auch keine Beamten durchzulassen, wird sowieso von vielen Streikposten erhoben. Wegen rechtlicher Bedenken hat jedoch die zentrale Streikleitung die Taktik beschlossen, die Anzahl der bestreikten Ämter auszuweiten und zusätzlich zu Postämtern z.B. auch die Fernsprechauskunft in den Streik mit einzubeziehen.

Kollegen von noch nicht bestreikten Ämtern (Postamt 65, Fernmeldeamt 3 und 4) haben schon zum Teil am Freitag spontan die Arbeit niedergelegt und sich als Streikposten gemeldet. Auch außerhalb der Postgewerkschaft findet der Streik große Unterstützung. Polizisten in Uniform hatten Transparente mitgebracht: „Alle Räder stehen still, wenn der Schichtdienst es will!" und „Gewerkschaft der Polizei solidarisch mit dem Kampf der DPG". Der stellvertretende Vorsitzende der GdP Brumm verlas unter starkem Beifall aus der Solidaritätserklärung des Bundesvorstandes der GdP: „Streik ist ein demokratisches Recht der Arbeiter und Angestellten. Die Stunde des Streiks ist die Stunde der organisierten Arbeiter und Angestellten und nicht die Stunde der Polizei... Wir sind selber vom Schichtdienst betroffen und unterstützen darum Eure Forderung bedingungslos..!" Der Bezirksvorsitzende der GdED berichtete, er komme gerade von einer Versammlung der Gepäckabfertigung im Hauptbahnhof und Bahnhof Altona, wo beschlossen worden ist, Überstunden abzulehnen und Dienst nach Vorschrift zu machen, um nicht als Streikbrecher für den Postdienst eingesetzt zu werden. Die GdED hat die Bahnpolizisten am Hauptbahnhof veranlaßt, verschärft Streife zu gehen, um „Unbefugte am Betreten des Bahngländes zu hindern." Damit soll verhindert werden, daß Streikbrecher durch Notausgänge zum Hauptbahnhof, wo die DPG keine Streikposten aufstellen darf, das Postamt HH 3 betreten.

Der Bezirksvorsitzende der RFFU überbrachte die solidarischen Grüße der Beschäftigten vom NDR und erklärte, die Kollegen vom NDR würden sich nicht dazu hergeben, in den Medien gegen den Streik der Postler zu hetzen. Weitere Solidaritätsadressen lagen vor: vom Bund Gewerkschaftlicher Ärzte in der ÖTV, von 60 Vertrauensleuten der Abt. Gesundheitswesen der ÖTV Hamburg, der ÖTV Mitgliederversammlung Justizvollzugsbeschäftigte, ÖTV Mitgliederversammlung Arbeitsamt Hamburg, der GEW Landesvorstand hat bei Ausweitung des Streiks das Curio-Haus zur Verfügung gestellt. Es lagen Solidaritätserklärungen der Personalversammlung der Realschullehrer in Hamburg und von 28 GEW Gewerbeschullehrern der G 5 vor. Die gewerkschaftlich organisierten Studenten an der HWP sind für einen Tag in den Streik getreten und haben sich als Streikhelfer zur Verfügung gestellt. Die Ortsverwaltung der IG Metall sammelte auf ihrer Sitzung spontan 168 DM. VK von HDW, VK AEG KN4 und der VK Still Billbrook versicherten die volle Unterstützung des Kampfs der DPG. Der Vorsitzende der IG Chemie in Hamburg überbrachte die Grüße des Bezirksvorstandes der IG Chemie. Die HBV teilte mit, daß die organisierten HBV Kollegen am Montag und Dienstag in allen ihren Betrieben Flugblätter zur Unterstützung des Streiks verteilen würden.

Besonders betont wurde noch, daß keinerlei Spaltungsversuche zwischen deutschen und türkischen Kollegen, die sich in vorderster Front am Streik beteiligen und auch am Donnerstag um 4 h 30 als erste in den Streik getreten waren, geduldet würden.



Streik- und Solidaritätsversammlung der DPG am 21.11. im Gewerkschaftshaus Hamburg.

1,5facher Anrechnung der Arbeitszeit im Schichtdienst, Einführung weiterer Pausen und Anrechnung auf die Arbeitszeit sowie vorbeugende medizinische Betreuung und den Ausbau betrieblicher Sozialleistungen durchzusetzen. Gleichzeitig stehen auch die Gewerkschaften ÖTV und GdP und GdED mit dem Dienstherrn in Verhandlungen über die Arbeitsbedingungen im Schichtdienst. Die ÖTV fordert: – Begrenzung der Arbeit in Wechselschicht und zu ungünstigen Zeiten auf 40 Stunden die Woche und 8 Stunden pro Tag. – Kann ein Arbeitnehmer nach langjähriger Wechselschichtarbeit nicht mehr an seinem Arbeitsplatz eingesetzt werden, muß ihm ein zumutbarer Arbeitsplatz bei voller Absicherung des Einkommens zugewiesen werden, oder ab 50. Lebensjahr 75% des Bruttoarbeitsverdienstes bis zur Zahlung der Rente gewährt werden. – Zusatzurlaub von 12 Tagen. – Regelmäßige ärztliche Untersuchungen, Vorsorgekuren, Erstattung der Fahrtkosten und Einführung von Zuschlags- und Zulagenregelungen.

Sowohl die Forderungen der ÖTV als auch die Forderungen der DPG setzen der Verschärfung der Ausbeutung Schranken. Die Forderung der DPG nach 1,5facher Anrechnung der Arbeitszeit ist dazu am besten geeignet. Sie bedeutet eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit für Schichtarbeiter auf unter 40 Stunden und kann die Regierung dazu zwingen, die Schichtarbeit auf das unumgängliche

Umgerechnet bedeutet das letzte Angebot des Postministeriums von 1-3 Freischichten im Jahr einen Freizeitausgleich von 2 Minuten, die DPG fordert 1/2 Stunde. Auf der Demonstration von ca. 400 Postlern aus ganz Schleswig-Holstein am 15.11. in Kiel betonte eine Kollegin aus der Telefonzentrale, daß es nicht um mehr Geld gehe, sondern um Arbeitsbedingungen, die es ermöglichen, am sozialen Leben teilzunehmen und nicht die Gesundheit zu ruinieren. Über 50% der Schichtdienstbeschäftigten verrenten frühzeitig. Von den etwa 1800 Beschäftigten im Amtsbezirk der OPD Kiel sind z.Zt. 36% krank. Schichtdienstler der Oberpostdirektion Kiel klagen in den Kieler Nachrichten über Nervosität, Magenbeschwerden und Herzrythmusstörungen, das Familienleben leidet stark unter diesen Arbeitsbedingungen.

Die DPG wird es nicht leicht haben, sich gegenüber der Regierung durchzusetzen. Umso wichtiger ist die Unterstützung durch die gesamte Arbeiterbewegung und insbesondere durch die ÖTV. Bei der Stadt Kiel arbeiten z.B. Kollegen im Krankenhaus, Feuerwehr, Tiefbauamt, sowie Pförtner, Hausmeister, Erzieher im Schichtdienst oder zu unregelmäßigen Zeiten. Das Eingehen auf die Forderung der DPG nach Mehrfachanrechnung der Arbeitszeit im Schichtdienst und eine starke Unterstützung dieser Forderung durch die ÖTV wird die Verhandlungsposition aller Gewerkschaften im Öffentlichen Dienst erheblich verbessern.

für die Beamtenarbeit zuständig ist, forderte „volles Streikrecht für Beamte!" und Mendel sagte an die Adresse des Postministers gerichtet: „...Dies ist meine Mahnung an Minister Gscheidle: Treib es nicht auf die Spitze! Sonst ist auch der Beamtenstreik in diesem Land eine beschlossene Sache!" Diese Sätze Mandels fanden großen Beifall, genau wie die Mitteilung, daß das Postamt Hamburg 3 vorübergehend total abgeriegelt wurde, bis die Anordnung der OPD (Oberpostdirektion), am Wochenende 250 Beamte von anderen Ämtern und Auszubildende in Hamburg 3 einzusetzen, zurückgenommen worden war. Die Forderung, die bestreikten Postämter total abzuriegeln, also auch keine Beamten durchzulassen, wird sowieso von vielen Streikposten erhoben. Wegen rechtlicher Bedenken hat jedoch die zentrale Streikleitung die Taktik beschlossen, die Anzahl der bestreikten Ämter auszuweiten und zusätzlich zu Postämtern z.B. auch die Fernsprechauskunft in den Streik mit einzubeziehen.

Kollegen von noch nicht bestreikten Ämtern (Postamt 65, Fernmeldeamt 3 und 4) haben schon zum Teil am Freitag spontan die Arbeit niedergelegt und sich als Streikposten gemeldet. Auch außerhalb der Postgewerkschaft findet der Streik große Unterstützung. Polizisten in Uniform hatten Transparente mitgebracht: „Alle Räder stehen still, wenn der Schichtdienst es will!"

darf, das Postamt HH 3 betreten.

Der Bezirksvorsitzende der RFFU überbrachte die solidarischen Grüße der Beschäftigten vom NDR und erklärte, die Kollegen vom NDR würden sich nicht dazu hergeben, in den Medien gegen den Streik der Postler zu hetzen. Weitere Solidaritätsadressen

Besonders betont wurde noch, daß keinerlei Spaltungsversuche zwischen deutschen und türkischen Kollegen, die sich in vorderster Front am Streik beteiligen und auch am Donnerstag um 4 h 30 als erste in den Streik getreten waren, geduldet würden.



Streik- und Solidaritätsversammlung der DPG am 21.11. im Gewerkschaftshaus Hamburg.

Fortschritte beim Aufbau von Vertretungsorganen

elm. Nachdem am 25.9.80 500 – 600 Umschüler, Fortzubildende und Rehabilitanden in Hamburg für ihre Forderungen demonstriert haben, machen sie jetzt deutliche Fortschritte beim gewerkschaftlichen Zusammenschluß und beim Aufbau von Vertretungsorganen. Es wurde ein DGB-Arbeitskreis gebildet, der u.a. monatlich einen „Umschüler-Stammtisch" veranstaltet, an dem sich über 30 Kollegen beteiligen. Am 13.11. führten die Tischler der „Facharbeiter-Ausbildungs-GmbH gemeinnützig" gegen den Willen der Schulleitung während der Schulzeit in den Räumen der Schule eine Vollversammlung durch, auf der sie ihre dringlichsten Forderungen diskutierten und die Bildung eines Vertretungsorgans beschlossen. Ähnliche Pläne verfolgen auch die Kollegen der „Heinze-Schule". Am Berufsfortbildungswerk des DGB und an einigen anderen Schulen gibt es bereits funktionierende Vertretungsorgane.

Kieler Studentenparlament gegen Regierungsprogramm

ang. Folgenden Beschluß hat das Studentenparlament der Universität Kiel mit 10:4:4 Stimmen gefaßt: „In der letzten Woche wurde aus den Kreisen der Bundesregierung bekannt, daß die finaziellen Mittel für den Hochschul- und Studentenwohnraumbau drastisch gekürzt und die BAFöG-Ausgaben eingefroren werden sollen. Diese Absicht der Bundesregierung fällt in eine Lage, wo 1. bundesweit sich die Wohnungsnot (...) beträchtlich zugespitzt hat, 2. die Studentenzahlen sich bis 1985 auf 1,2 Mio. erhöhen sollen, ohne daß ausreichende Kapazitäten an Hochschulbauten und Lehrpersonal sichergestellt sind, 3. die materielle Sicherstellung des Studiums (...) nicht mehr gewährleistet ist. (...)" Im weiteren verlangt das StuPa die Rücknahme der Beschlüsse durch die Bundesregierung und fordert den Vorstand der Vereinigten Deutschen Studentenschaft auf, Maßnahmen gegen die Kürzungen vorzubereiten, falls sie von der Bundesregierung aufrecht erhalten werden.

Betriebsvereinbarung für Nachtschichtarbeiter

edd. Auf der großen Funktionärskonferenz der IG METALL am 15.11.80 forderten die Vorsitzenden der IG METALL Vertrauenskörper der Werft Blohm und Voss und der Hamburger Elektrizitätswerke HEW zur Solidarität mit dem Poststreik auf. Der Vorsitzende des VK von B & V berichtete, daß es dem BR gelungen sei, eine Betriebsvereinbarung für Schichtarbeiter abzuschließen. Diese betreffe zwar nur ca. 35 Kollegen, die ständig Nachtschicht arbeiten müßten, sei aber als Fortschritt zu sehen. Für diese wurde vereinbart, daß sie zusätzlich zur Nachtschichtzulage einen Freizeitausgleich erhalten (Freischichten). Solche ersten Schritte müßten von der IG METALL nur noch verstärkter genutzt werden, vor allem in den jetzt laufenden Tarifverhandlungen zum Manteltarifvertrag, der zusammen mit dem Lohntarif ab April 81 streikfähig ist. Dies erhielt großen Beifall auf der Versammlung.

Forderungen zur Referendarausbildung

wot. Bei einer Enthaltung, ansonsten einstimmig wurde von den Referendaren des Hauptseminars Dahms das Vorhaben des Senats, das Referendariat auf 2 Jahre auszudehnen und die Ausbildungsbedingungen in diesem Rahmen weiter zu verschlechtern, abgelehnt. Unter anderen Bedingungen wurde eine zweijährige Referendarausbildung durchaus für möglich erachtet. Eine ausführlichere Diskussion über andere Vorstellungen zur Referendarausbildung, u.a. einphasige Lehrerausbildung, soll noch einmal durchgeführt werden. Ansonsten stellt das Seminar folgende Forderungen: (Abstimmungsergebnisse in Klammern)

- Wegfall der Hausarbeit (einstimmig)
- Abschaffung der Noten, Ersetzung durch bestanden-nicht bestanden (3 Enth.)
- Sofortige Übernahme aller Lehrerstudenten in das Referendariat (einstimmig)
- Verstärktes Mitspracherecht für Anleiter, Anleiterfreistunden zur Besprechung / diese beiden Forderungen aber nur in Verbindung mit: Freie Wahl der Anleiter (einstimmig)
- Freie Wahl der Hauptseminarleiter (13 Enth.)
- Freie Wahl der Fachseminarleiter (10 Enth.)
- Kein Zwang zum Schulwechsel (einstimmig)
- Kein bedarfsdeckender Unterricht (einstimmig)
- Ausbildungspersonalrat für Referendare (einstimmig)

Als letzte Forderung wurde gegen eine Gegenstimme aufgestellt: Anerkennung des ersten Staatsexamens als vollwertiges wissenschaftliches Examen. Eine Kontroverse, ob diese Forderung in den oben aufgeführten Katalog aufgenommen oder extra aufgestellt werden sollte, wurde folgendermaßen entschieden: Für Aufnahme: 19 ja, Extra: 25 ja-Stimmen.

Gesundheitsbehörde will Bildungsurlaubssperre

Im AK Harburg wurde dem 6. Kurs der Krankenpflegeschule für Januar Bildungsurlaub von der Gesundheitsbehörde abgelehnt mit der Begründung, daß Bildungsurlaub in der Zeit vom 2.1. – 31.3.81 zurückzustellen ist, da dies die Spitzenbelegungszeiten sind. 1. Zu dem Zeitpunkt des Bildungsurlaubes hat der 6. Kurs bereits das Examen, aber muß für Ausbildungsvergütung noch 1 Monat arbeiten. Sie sind also faktisch noch Auszubildende und offiziell nicht auf dem Stellenplan. Spitzenbelegungszeiten können kein Argument sein. 2. Die Bildungsurlaubssperre für erst mal ¼ Jahr betrifft alle Beschäftigten in Hamburgs Krankenhäusern. In der Ausfallquote von 17 – 18% soll Bildungsurlaub mit eingerechnet sein. Die ÖTV fordert schon lange die Erweiterung der Ausfallquote auf 25%. Hingenommen werden kann dies nicht. Anspruch auf Bildungsurlaub zu dieser Zeit sollte wahrgenommen werden und von den Personalräten notfalls eingeklagt werden.

Veranstaltungskalender

Montag, 24.11.1980

Hamburg: Delegiertenversammlung der IG Druck Hamburg. Öffentlich für andere Gewerkschaftsmitglieder ist der TOP Times-Prozesse. Eingeladen ist ein angeklagtes Mitglied der IG Druck Hessen. 17 Uhr, Gewerkschaftshaus Besenbinderhof.

Dienstag, 25.11.1980

Hamburg: „Wie weiter im Aufbau der Kommunistischen Partei?" Es spricht Hans-Gerhart Schmierer, Sekretär des ZK des KBW. 19.30 Uhr Gymnasium Kaiser-Friedrich Ufer.

Mittwoch, 26.11.1980

Hamburg: „Solidarität mit dem Hungerstreik der irischen Kriegsgefangenen". Es sprechen Genossen aus Irland und Vertreter des westdeutschen Irland-Solidaritätskomitees. 18.30 Uhr, MLK-Haus, Grindelallee 9.
Hamburg: Kunstkollektiv. „Mimik I". 20 Uhr, Ort zu erfragen im KBW-Büro.

Freitag, 28.11.1980

Kiel: Vereinigung für revolutionäre Volksbildung: Treffen der Musik- und Theatergruppe zur Vorbereitung eines Sketches für die Silvesterveranstaltung. 20 Uhr, Gaststätte Waidmannsruh.

Jahrzehnte wurde die Giftkücke von der Gewerbeaufsicht gedeckt

Stoltzenberg produzierte für Bundeswehr und Polizei

rus. ,,Wir beantragen den parlamentarischen Untersuchungsausschuß, um die Schuld des Hamburger Senats und der Behörden festzustellen. Die Sozialdemokratie soll erklären, ob sie bereit ist, die Schuldigen festzustellen oder ob sie die Verantwortlichen decken will.“ Diesen Antrag stellte der KPD-Bürgerschaftsabgeordnete Dettmann am 23.5.1928, als drei Tage zuvor 10 Menschen infolge einer Giftgas-Explosion bei Stoltzenberg getötet wurden.

Damals wurde genausowenig ein Schuldiger festgestellt wie heute. Am 15.5.1980 legte der parlamentarische Untersuchungsausschuß der Hamburger Bürgerschaft seinen Bericht über den ,,Giftgas- und Munitionsskandal“ Stoltzenberg vor, gefüllt mit Beschuldigungen gegen etliche Behörden. So wird der Gewerbeaufsicht mehrfach vorgeworfen, sie hätte den Betrieb schon lange dicht machen müssen. Vorletze Woche gab Staatarat Haas von der Baubehörde bekannt, daß die Ermittlungen keinerlei schwerwiegendes Verschulden irgendeines Beamten ergeben hätten, niemand würde ein Disziplinarverfahren bekommen. Die Staatsanwaltschaft will dem Vater des am 6.9.79 beim Spielen mit Stoltzenberg-Sprengstoff tödlich verletzen Oliver Ludwig als einzigem den Prozeß machen. Der Staatsapparat wird reingewaschen, angeklagt werden die Opfer der Stoltzenberg'schen Giftattacken.

Warum hat die Gewerbeaufsicht diese wüste Produktion von Giften aller Art nicht schon früher stillgelegt? Beamte der Gewerbeaufsicht und Beschäftigte anderer Behörden gaben sich über Jahre hinweg bei Stoltzenberg die Klinke in die Hand. Explosionen, Brände, Giftschwaden und dementsprechende Proteste aus der Bevölkerung gaben Anlaß genug, Beweismittel über die Gefährlichkeit des Betriebes zusammenzutragen. Ein Grund für die offizielle Förderung dieser Giftküche sind die engen Verbindungen zwischen Bundeswehr, Polizei und Kapitalist Stoltzenberg gewesen. So produzierte Stoltzenberg ab 1958 ein Atompilzdarstellungsmittel für die Bundeswehr. Am 13.4.1962 beschwerte sich der Kleingartenverein Lurup darüber, daß ausgehend vom Stoltzenberg-Gelände ,,unser Vereinsgebiet... in regelmäßigen Abständen überzogen (wird) von orangeroten Gaswolken, die durch donnernde Explosionen.. ausgelöst werden.“ Auf Anfrage der Gewerbeaufsicht teilt Stoltzenberg mit, es handle sich um Nebelstoffe, nähere Angaben seien aber wegen der Geheimhaltungsverpflichtung gegenüber der Bundeswehr nicht möglich. Damit war die Beschwerde vom Tisch. ,,Da kauften Bundeswehr, Grenzschutz und praktisch alle Länder-Polizisten. Wer sollte da den Mut haben, das Unternehmen dichtzumachen?“ (Klose)

Arbeitsschutz – ,,wie es die Natur des Betriebes gestattet“

Der Hauptgrund liegt jedoch in den Aufgaben und der Arbeitsweise der Gewerbeaufsicht selbst. Der Untersuchungsbericht geht davon aus, daß die Gesetze zum Arbeitsschutz völlig ausreichend seien, und nur die Beamten nicht richtig gespurt hätten. Damit ist die Linie der ,,Aufarbeitung“ der Folgen kapitalistischer Ausbeutung angegeben: Heraushalten der Ziele der Finanzbourgeoisie und Hetze auf die Beschäftigten. Zunächst muß festgehalten werden, daß die Arbeiterklasse die Erkämpfung eines einheitlichen Arbeitsschutzwesens unter der Kontrolle ihrer Betriebsräte und Gewerkschaften noch vor sich hat. Es gibt, genauso wie im Arbeitsrecht überhaupt, eine Zersplitterung in verschiedene Gesetze und Verordnungen.

Der Arbeitsschutz wird u.a. in der Gewerbeordnung §120a festgelegt: ,,Die Gewerbeunternehmer sind verpflichtet, die Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften so einzurichten und zu unterhalten und den Betrieb so zu regeln, daß die Arbeitnehmer gegen Gefahren für Leben und Gesundheit so weit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet.“ In §139b wird die Überwachung dieses Arbeitsschutzes der Gewerbeaufsicht übertragen. ,,Die Aufsicht über die Ausführungen der Bestimmungen der §§... ist ausschließlich oder neben den ordentlichen Polizeibehörden besonderen von den Landesregierungen zu ernennenden Beamten zu übertragen. Denselben stehen bei Ausübung dieser Aufsicht alle amtlichen Befugnisse der Ortspolizeibehörden, insbesondere das Recht zur jederzeitigen Besichtigung und Prüfung der Anlagen zu.“

Von diesem Recht haben die Beamten hinreichend Gebrauch gemacht, der Untersuchungsbericht dokumentiert seit 1945 Besuche von 600 Mann aller Behörden bei Stoltzenberg. Aber die Herren Parlamentarier bemängeln ein ,,unrichtiges Selbstverständnis der Gewerbeaufsicht.“ ,,Nach Auffassung des Untersuchungsausschusses besteht die Tendenz, die statt der Kontrolle der Unternehmer- und Arbeitgeberseite und des Schutzes von Arbeitnehmern und Umwelt eine Beratungs- oder Hilfsdienstfunktion der Gewerbeaufsicht gegenüber den Betrieben zu stark betont. Eine solche wirtschaftsnahe ‚Service-Mentalität‘ steht der notwendigen Kontrolle von Betrieben, von denen Gefahren...ausgehen können, entgegen.“

Eben diese Unterstützung der Kapitalisten bei ihrer Aufgabe Arbeitsschutz legt die Gewerbeordnung fest, genauso wie das Arbeitssicherheitsgesetz von 1973 die Unterstützung der Kapitalisten durch die Betriebsärzte bei ihrer Aufgabe Gesundheitsschutz festlegt. Die ,,Natur des (kapitalistischen) Betriebes“ ist es nun mal, die Ausbeutung zu organisieren, die Schutzinteressen der Arbeiterklasse haben da nur in dem Maße Platz, wie es der Kampf der Arbeiterklasse durchsetzt.

Die Ruinierung der Arbeiter und der Umwelt sind Lebensbedingungen des Kapitals

Marx hat an einem Beispiel aufgezeigt, wie schnell dabei die Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise erreicht sind. Es wird wiederholt bemerkt, daß die englischen Ärzte aus einem Munde 500 Kubikfuß Luftraum per Person für kaum genügendes Minimum bei fortgesetzter Arbeit erklären. Nun wohl! Wenn der Fabrikakt indirekt durch alle seine Zwangsmaßregeln die Verwandlung kleinerer Werkstätten in Fabriken beschleunigt, daher indirekt in das Eigentumsrecht der kleineren Kapitalisten eingreift und den großen das Monopol sichert, so würde die gesetzliche Aufherrschung des nötigen Luftraums für jeden Arbeiter in der Werkstätte Tausende von kleinen Kapitalisten mit einem Schlage direkt expropriieren! Sie würde die Wurzel der kapitalistischen Produktionsweise angreifen, d.h. die Selbstverwertung des Kapitals, ob groß oder klein, durch ,,freien“ Ankauf und Konsum der Arbeitskraft. Vor diesen 500 Kubikfuß Luft geht daher der Fabrikgesetzgebung der Atem aus. Die Gesundheitsbehörden, die industriellen Untersuchungs kommissionen, die Fabrikinspektoren wiederholen wieder und wieder die Notwendigkeit der 500 Kubikfuß und die Unmöglichkeit, sie dem Kapital aufzuoktroyieren. Sie erklären so in der Tat Schwindsucht und andere Lungenkrankheiten der Arbeit für eine Lebensbedingung des Kapitals.“ (Kapital, Band I)

Sind Explosionen und Giftverletzte die Lebensbedingungen des kaum entwickelten Stolzenberg-Kapitals gewesen, so ist es die Lebensbedingung des monopolistischen Kapitals mittlerweile, ganze Kontinente zu verseuchen. Die Bildzeitung versucht aus gutem Grund aus der Giftküche Stolzenberg den ,,größten Umweltskandal Deutschlands“ zu machen, um die Finanzbourgeoisie zu schonen. In Hamburg gibt es zwar jetzt einen Untersuchungsbericht über Stolzenberg, ein ähnlicher Bericht aber z.B. zu der Giftküche Norddeutsche Affinerie existiert nicht.

Im Arbeitsschutz – so der stellvertretende DGB-Vorsitzende Muhr auf einer Veranstaltung der Gewerbeaufsicht – sind bisher ,,nur Teilerfolge erzielt“. ,,Der große Durchbruch ist uns noch nicht gelungen.“ Der IG-Metall Gewerkschaftstag hat in seiner Entschließung 16 festgestellt: ,,Die Zersplitterung des Arbeitsschutzrechtes ist auch ein Grund dafür, daß Arbeitsschutzaufgaben nicht ausreichend bekannt sind und die Schutzrechte weitgehend bedrucktes Papier bleiben.“ Der Gewerkschaftstag fordert u.a.: ,,Gleichberechtigte Mitwirkung und Mitbestimmung des Betriebsrates bei der Verwaltung überbetrieblicher arbeitsmedizinischer oder sicherheitstechnischer Dienste.“ Damit ist die Richtung, Kontrolle des Arbeitsschutzes durch Betriebsräte und Gewerkschaften, festgelegt.



Ein Bundeswehr-Soldat bei den Aufräumarbeiten auf dem Stoltzenberg-Gelände. – ,,In einem Schuppen ... standen frei zugänglich – teilweise ohne besondere Kennzeichnung – Flaschen bzw. Gefäße mit Tabun, Lost, Chlorpikrin, Triophosgen, Strychnin und Arsen zwischen anderen Flaschen und Kartons mit gefährlichen Stoffen (z.B. Zünder für Nebeltöpfe)“ (Aus dem Bericht des Untersuchungsausschusses).

,,Frieden Schaffen ohne Waffen“

Senat ,,entzerrt“ die Sozialmieten

ver Ludwig als einzigem den Prozeß machen. Der Staatsapparat wird reingewaschen, angeklagt werden die Opfer der Stoltzenberg'schen Giftattacken.

Warum hat die Gewerbeaufsicht diese wüste Produktion von Giften aller Art nicht schon früher stillgelegt? Beamte der Gewerbeaufsicht und Beschäftigte anderer Behörden gaben sich über Jahre hinweg bei Stoltzenberg die Klinke in die Hand. Explosionen, Brände, Giftschwaden und dementsprechende Proteste aus der Bevölkerung gaben Anlaß genug, Beweismittel über die Gefährlichkeit des Betriebes zusammenzutragen. Ein Grund für die offizielle Förderung dieser Giftküche sind die engen Verbindungen zwischen Bundeswehr, Polizei und Kapitalist Stoltzenberg gewesen. So produzierte Stoltzenberg ab 1958 ein Atompilzdarstellungsmittel für die Bundeswehr. Am 13.4.1962 beschwerte sich der Kleingartenverein Lurup darüber, daß ausgehend vom Stoltzenberg-Gelände ,,unser Vereinsgebiet... in regelmäßigen Abständen überzogen (wird) von orangeroten Gaswolken, die durch donnernde Explosionen.. ausgelöst werden.“ Auf Anfrage der Gewerbe-

im Arbeitsrecht überhaupt, eine Zersplitterung in verschiedene Gesetze und Verordnungen.

Der Arbeitsschutz wird u.a. in der Gewerbeordnung §120a festgelegt: ,,Die Gewerbeunternehmer sind verpflichtet, die Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften so einzurichten und zu unterhalten und den Betrieb so zu regeln, daß die Arbeitnehmer gegen Gefahren für Leben und Gesundheit so weit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet.“ In §139b wird die Überwachung dieses Arbeitsschutzes der Gewerbeaufsicht übertragen. ,,Die Aufsicht über die Ausführungen der Bestimmungen der §§... ist ausschließlich oder neben den ordentlichen Polizeibehörden besonderen von den Landesregierungen zu ernennenden Beamten zu übertragen. Denselben stehen bei Ausübung dieser Aufsicht alle amtlichen Befugnisse der Ortspolizeibehörden, insbesondere das Recht zur jederzeitigen Besichtigung und Prüfung der Anlagen zu.“

Von diesem Recht haben die Beamten hinreichend Gebrauch gemacht, der Untersuchungsbericht dokumen-

Wenn der Fabrikakt indirekt durch alle seine Zwangsmaßregeln die Verwandlung kleinerer Werkstätten in Fabriken beschleunigt, daher indirekt in das Eigentumsrecht der kleineren Kapitalisten eingreift und den großen das Monopol sichert, so würde die gesetzliche Aufherrschung des nötigen Luftraums für jeden Arbeiter in der Werkstätte Tausende von kleinen Kapitalisten mit einem Schlage direkt expropriieren! Sie würde die Wurzel der kapitalistischen Produktionsweise angreifen, d.h. die Selbstverwertung des Kapitals, ob groß oder klein, durch ,,freien“ Ankauf und Konsum der Arbeitskraft. Vor diesen 500 Kubikfuß Luft geht daher der Fabrikgesetzgebung der Atem aus. Die Gesundheitsbehörden, die industriellen Untersuchungs kommissionen, die Fabrikinspektoren wiederholen wieder und wieder die Notwendigkeit der 500 Kubikfuß und die Unmöglichkeit, sie dem Kapital aufzuoktroyieren. Sie erklären so in der Tat Schwindsucht und andere Lungenkrankheiten der Arbeit für eine Lebensbedingung des Kapitals.“ (Kapital, Band I)

Sind Explosionen und Giftverletzte die Lebensbedingungen des kaum ent-



Ein Bundeswehr-Soldat bei den Aufräumarbeiten auf dem Stoltzenberg-Gelände. – ,,In einem Schuppen ... standen frei zugänglich – teilweise ohne besondere Kennzeichnung – Flaschen bzw. Gefäße mit Tabun, Lost, Chlorpikrin, Triophosgen, Strychnin und Arsen zwischen anderen Flaschen und Kartons mit gefährlichen Stoffen (z.B. Zünder für Nebeltöpfe)“ (Aus dem Bericht des Untersuchungsausschusses).

wickelten Stolzenberg-Kapitals gewesen, so ist es die Lebensbedingung des monopolistischen Kapitals mittlerweile, ganze Kontinente zu verseuchen. Die Bildzeitung versucht aus gutem Grund aus der Giftküche Stolzenberg den ,,größten Umweltskandal Deutschlands“ zu machen, um die Finanzbourgeoisie zu schonen. In Hamburg gibt es zwar jetzt einen Untersuchungsbericht über Stolzenberg, ein ähnlicher Bericht aber z.B. zu der Giftküche Norddeutsche Affinerie existiert nicht.

Im Arbeitsschutz – so der stellvertretende DGB-Vorsitzende Muhr auf einer Veranstaltung der Gewerbeaufsicht – sind bisher ,,nur Teilerfolge erzielt“. ,,Der große Durchbruch ist uns noch nicht gelungen.“ Der IG-Metall Gewerkschaftstag hat in seiner Entschließung 16 festgestellt: ,,Die Zersplitterung des Arbeitsschutzrechtes ist auch ein Grund dafür, daß Arbeitsschutzaufgaben nicht ausreichend bekannt sind und die Schutzrechte weitgehend bedrucktes Papier bleiben.“ Der Gewerkschaftstag fordert u.a.: ,,Gleichberechtigte Mitwirkung und Mitbestimmung des Betriebsrates bei der Verwaltung überbetrieblicher arbeitsmedizinischer oder sicherheitstechnischer Dienste.“ Damit ist die Richtung, Kontrolle des Arbeitsschutzes durch Betriebsräte und Gewerkschaften, festgelegt.

,,Frieden Schaffen ohne Waffen“

Christliche Entwaffnung in der Bewegung gegen den Krieg

pes. Unter dem Motto ,,Frieden schaffen ohne Waffen“ fand in der letzten Woche, wie in über 100 Städten im Bundesgebiet, auch in Kiel eine Friedenswoche statt, veranstaltet von pazifistischen Organisationen, Kirchen, Jugendverbänden und dem AStA der Universität. Vorträge, Diskussionen, Gottesdienste, Feste und Bilderausstellung gaben den Rahmen für die Verbreitung pazifistischer Ideologie jeglicher Strömung ab. Die besondere Aufmerksamkeit, die die Bourgeoisie der Bewegung gegen die Kriegsvorbereitungen nicht nur mit dem Polizeiknüppel sondern mit Bibel, Bernstein und Brandt und Weizsäcker entgegenbringt, verdient schon einige Beachtung. Sie stützt sich dabei auf die Tatsache, daß der Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen noch durch allerlei christliche pazifistische Gedanken geschwächt sind und sie diese Schwäche nutzen kann für ihre imperialistischen Ziele. Auf der Demonstration in Schleswig war der Fortschritt, daß durch die Verankerung der Forderung BRD raus aus der NATO ein bewußtes Element gegen die Friedens- und Verteidigungsideologie der Bourgeoisie gestärkt worden ist. Gleichzeitig berufen sich aber Strömungen in dieser Bewegung auf die Kirche und die christliche Nächstenliebe, wie es die Kirchenbesetzer taten, und wie es in dem Spruch ,,Frieden schaffen ohne Waffen“ zutage tritt.

Die christliche Religion, entstanden in den Sklavenaufständen gegen das römische Reich, wurde seit dieser Zeit genutzt als Instrument der herrschenden Klasse zur Unterdrückung, zur Rechtfertigung ihrer Herrschaft und zur Vertuschung der Klassenwidersprüche. Wenn sich heute die christliche Religion des Friedens annimmt, dann, indem sie mit ein wenig göttlichem Nebel die Kriegsvorbereitungen der Kapitalistenklasse rechtfertigt und fördert.

In dem Soldaten-Jahrbuch der evangelischen Militärseelsorge für 1980 heißt es unter dem Monatsspruch Dezember: Friede den Fernen und Friede den Nahen, spricht der Herr, ja ich werde sie heilen (Jesaja 57,19): ,,Nun wissen wir als Christen, wie leicht unser Bemühen um den Frieden scheitern kann. Frieden ist wohl nicht nur das Geschenk menschlicher Anstrengung, sondern endzeitliches Geschenk göttlicher Gnade. (...) Auch militärische Friedenssicherung kann gelingen. Zur Zeit aber haben viele Menschen Angst, daß sie scheitern könnte. (...) Mit Ernst sollten sich unsere Gemeinden der Frage stellen, was zu tun sei, wenn die militärische Friedenssicherung versagt, wenn der Soldat dann gemäß Eid und Gelöbnis tapfer verteidigen, also kämpfen muß. Kann die christliche Gemeinde hierzu ja sagen?“

Erstens soll also die Existenz der Bundeswehr und der NATO nicht als Instrument zur Durchsetzung der Expansionsinteressen der Imperialisten gelten, sondern als Friedensmacht. Zweitens wird den Soldaten mit Hinweis auf ihren Eid die freiwillige Teilhabe an diesen Kriegen unterstellt und damit gleichzeitig die Interessengleichheit zwischen Bourgeoisie und Proletariat behauptet.

Wo soll denn da noch etwas dran sein, dessen man sich bedienen kann im Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen, wie es Freunde des christlichen Glaubens behaupten. Daß es solche Vorstellungen gibt, wissen die Prediger, weshalb sie an der Angst der Menschen anknüpfen und mit der Verbreitung christlicher Hoffnung fürs Jenseits die Rechtfertigung imperialistischer Politik fürs Diesseits verbinden.

Die Parole ,,Frieden schaffen ohne Waffen“ knüpft an der Erschrockenheit, dem Abscheu vor Waffengebrauch, Tod und Blut an. Nur damit kommt man keinen Schritt weiter.

Die Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat ist eine der größten, kardinalsten, wichtigsten Tatsachen der heutigen kapitalistischen Gesellschaft. Und angesichts der Tatsache will man den revolutionären Sozialdemokraten zumuten, sie sollen die Forderung der Entwaffnung aufstellen! Das wäre eine vollständige Preisgabe des Klassenstandpunktes und jedes Gedanken an die Revolution. Wir sagen: Bewaffnung des Proletariats zum Zwecke, die Bourgeoisie zu expropriieren und zu entwaffnen – das ist die einzige mögliche Taktik der revolutionären Klasse, eine Taktik, die durch die ganze objektive Entwicklung des kapitalistischen Militarismus vorbereitet, fundiert und gelehrt wird.“ (Lenin, Das Militärprogramm der Proletarischen Revolution, 1916)

Senat ,,entzerrt“ die Sozialmieten

Einführung von Mietobergrenzen/Zinserhöhungen

are. ,,Fehlbelegung“ ist eines der Schlagwörter, die von den bürgerlichen Politikern im Munde geführt werden, wenn sie auf die Wohnungsnot in den Großstädten angesprochen werden. In einem Artikel für die Allgemeine Bauzeitung schreibt der Hamburger Bausenator Volker Lange, daß es in Hamburg rund 50000 Wohnungssuchende gibt, die Anspruch auf eine Sozialwohnung haben. Die Zahl der Fehlbeleger soll sich zwischen 40000 – 80000 Familien bewegen, rein mathematisch also überhaupt kein Problem. Als Fehlbeleger gilt, wer die Einkommensgrenze überschreitet, die im § 25 des Wohnungsbaugesetzes von April 1977 festgelegt ist. Darin heißt es: ,,(...) Die Einkommensgrenze beträgt 18000 Deutsche Mark zuzüglich 9000 Deutsche Mark für den zweiten und weitere 4200 Deutsche Mark für jeden weiteren zur Familie des Wohnungssuchenden rechnenden Angehörigen. (...)“

Es gilt immer das Gesamteinkommen der Familie, steuerfreie Einnahmen werden nicht mit angerechnet. Diese Einkommensgrenzen dürfen nicht überschritten werden, um eine Bescheinigung, die nach § 5 (Wohnungsbindungsgesetz) zum Einzug in eine ,,öffentlich geförderte“ Wohnung berechtigt, erhalten zu können. Nach den 1977 festgelegten Grenzen darf das Gesamteinkommen einer 4-köpfigen Familie 35400 DM nicht überschreiten, um in den Genuß eines § 5-Scheines zu gelangen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes betrug der durchschnittliche Bruttostundenverdienst im Juli 1980 bei den Industriearbeitern 14,35 DM. Daraus ergibt sich ein Jahreseinkommen von knapp 30000 DM, zählt man Urlaubs- und Weihnachtsgeld dazu, dann fehlt nicht mehr viel, und die 4-köpfige Familie zählt zu den Fehlbelegern, die Frau darf dann sowieso nicht mitarbeiten.

Der Hamburger Senat hat am 14. Oktober ein Programm für drasfische Mieterhöhungen beschlossen. Besonders betroffen sind Sozialwohnungen, die in den 60er und 70er Jahren gebaut wurden, weil es hier angeblich erhebliche Mietdifferenzen von bis zu 2,- DM pro m² bei gleich ausgestatteter Wohnung geben soll. Um diese Mietungerechtigkeiten auszugleichen, sollen Mietobergrenzen eingeführt werden und zwar für Wohnungen Baujahr:

1960-64 mit Hzg. o. Bad	5,50 DM/m²
1960-64 mit Hzg. u. Bad	6,10 DM/m²
1965-70 mit Hzg. u. Bad	6,50 DM/m²
ab 1.7.70 Hzg. u. Bad	6,90 DM/m²

Zynisch stellt Bausenator Lange auf der Landespressekonferenz fest: ,,Sozialmieter, die bereits heute eine relativ hohe Miete zahlen, bedeutet dies eine bisher nicht gegebene Sicherheit, daß ihre Mietbelastung mittelfristig unverändert bleibt.“ Eine weiter Maßnahme sind Zinserhöhungen für Baudarlehen, die auf die Miete umgelegt werden können. Bei geringem Einkommen sollen diese Erhöhungen durch erhöhtes Wohngeld aufgefangen werden, bei den übrigen wird die Miete bis zu 0,40 DM/m² steigen.

Wirtschaftliche und politische Lage zu Beginn der Tarifbewegung '81

Die Kapitalistenklasse versucht die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung zu nutzen, um die Stellung der Arbeiterklasse und der lohnabhängigen Massen gegenüber dem Kapital qualitativ zu verschlechtern. Das Ziel ist, durch die weitere Erhöhung der Ausbeutungsrate (Mehrwertrate, m:v) die Mehrwertmasse (m = p + z + r = industrieller Profit + Zins + Rente) und damit die Profitrate (m:c + v = Mehrwert:vorgeschossenes Kapital) zu steigern. Um dieses Ziel zu erreichen, muß die Kapitalistenklasse die Wirkung der industriellen Reservearmee voll zur Geltung bringen, die Produktivität und Intensität der Arbeit steigern, die Bruttolohn- und Gehaltssumme als Indikator der gesamten Lohn- und Gehaltskosten (Lohn- und Gehaltssumme plus Lohnnebenkosten = Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit) real (relativ und absolut) senken und einen wachsenden Teil der Bruttolohn- und Gehaltssumme wie der Lohnnebenkosten in ihre Hände als Kapital zurückbekommen. Diese Bemühungen der Kapitalisten beinhalten eine Steigerung des Verschleißes der Arbeitskraft bei Verschlechterung der gesellschaftlichen und individuellen Reproduktion der lohnabhängigen Massen (Senkung des tatsächlich durch die Lohnabhängigen verbrauchten Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit und Senkung der Nettolohn- und Gehaltssumme). Um ihr Ziel zu erreichen, greift die Kapitalistenklasse sowohl auf der Ebene der gesetzlichen wie der tarifvertraglichen Bestimmungen an und muß auch auf beiden Ebenen angreifen, wenn sie ihr Ziel erreichen will. Auf Grund gesetzlicher Bestimmungen hat jeder Lohnabschluß zusätzliche Auswirkungen auf die Bezahlung der menschlichen Arbeitskraft und die Aufwendungen an variablem Kapital. Ohne Verschlechterung der gesetzlichen Bestimmungen über die Sozialversicherung etc. wird ein qualitativer Einbruch an der Lohnfront erschwert. Auf Grund dieser objektiven Bedingungen führen die Kapitalisten einen wirtschaftlichen und politischen Angriff und muß die Arbeiterbewegung eine wirtschaftliche und politische Verteidigung organisieren.

Die Angriffsziele der Kapitalisten sind abgesteckt

Unmittelbar nach den Bundestagswahlen steckten die Sprecher der Kapitalistenklasse die Ziele ihres Angriffes öffentlich ab.

Der Angriff gilt im einzelnen insbesondere:

– der Arbeitslosenversicherung, der Krankenversicherung, der Rentenversicherung, d.h. der Sozialversicherung insgesamt;

– der tariflichen Arbeitszeitbeschränkung, dem gesetzlichen Nachtarbeitsverbot für Frauen in der Industrie und der von den Gewerkschaften geforderten gesetzlichen Absicherung der tariflichen Arbeitszeitverkürzungen durch die AZO;

wenn sie ihr Ziel erreichen will. Auf Grund gesetzlicher Bestimmungen hat jeder Lohnabschluß zusätzliche Auswirkungen auf die Bezahlung der menschlichen Arbeitskraft und die Aufwendungen an variablem Kapital. Ohne Verschlechterung der gesetzlichen Bestimmungen über die Sozialversicherung etc. wird ein qualitativer Einbruch an der Lohnfront erschwert. Auf Grund dieser objektiven Bedingungen führen die Kapitalisten einen wirtschaftlichen und politischen Angriff und muß die Arbeiterbewegung eine wirtschaftliche und politische Verteidigung organisieren.

Die Angriffsziele der Kapitalisten sind abgesteckt

Unmittelbar nach den Bundestagswahlen steckten die Sprecher der Kapitalistenklasse die Ziele ihres Angriffes öffentlich ab.

Der Angriff gilt im einzelnen insbesondere:

– der Arbeitslosenversicherung, der Krankenversicherung, der Rentenversicherung, d.h. der Sozialversicherung insgesamt;

– der tariflichen Arbeitszeitbeschränkung, dem gesetzlichen Nachtarbeitsverbot für Frauen in der Industrie und der von den Gewerkschaften geforderten gesetzlichen Absicherung der tariflichen Arbeitszeitverkürzungen durch die AZO;

– der Struktur der Tariflöhne und Tarifgehälter, in der die tariflichen Mindestlöhne und -gehälter relativ gehoben worden sind;

– der Höhe der Tarif- und Effektivlöhne;

– den Ausgabeposten des Staatshaushaltes, die Bestandteil der gesellschaftlichen Reproduktionskosten der Arbeitskraft bilden.

Das öffentliche Signal für den Angriff auf die Stellung der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften gaben hauptsächlich die Reden der Sprecher der drei großen Kapitalistenverbände Rodenstock, Wolf und Esser. In der Lohnpolitik im engeren Sinne ging hauptsächlich Gesamtmetall mit seinen Sprechern Thiele (Vorsitzender), Knapp (Vorstandsmitglied, zuständig für Tarifpolitik) und Kirchner (Geschäftsführer) zum unmittelbaren Angriff über.

Den Hintergrund bildeten das Herbstgutachten der Wirtschaftsinstitute und Verlautbarungen der Bundesbank.

Die Vorgaben der Kapitalistenverbände gaben die Richtschnur ab für die Koalitionsvereinbarungen.

In der Lohnpolitik im engeren Sinn wird der Hauptstoß zunächst die IGM treffen, dann aber die ÖTV und die übrigen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. In Übereinstimmung mit der Strategie der allgemeinen Kapitalistenverbände fordert Gesamtmetall eine ,,radikale Neuorientierung der Lohnpolitik mit dem Ziel der Kostenstabilisierung". Die Lohnerhöhungen dürften sich nicht an den Preissteigerungen ausrichten, sondern ausschließlich an der Entwicklung der ,,Produktivität"(Nettoproduktionsergebnis geteilt durch Zahl der abhängig Beschäftigten). Inzwischen fordert Gesamtmetall direkt Abschlüsse zwischen 2,5 und 3 Prozent, wobei angedeutet wird, daß die ersten Angebote noch darunter liegen werden. Der Sachverständigenrat fordert dieses Jahr abermals ,,kostenneutrale Lohnabschlüsse".

Über die Stellung, die dem Öffentlichen Dienst bei der Lohnpolitik zugedacht ist, äußerten sich die Wirtschaftsinstitute gutachtlich: ,,Die Lohnpolitik sollte 1981 durch maßvolle Lohnabschlüsse zu einer baldigen Tendenzwende in der Beschäftigungsentwicklung beitragen und dafür sorgen, daß die Bedingungen für ein angemessenes Wirtschaftswachstum wieder verbessert werden.

Mit vorsichtigen Lohnabschlüssen würde der Tatsache Rechnung getragen, daß erhebliche Unsicherheit über die Stärke und die Dauer des Abschwungs besteht. In der Lohnrunde 1980 war auf die mit der zweiten Ölkrise verringerten Möglichkeiten der Realeinkommen nur zum Teil Rücksicht genommen worden, weil die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu günstig eingeschätzt worden waren. In den Tarifabschlüssen 1981 muß daher eine Veränderung zugunsten der Gewinne zugelassen werden, wenn bei den Investoren nicht der Eindruck entstehen soll, die 1980 eingetretene Verschlechterung der Ertragslage sei dauerhaft. Ein anhaltender Lohnkostendruck würde die Investitionsbereitschaft dämpfen, das Wachstum verringern und den Spielraum für künftige Realeinkommenssteigerungen beschneiden; auch würde es schwieriger, die geburtenstarken Jahrgänge in den Arbeitsprozeß zu integrieren.

Der Staat könnte eine solche Politik durch die Ankündigung einer zurückhaltenden Lohnpolitik für den öffentlichen Bereich fördern. Lohnzurückhaltung sollte freilich nicht dazu führen, daß die ohnehin geringe Flexibilität der Gehaltsstruktur weiter eingeengt wird. Mit einer solchen Politik würde der Staat auch die Glaubwürdigkeit der Ankündigung erhöhen, das ,strukturelle' Defizit zu vermindern."

Im Kampf gegen die Forderungen der Postgewerkschaft für Verbesserungen der Lage der Schichtarbeiter nimmt die Regierung die ihr zugewiesene Schlüsselrolle bereits wahr. Schon im letzten Jahr waren die Prozentabschlüsse im Öffentlichen Dienst niedriger als in der Metallindustrie. Die ,,Flexibilität" der Gehaltsstruktur zu erhöhen, d.h. die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen relativ hinabzudrücken, ist das offen ausgesprochene Ziel Innenminister Baums. Die Mahnung der Institute wird befolgt werden.

winne zugelassen werden, wenn bei den Investoren nicht der Eindruck entstehen soll, die 1980 eingetretene Verschlechterung der Ertragslage sei dauerhaft. Ein anhaltender Lohnkostendruck würde die Investitionsbereitschaft dämpfen, das Wachstum verringern und den Spielraum für künftige Realeinkommenssteigerungen beschneiden; auch würde es schwieriger, die geburtenstarken Jahrgänge in den Arbeitsprozeß zu integrieren.

Der Staat könnte eine solche Politik durch die Ankündigung einer zurückhaltenden Lohnpolitik für den öffentlichen Bereich fördern. Lohnzurückhaltung sollte freilich nicht dazu führen, daß die ohnehin geringe Flexibilität der Gehaltsstruktur weiter eingeengt wird. Mit einer solchen Politik würde der Staat auch die Glaubwürdigkeit der Ankündigung erhöhen, das ,strukturelle' Defizit zu vermindern."

Im Kampf gegen die Forderungen der Postgewerkschaft für Verbesserungen der Lage der Schichtarbeiter nimmt die Regierung die ihr zugewiesene Schlüsselrolle bereits wahr. Schon im letzten Jahr waren die Prozentabschlüsse im Öffentlichen Dienst niedriger als in der Metallindustrie. Die ,,Flexibilität" der Gehaltsstruktur zu erhöhen, d.h. die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen relativ hinabzudrücken, ist das offen ausgesprochene Ziel Innenminister Baums. Die Mahnung der Institute wird befolgt werden.
Obwohl die Institute mit ihrer Richtlinie von 4,5% für Tarifabschlüsse im Durchschnitt ,,eine Veränderung zugunsten der Gewinne" zugelassen wissen wollen, weist es Gesamtmetall weit von sich, daß selbst Lohnabschlüsse von 2,5 oder 3 Prozent eine solche ,,Veränderung" bringen würden. Tatsächlich brächten die angestrebten Lohnabschlüsse eine beträchtliche Steigerung der Mehrwert- wie der Profitrate.

Was sind die Bedingungen, unter denen die Kapitalisten eine einschneidende Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse und eine ,,radikale Umorientierung der Lohnpolitik" anstreben?

a) Seit der Krise von 1974/75 ist die Existenz einer industriellen Reservearmee offensichtlich. Trotz der Akkumulation des Kapitals wie auch der Ausdehnung der kapitalistischen Produktion ist die Existenz einer offenen industriellen Reservearmee in den letzten Jahren immer sichtbar geblieben. Die Ausdehnung der kapitalistischen Produktion hat die Ersetzung von lebendiger Arbeitskraft durch Maschinerie immer weniger kompensiert. Die Akkumulationsrate hat abgenommen, und die Akkumulation von Kapital hat sich von Investitionen zur Ausdehnung der Produktion auf gleichbleibender technischer Basis zugunsten von Investitionen, die menschliche Arbeitskraft ,freisetzen', verlagert. Die offene industrielle Reservearmee wird weiter wachsen auf Grund der jetzigen konjunkturellen Entwicklung. Die Ausdehnung der Produktion auf gleichbleibender technischer Basis geht weiter zurück, während die Investitionen zur Ersetzung von lebendiger Arbeitskraft durch Maschinerie anhalten. Die Kapitalistenklasse hat diese Lage bereits gehörig ausnutzen können, um die Ausbeutung in der Produktion zu steigern. Sie sieht jetzt die Gelegenheit gekommen, auch zum Angriff auf die Entwicklung der realen Reproduktionsbedingungen überzugehen, den die Gewerkschaften bisher auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung und der Errungenschaften auf gesetzlicher und tariflicher Ebene bisher weitgehend abwehren konnten. Die Existenz einer offenen industriellen Reservearmee soll jetzt wirtschaftlich und politisch für die Kapitalisten voll zum Tragen kommen.

b) Unter den Bedingungen einer erneuten weltweiten Überproduktionskrise und eines schrumpfenden Weltmarktes in den letzten Monaten streben die Kapitalisten eine Verbesserung ihrer Konkurrenzsituation gegenüber den Kapitalisten der anderen Länder unter Ausnutzung ihrer gestärkten Konkurrenzsituation gegenüber den Arbeitern an. Sie wollen den Anteil des variablen Kapitals, der Lohnkosten, am Preis ihrer Waren senken, um die Profitrate gegenüber ihren Konkurrenten zu erhöhen, d.h. einen Extraprofit zu machen oder bei gleichbleibender Profitrate die Preise ihrer Waren zu senken, um die Konkurrenten zu unterbieten und ihnen Märkte abzujagen. Größere Profitraten bei niedrigeren Preisen wäre das Optimum, das die Kapitalisten mit ihrer Lohnpolitik anstreben. Daher ihr Interesse an der Entwicklung der ,,Lohnstückkosten", die für die ganze Gesellschaft aus dem Verhältnis von Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zum realen Bruttosozialprodukt errechnet werden. Die Lohnstückkosten drücken also die Lohnkosten aus, die bei der Produktion einer bestimmten Menge Gebrauchswerten oder Diensten im jeweiligen Land anfallen. Mit Wert und Preis der Waren haben die Lohnstückkosten an sich nichts zu tun, da Wert und Preis einer Ware nicht durch die Lohnkosten, sondern durch die aufgewandte gesellschaftlich notwendige Arbeit bestimmt werden. Die Kapitalisten kalkulieren aber die Preise durch Aufschlag der Profitrate auf ihre Kostpreise, an denen die Lohnkosten einen Anteil bilden. Steigen ihre Lohnstückkosten, dann schwindet die Möglichkeit, Extraprofite zu machen, oder werden die Kapitalisten durch die Konkurrenz gar unter die bisherige Durchschnittsprofitrate gedrückt. Gerade weil die Preise nicht von den Lohnkosten abhängen und die Lohnkosten nur die Profitrate beeinflussen, können die Kapitalisten steigende Lohnkosten nicht beliebig in Preiserhöhungen weitergeben. Wollen sie ihre Profitrate halten oder erhöhen, und das wollen sie, dann müssen sie die Lohnstückkosten senken, und das gin-

nen Märkte abzujagen. Größere Profitraten bei niedrigeren Preisen wäre das Optimum, das die Kapitalisten mit ihrer Lohnpolitik anstreben. Daher ihr Interesse an der Entwicklung der ,,Lohnstückkosten", die für die ganze Gesellschaft aus dem Verhältnis von Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zum realen Bruttosozialprodukt errechnet werden. Die Lohnstückkosten drücken also die Lohnkosten aus, die bei der Produktion einer bestimmten Menge Gebrauchswerten oder Diensten im jeweiligen Land anfallen. Mit Wert und Preis der Waren haben die Lohnstückkosten an sich nichts zu tun, da Wert und Preis einer Ware nicht durch die Lohnkosten, sondern durch die aufgewandte gesellschaftlich notwendige Arbeit bestimmt werden. Die Kapitalisten kalkulieren aber die Preise durch Aufschlag der Profitrate auf ihre Kostpreise, an denen die Lohnkosten einen Anteil bilden. Steigen ihre Lohnstückkosten, dann schwindet die Möglichkeit, Extraprofite zu machen, oder werden die Kapitalisten durch die Konkurrenz gar unter die bisherige Durchschnittsprofitrate gedrückt. Gerade weil die Preise nicht von den Lohnkosten abhängen und die Lohnkosten nur die Profitrate beeinflussen, können die Kapitalisten steigende Lohnkosten nicht beliebig in Preiserhöhungen weitergeben. Wollen sie ihre Profitrate halten oder erhöhen, und das wollen sie, dann müssen sie die Lohnstückkosten senken, und das gin-
ge ohne zusätzliche Investitionen zur Steigerung der Produktivkraft durch Senkung der Löhne ganz einfach. Den Arbeitern soll das durch die Theorie von der Lohn-Preis-Spirale nahegebracht werden, die sich gerade durch die Konkurrenz auf dem Weltmarkt als reines Märchen herausstellt. Es geht bei den Lohnstückkosten ausschließlich um die Profite, die in den Preisen realisiert werden können. Aber auf die Profite kommt es den Kapitalisten ja auch an. In den letzten Jahren konnten die westdeutschen Kapitalisten in der Entwicklung der Lohnstückkosten auf Grund der Entwicklung der Produktivität und Intensität der Arbeit gegenüber ihren Konkurrenten in der EG ihre Stellung laufend verbessern:

Entwicklung Lohnstückkosten
Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	1978	1979	1980
in Landeswährung			
BRD	3,3	2,6	5,0
EG	7,3	7,9	11,0
in Sonderziehungsrechten			
BRD	11,3	8,5	6,0
EG	11,3	12,2	12,5

Etwas anders sieht aber die Entwicklung gegenüber den USA und insbesondere gegenüber Japan aus:

	1978	1979	1980
in Landeswährung			
USA	8,0	9,2	10,0
Japan	1,3	2,5	4,5
in Sonderziehungsrechten			
USA	0,7	5,5	9,5
Japan	20,5	– 4,0	– 2,0

Durch den Ausdruck der Entwicklung der Lohnstückkosten in Sonderziehungsrechten, einer internationalen Verrechnungseinheit, wird diese Entwicklung vergleichbar, wie die Waren auf dem Weltmarkt auch real in Konkurrenz treten, ohne daß im Austausch auf einheimische Inflationsraten oder internationale Währungsverhältnisse verwiesen werden könnte. Es zählt die aufgewandte durchschnittlich notwendige Arbeitszeit. Sinken die Preise der Arbeitskraft, die in die Preise der Waren eingehen, steigen die Profite während die Preise der Waren selber davon ganz unberührt bleiben. Das gleiche gilt auch im umgekehrten Fall. Entwickeln sich die Lohnstückkosten in verschiedenen Ländern unterschiedlich, dann führt dies über den Weltmarkt auch zu einer unterschiedlichen Entwicklung der Mehrwert- und Profitraten, die in den Preisen der Waren realisiert werden können. In der EG stehen die westdeutschen Kapitalisten in jeder Hinsicht gut da, absehbar auch bald wieder gegenüber den USA. Aber die japanische Konkurrenz stört sie empfindlich und versetzt sie in schäumende Wut über die westdeutsche Arbeiterbewegung als Schranke für weitere Verschärfung der Ausbeutung. Im Zusammenhang mit dieser Verschlechterung der Konkurrenzsituation, wie sie sich kapitalistisch verkehrt in den ,,Lohnstückkosten" ausdrückt, hat sich das Außenhandelsdefizit gegenüber Japan vergrößert und ist der westdeutsche Kapitalismus gegenüber den USA in ein Außenhandelsdefizit geraten, was neben anderen Faktoren die negative Entwicklung der westdeutschen Leistungsbilanz und damit die Entwicklung des DM-Kurses beeinflußt. Diese Verschlechterung der Konkurrenzsituation gegenüber den USA und Japan macht sich natürlich auch auf dritten Märkten bemerkbar und beeinflußt auf diesem Weg ebenfalls die westdeutsche Außenhandels- und Leistungsbilanz. Die Konkurrenzsituation auf dem Weltmarkt wird sich mit der Entwicklung der Überproduktionskrise und bei allgemeiner Existenz einer wachsenden industriellen Reservearmee weiter verschärfen auf Kosten der Arbeiterklasse. Für 1980 wird eine Arbeitslosigkeit von 16,4 Mio. in allen westlichen kapitalistischen Industrieländern geschätzt. Dabei hat sich das Arbeitslosenheer vor allem in der EG seit der Krise von 1974/75 ständig vergrößert über 4,6 Mio. 1975 auf 6,5 Mio. 1980. Die wirtschaftliche Lage erleichtert den Angriff der Kapitalisten. Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt treibt sie, die Lage brutal zu nutzen.

c) Bisher konnten die Kapitalisten die Existenz einer offenen industriellen Reservearmee zur Verwirklichung ihrer Ziele zwar nutzen, aber noch keinen qualitativen Einbruch in die Repro-

sie sich kapitalistisch verkehrt in den ,,Lohnstückkosten" ausdrückt, hat sich das Außenhandelsdefizit gegenüber Japan vergrößert und ist der westdeutsche Kapitalismus gegenüber den USA in ein Außenhandelsdefizit geraten, was neben anderen Faktoren die negative Entwicklung der westdeutschen Leistungsbilanz und damit die Entwicklung des DM-Kurses beeinflußt. Diese Verschlechterung der Konkurrenzsituation gegenüber den USA und Japan macht sich natürlich auch auf dritten Märkten bemerkbar und beeinflußt auf diesem Weg ebenfalls die westdeutsche Außenhandels- und Leistungsbilanz. Die Konkurrenzsituation auf dem Weltmarkt wird sich mit der Entwicklung der Überproduktionskrise und bei allgemeiner Existenz einer wachsenden industriellen Reservearmee weiter verschärfen auf Kosten der Arbeiterklasse. Für 1980 wird eine Arbeitslosigkeit von 16,4 Mio. in allen westlichen kapitalistischen Industrieländern geschätzt. Dabei hat sich das Arbeitslosenheer vor allem in der EG seit der Krise von 1974/75 ständig vergrößert über 4,6 Mio. 1975 auf 6,5 Mio. 1980. Die wirtschaftliche Lage erleichtert den Angriff der Kapitalisten. Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt treibt sie, die Lage brutal zu nutzen.

c) Bisher konnten die Kapitalisten die Existenz einer offenen industriellen Reservearmee zur Verwirklichung ihrer Ziele zwar nutzen, aber noch keinen qualitativen Einbruch in die Repro-
duktionsbedingungen der lohnabhängigen Massen erzielen. Die Arbeiterbewegung hat die Einheitsgewerkschaften genutzt, um unter Ausnutzung der Widersprüche im Lager der Kapitalisten den Kampf zu führen und zu verhindern, daß die Kapitalisten unter Ausnutzung der industriellen Reservearmee und der Konkurrenz unter den Arbeitern die Widersprüche unter den Arbeitern hervortreiben und für die ungehinderte Verschärfung der Ausbeutung nutzen konnten. Auch jetzt können die Gewerkschaften als Kampfinstrument der Arbeiterbewegung gute Dienste tun, wenn sie die Widersprüche unter den Kapitalisten nutzen und verhindern, daß sich die objektiven Bedingungen für Widersprüche unter den Lohnabhängigen allzusehr verschlechtern und die unvermeidlich vorhandenen Widersprüche die Einheit der Gewerkschaftsbewegung gefährden. Dies setzt voraus, daß die Gewerkschaften den wirtschaftlichen und politischen Kampf miteinander verbinden und die Einheit der Arbeiterbewegung immer bewußter auf dem Boden des Klassenkampfes suchen. Dies schließt insbesondere auch die Organisierung der industriellen Reservearmee ein. Jede einseitige Ausrichtung auf bloße lineare Lohnerhöhungen wird Einbrüche an anderen Punkten erleichtern und die Lohnbedingungen selber verschlechtern. Jede Form der Klassenzusammenarbeit wird auch in den Lohnfragen zu Zugeständnissen führen, die nicht durch die Kräfteverhältnisse, sondern durch Furcht vor der Klassenauseinandersetzung bedingt sein werden.

d) Die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage und dementsprechend auch die Situation auf dem Arbeitsmarkt, die wichtige Bedingungen für die Entwicklung der Kräfteverhältnisse zwischen Arbeitern und Kapitalisten im wirtschaftlichen Kampf darstellen, ist nach wie vor unterschiedlich und widersprüchlich. Dies gilt für die Verhältnisse zwischen den einzelnen Industriezweigen, aber auch für die Verhältnisse in den einzelnen Industriezweigen. Gegenwärtig macht sich die konjunkturelle Abwärtsbewegung vor allem in der chemischen Industrie und in Teilen der Metallindustrie bemerkbar. Insgesamt macht sie sich vor allem in den Industriezweigen oder Teilen von Industriezweigen bemerkbar, die direkt für den Verbrauch produzieren. Da die Ausrüstungsinvestitionen, insbesondere die Investitionen zur Senkung der Lohnkosten und der Energiekosten weiter anhalten, entwickelt sich die Produktion in den Investitionsgüterindustrien weiterhin positiv. Diese unterschiedliche Entwicklung macht sich bis hinein in die Fahrzeugindustrie bemerkbar, wo der Rückgang der Produktion bisher allein auf den Rückgang der Nachfrage des privaten Verbrauchs zurückgeht, während die Produktion von Nutzfahrzeugen noch steigt.

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes 1980
Veränderungen gegenüber Vorjahr in %

	Mai	Juni	Juli	Aug.
Investitionsgüter insg. ..	8,5	1,3	1,9	10,8
Verbrauchsgüter insg. ..	– 3,6	– 5,4	– 5,8	– 3,5
Straßenfahrz. soweit Investitionsgüter	5,1	1,5	0,8	3,7
Straßenfahrz. soweit Verbrauchsgüter ..	– 15,9	– 15,5	– 13,9	– 16,8

Diese Widersprüche in der wirtschaftlichen Entwicklung werden durch die Gewerkschaften genutzt werden können, wenn sie sie als Vorteile begreifen, statt sich durch negative Entwicklungen in bestimmten Industriezweigen oder Teilen von Industriezweigen schrecken zu lassen. Solche Schrecktendenzen bei gleichzeitigem Streben nach Interessenausgleich sind allerdings in den Verlautbarungen nach der Klausurtagung in Bochum auf seiten des Vorstandes der IGM bereits sichtbar geworden. Die Kapitalistenklasse hat sie sofort registriert, und ihre Sprecher haben sie genüßlich öffentlich breitgetreten.

Reaktion der Gewerkschaften

Der Vorstand der IGM stellt fest, daß sich die IGM bei der ,,Konkretisierung der Vorstellungen für die kommende Tarifbewegung wie bisher von den Interessen ihrer Mitglieder und von den beschäftigungspolitischen Notwendigkeiten im Zeichen unübersehbarer Nachfrageschwächen" leiten lassen wird. Zur Einschätzung der Situation heißt es:

,,Von der Krisenperiode 1974/75 unterscheidet sich die heutige Ausgangs-

soweit Investitionsgüter 5,1 1,5 0,8 3,7
Straßenfahrz. soweit Verbrauchsgüter .. – 15,9 – 15,5 – 13,9 – 16,8

Diese Widersprüche in der wirtschaftlichen Entwicklung werden durch die Gewerkschaften genutzt werden können, wenn sie sie als Vorteile begreifen, statt sich durch negative Entwicklungen in bestimmten Industriezweigen oder Teilen von Industriezweigen schrecken zu lassen. Solche Schrecktendenzen bei gleichzeitigem Streben nach Interessenausgleich sind allerdings in den Verlautbarungen nach der Klausurtagung in Bochum auf seiten des Vorstandes der IGM bereits sichtbar geworden. Die Kapitalistenklasse hat sie sofort registriert, und ihre Sprecher haben sie genüßlich öffentlich breitgetreten.

Reaktion der Gewerkschaften

Der Vorstand der IGM stellt fest, daß sich die IGM bei der ,,Konkretisierung der Vorstellungen für die kommende Tarifbewegung wie bisher von den Interessen ihrer Mitglieder und von den beschäftigungspolitischen Notwendigkeiten im Zeichen unübersehbarer Nachfrageschwächen" leiten lassen wird. Zur Einschätzung der Situation heißt es:

,,Von der Krisenperiode 1974/75 un-
terscheidet sich die heutige Ausgangslage in doppelter Hinsicht. Auf der einen Seite ist der gegenwärtige Stand der Arbeitslosigkeit zumal in Westeuropa ungleich größer als vor der damaligen Weltrezession. Auf der anderen Seite wird – was Intensität und Dauer des Rückschlags angeht – bislang nirgends mit einer Weltwirtschaftskrise wie 1974/75 gerechnet."

Die ,,produktivitätsorientierte Lohnpolitik" der Kapitalistenverbände und Gesamtmetalls ,,hält der Vorstand der IG Metall für sozial unverantwortlich, wirtschaftlich unsinnig und beschäftigungspolitisch gefährlich". Zu den Zielen des Tarifkampfes äußert sich der Vorstand der IGM unterschiedlich für die Stahl- und die Metallindustrie:

,,Es wird in der Stahlindustrie das tarifpolitische Ziel der IG Metall sein, eine Minderung der Realeinkommen zu verhindern. Es wird darüberhinaus darum gehen, die Differenz zwischen den Tariflöhnen in der Eisen- und Stahlindustrie und in der übrigen Metallwirtschaft nicht größer werden zu lassen."

Allgemein, speziell aber auf die Metallindustrie gemünzt, stellt der Vorstand der IGM fest:

,,Auf dem Hintergrund der zu erwartenden wirtschaftlichen Entwicklung wird nach dem jetzigen Diskussionsstand Lohn und Gehalt bei der nächsten Tarifbewegung im Vordergrund stehen. Für die IG Metall ist es nach wie vor erklärtes Ziel, im Interesse der Arbeitnehmer die Sicherung und Verbesserung der Realeinkommen durchzusetzen. Unabhängig davon werden in verschiedenen Bezirken der IG Metall die seit Jahren geführten Verhandlungen über gemeinsame

Manteltarifverträge für Arbeiter und Angestellte mit Nachdruck vorangetrieben. Auch und gerade im Zeichen verengter Wachstumsspielräume und verstärkter struktureller Beschäftigungsrisiken werden tarifpolitische Aktivitäten zur Sicherung von Qualifikation und sozialem Besitzstand Vorstöße auf dem Feld der Entgeltdifferenzierung und der Arbeitszeitverkürzung auf mittlere Sicht an Bedeutung und Dringlichkeit keineswegs verlieren, sondern gewinnen."

Das hört sich so an, als würde in der Metallindustrie ein Abschluß etwas über der erwarteten Inflationsrate angestrebt und die Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen durch Mindestforderungen oder Sockelbeträge auf andere Verhandlungen verschoben und als würde für die Stahlindustrie ein Abschluß eher unter als über der Inflationsrate ins Auge gefaßt, der zum Teil die Form einer kostenneutralen Vorweganhebung annehmen könnte. Die Stahlkapitalisten haben bekanntlich eine halbjährige ,,Lohnpause" gefordert, während Gesamtmetall bisher sagt, sie denke nicht an eine ,,Nullrunde".

Bezüglich der zu erwartenden Inflationsrate sieht das Vorstandspapier der IG Metall zwei Möglichkeiten je nach Preispolitik der OPEC und Ölkonzerne. Bei ,,gemäßigter Preispolitik der OPEC und Ölkonzerne" wird mit einiger Skepsis die Prognose der Wirtschaftsinstitute von 4% geteilt. Für den anderen Fall müsse man mit einer Verteuerung der Lebenshaltungskosten von 4,5% bis 5,5% rechnen. Für die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsrate wird die Prognose der Wirtschaftsinstitute von 2,5% angeführt.

Das sind die Eckdaten, die der IGM Vorstand der Forderungsdiskussion in der Mitgliedschaft vorgegeben hat. Ohne viel Scharfsinn kann man herauslesen, daß der Vorstand der IG Metall eine Forderung in Höhe von 8% gern sehen und einen Abschluß von an die 5% für die Metallindustrie akzeptieren würde, wobei in der Stahlindustrie ein Teil dieser Erhöhung in einer kostenneutralen Vorweganhebung bestehen könnte.

Horst Knapp hat die Ergebnisse der Bochumer Klausurtagung nach einer negativen und nach einer positiven Seite hin gewürdigt. Negativ sei, daß der IGM-Vorstand die ,,produktivitätsorientierte Lohnpolitik" apodiktisch ablehne: ,,Allerdings ist das bei der IG Metall erkennbare Prinzip einer Sicherung der realen Lohneinkommen ein nicht ungeeigneter Ausgangspunkt dafür, eine im ganzen in der Lohnrunde 1981 doch verantwortbare Kompromißlinie zu finden. Insofern sehe ich also die Ausgangssituation nicht hoffnungslos, zumal die preisdämpfende Wirkung einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik ihrerseits zu einer Sicherung der Realeinkommen – allerdings auf kostensparendem Niveau – führt."

Verteuerung der Lebenshaltungskosten von 4,5% bis 5,5% rechnen. Für die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsrate wird die Prognose der Wirtschaftsinstitute von 2,5% angeführt.

Das sind die Eckdaten, die der IGM Vorstand der Forderungsdiskussion in der Mitgliedschaft vorgegeben hat. Ohne viel Scharfsinn kann man herauslesen, daß der Vorstand der IG Metall eine Forderung in Höhe von 8% gern sehen und einen Abschluß von an die 5% für die Metallindustrie akzeptieren würde, wobei in der Stahlindustrie ein Teil dieser Erhöhung in einer kostenneutralen Vorweganhebung bestehen könnte.

Horst Knapp hat die Ergebnisse der Bochumer Klausurtagung nach einer negativen und nach einer positiven Seite hin gewürdigt. Negativ sei, daß der IGM-Vorstand die ,,produktivitätsorientierte Lohnpolitik" apodiktisch ablehne: ,,Allerdings ist das bei der IG Metall erkennbare Prinzip einer Sicherung der realen Lohneinkommen ein nicht ungeeigneter Ausgangspunkt dafür, eine im ganzen in der Lohnrunde 1981 doch verantwortbare Kompromißlinie zu finden. Insofern sehe ich also die Ausgangssituation nicht hoffnungslos, zumal die preisdämpfende Wirkung einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik ihrerseits zu einer Sicherung der Realeinkommen – allerdings auf kostensparendem Niveau – führt."

Offensichtlich sei die Strategie einer aktiven Lohnpolitik wie auch die Kaufkrafttheorie des Lohnes von der IG Metall aufgegeben worden. Wenigstens habe der Vorstand der IG Metall von diesen Argumenten in der jetzigen ökonomischen Situation keinen Gebrauch gemacht. Das sehe er als Fortschritt an.

Knapp stellt also die Sache so dar, daß es eine Übereinstimmung im Ziel der Reallohnsicherung gebe und nur eine Auseinandersetzung über den Weg, auf dem diese erreicht werden könne. In der Tat wäre ein ,,Mittelweg" das Beste, was die Kapitalisten im jetzt beginnenden Tarifkampf erreichen könnten, d.h. eine nominelle Lohnerhöhung zwischen 3 und 4%. Einen solchen Lohnabschluß werden die Metallkapitalisten mit aller Macht durchsetzen wollen.

Unsere Aufgaben

Bekanntlich haben wir nicht die Aufgabe, die Tarifforderung der Gewerkschaften aufzustellen oder zu versuchen, die einzig richtige Forderung durchzusetzen. Unsere Aufgabe ist, die objektiven Tendenzen der Bewegung des Kapitalismus und der Arbeiterklasse zu erkennen, das Element der Bewußtheit in der Arbeiterbewegung zu fördern, indem wir die Kritik der kapitalistischen Produktionsweise entfalten und unter den Auffassungen in der Arbeiterklasse sorgfältig zwischen richtig und falsch unterscheiden und die Arbeiter befähigen, die Gesamtbewegung zu begreifen und entsprechend ihren Interessen möglichst erfolgreich zu handeln. Unsere Aufgaben sind im Programm des KBW beschrieben. Sie stellen sich im Tarifkampf nicht anders als in anderen Kämpfen der Arbeiterbewegung:

,,Die Kommunisten haben keine von den Interessen des gesamten Proletariats getrennten Interessen. Auf der Grundlage ihrer Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung sind sie bestrebt, die Alltagskämpfe der Arbeiter mit dem Kampf um das Endziel zu verbinden und den ökonomischen mit dem politischen Kampf zum einheitlichen Klassenkampf zusammenzufassen. Dabei stützen sie sich in jedem Schritt ihres Handelns auf die Erfahrung der Massen selbst."

Wir schränken unser Verständnis des wirtschaftlichen Kampfes dabei nicht auf eine Seite dieses Kampfes, den Lohnkampf, ein, und wir schränken unser Verständnis des politischen Kampfes nicht auf die Seite des politischen Kampfes ein, die unmittelbar aus dem wirtschaftlichen Kampf entspringt. Wir sind uns bewußt, daß wir die Alltagskämpfe der Arbeiter nur dann mit dem Kampf um das Endziel der Arbeiterklasse verbinden können, wenn wir in den Alltagskämpfen nachweisen können, daß diese aus den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus entspringen, die nur durch die proletarische Revolution und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel außer Kraft gesetzt werden können, indem die Arbeiterklasse mit dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln sich die Verfügung und Kontrolle über die gesellschaftliche Produktion verschafft und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt.

Um die gegenwärtigen Kämpfe für das Herankommen an die Revolution zu nutzen, ist die revolutionäre Propaganda das Entscheidende, eine Propaganda, die sich auf die Analyse der tatsächlichen Verhältnisse und ihre Entwicklung stützt. Illusionär dagegen wäre die Vorstellung, wir könnten durch unsere Agitation diese Kämpfe entscheiden oder gar direkt ihre operative Leitung übernehmen. Genausowenig wie trotz der Größe und Stärke der Sozialdemokratie der Parteivorstand der SPD die operative Leitung der Gewerkschaftsbewegung wahrnehmen kann, kann das Zentrale Komitee des KBW eine solche operative Leitung der gewerkschaftlichen Kämpfe der Arbeiterbewegung anstreben. Letzteres gilt nicht bloß heute in einer Situation der Schwäche der Kommunisten. Wenn das innerhalb des KBW eine Zeitlang anders gesehen wurde, war es nicht nur illusionär, sondern vom Ansatz her verfehlt. Wir wirken innerhalb der Gewerkschaftsbewegung und den Gewerkschaften und nicht gegenüber den Gewerkschaften. Nur so können Kommunisten die Aufgaben eines Kampfstabes und Kaders der Arbeiterklasse wahrnehmen. Das setzt ihre selbständige Organisation voraus, aber innerhalb der Arbeiterbewegung als deren Kern und nicht gegenüber der Arbeiterbewegung als deren Vorbild.

Welches taktische Ziel stellt sich der Arbeiterbewegung in der jetzigen Tarifbewegung? Ist das taktische Ziel mit

Um die gegenwärtigen Kämpfe für das Herankommen an die Revolution zu nutzen, ist die revolutionäre Propaganda das Entscheidende, eine Propaganda, die sich auf die Analyse der tatsächlichen Verhältnisse und ihre Entwicklung stützt. Illusionär dagegen wäre die Vorstellung, wir könnten durch unsere Agitation diese Kämpfe entscheiden oder gar direkt ihre operative Leitung übernehmen. Genausowenig wie trotz der Größe und Stärke der Sozialdemokratie der Parteivorstand der SPD die operative Leitung der Gewerkschaftsbewegung wahrnehmen kann, kann das Zentrale Komitee des KBW eine solche operative Leitung der gewerkschaftlichen Kämpfe der Arbeiterbewegung anstreben. Letzteres gilt nicht bloß heute in einer Situation der Schwäche der Kommunisten. Wenn das innerhalb des KBW eine Zeitlang anders gesehen wurde, war es nicht nur illusionär, sondern vom Ansatz her verfehlt. Wir wirken innerhalb der Gewerkschaftsbewegung und den Gewerkschaften und nicht gegenüber den Gewerkschaften. Nur so können Kommunisten die Aufgaben eines Kampfstabes und Kaders der Arbeiterklasse wahrnehmen. Das setzt ihre selbständige Organisation voraus, aber innerhalb der Arbeiterbewegung als deren Kern und nicht gegenüber der Arbeiterbewegung als deren Vorbild.

Welches taktische Ziel stellt sich der Arbeiterbewegung in der jetzigen Tarifbewegung? Ist das taktische Ziel mit
Sicherung und Verbesserung des Reallohns hinreichend gefaßt? Diese Frage müssen wir in der Arbeiterbewegung aufwerfen. Dabei wird unter Reallohn der Umfang der Gebrauchswerte verstanden, den sich die Arbeiter durch Verausgabung des Nettolohns aneignen können. Mit der Forderung nach Sicherung und Verbesserung des Reallohns ist das taktische Ziel der kommenden Tarifkämpfe nicht hinreichend gefaßt. Das taktische Ziel dieser Tarifkämpfe ist, den Wert der Ware Arbeitskraft und ihren Preis zu verteidigen. Wir können davon ausgehen, daß sich im Durchschnitt der letzten Jahre der Wert der Ware Arbeitskraft als gesellschaftliche Größe herausgebildet hat und daß er mit dem in der Hand der lohnabhängigen Massen verbleibenden ,,Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit", dem gesellschaftlichen Lohnfonds, im großen und ganzen auch bezahlt worden ist. Der Wert der Ware Arbeitskraft wird eben nicht durch die Kosten einer wünschbaren oder optimalen Reproduktion der lohnabhängigen Massen bestimmt, sondern durch die Kosten der Reproduktion der lohnabhängigen Massen, wie sie sich über einen längeren Zeitraum von Jahren als gesellschaftlich durchschnittlich herausbilden. Offensichtlich zieht der Wert der Ware Arbeitskraft der Reproduktion der lohnabhängigen Massen Schranken und erlaubt den lohnabhängigen Massen keine Entwicklung ihrer Möglichkeiten als allseitig bildungsfähigen menschlichen Individuen. Gerade deshalb hat die Arbeiterklasse grundsätzlich ein Interesse an Revolution, auch wenn der Wert der Arbeitskraft ein relativ hohes Niveau haben und bezahlt werden sollte. Die Bezahlung nach dem Wert der Arbeitskraft ermöglicht den lohnabhängigen Massen eben auch im besten Fall nicht mehr als die Reproduktion als bloße Arbeitskraft. Die Klasse, die nur als bloße Arbeitskraft gilt, steht gerade deshalb in antagonistischem Gegensatz zum Kapital, das sie auf bloße Arbeitskraft, auf einen bloßen, allerdings lebendigen Bestandteil des Kapitals reduziert. Wenn wir also davon ausgehen, daß im Durchschnitt der letzten Jahre der Wert der Ware Arbeitskraft im großen und ganzen bezahlt worden ist, dann gehen wir einfach von der Tatsache aus, daß der Wert der Ware Arbeitskraft nur Ausdruck der Kosten einer Reproduktion der lohnabhängigen Massen ist, wie sie sich tatsächlich im Verlauf einer Reihe von Jahren gesellschaftlich herausgebildet hat. Jede andere Annahme hätte ihre Wurzel nicht in den wirklichen Verhältnissen, sondern in idealistischen und metaphysischen Vorstellungen, hätte also bloß Luftwurzeln und würde den wirklichen Kapitalismus am Ideal eines Kapitalismus messen, der aus irgendwelchen Gründen ,,natürlichen" Maßstäben der Reproduktion der Arbeiterklasse entsprechen würde und im Prinzip die Erfüllung der Bedürfnisse der arbeitenden Massen ermöglicht.

Wenn wir davon ausgehen, daß der Wert der Ware Arbeitskraft im Durchschnitt der letzten Jahre im großen und ganzen bezahlt worden ist, dann kann sich die Arbeiterbewegung zum gegenwärtigen Zeitpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung taktisch nicht die Erhöhung des Werts der Ware Arbeitskraft zum Ziel setzen oder die Durchsetzung einer vorübergehenden Bezahlung über Wert (mehr als vorübergehend ist sowieso nicht drin), sondern nur die Verteidigung des Werts der Arbeitskraft und seine Bezahlung.

Nur letzteres kann das taktische Ziel der kommenden Tarifbewegung sein. Dies Ziel beinhaltet jedoch bei wachsendem Verschleiß der Arbeitskraft, bei wachsenden Versicherungsausgaben für Alters- und Krankenversorgung, für Arbeitslosigkeit eine reale *Erhöhung* des Bruttolohns und des Nettolohns. Eine bloße Sicherung des Reallohns würde auf eine Bezahlung unter Wert und die Senkung des Werts der Arbeitskraft hinauslaufen. Unter diesen Bedingungen ist eine Lohnforderung von ca. 10% angemessen, und wir unterstützen die Kräfte in der Arbeiterbewegung, die eine Erhöhung des Bruttolohns von 10% als Forderung aufstellen und durchsetzen wollen. Das Volumen, um das die Lohn- und Gehaltssumme dabei steigen würde, wäre auf Grund des Rückgangs der Beschäftigung sowieso noch mal niedriger. Die Bestimmung des taktischen Ziels mit einer linearen Lohnforderung von 10% ist aber noch nicht ausreichend. Es ist eine Tatsache, daß gerade in der Krise die unterproportionale Entwicklung der Effektivlöhne der schlechtest bezahlten Arbeiter nur durch eine überproportionale Anhebung der unteren Tariflöhne verhindert werden kann.

Erhöhung des Werts der Ware Arbeitskraft zum Ziel setzen oder die Durchsetzung einer vorübergehenden Bezahlung über Wert (mehr als vorübergehend ist sowieso nicht drin), sondern nur die Verteidigung des Werts der Arbeitskraft und seine Bezahlung.

Nur letzteres kann das taktische Ziel der kommenden Tarifbewegung sein. Dies Ziel beinhaltet jedoch bei wachsendem Verschleiß der Arbeitskraft, bei wachsenden Versicherungsausgaben für Alters- und Krankenversorgung, für Arbeitslosigkeit eine reale *Erhöhung* des Bruttolohns und des Nettolohns. Eine bloße Sicherung des Reallohns würde auf eine Bezahlung unter Wert und die Senkung des Werts der Arbeitskraft hinauslaufen. Unter diesen Bedingungen ist eine Lohnforderung von ca. 10% angemessen, und wir unterstützen die Kräfte in der Arbeiterbewegung, die eine Erhöhung des Bruttolohns von 10% als Forderung aufstellen und durchsetzen wollen. Das Volumen, um das die Lohn- und Gehaltssumme dabei steigen würde, wäre auf Grund des Rückgangs der Beschäftigung sowieso noch mal niedriger. Die Bestimmung des taktischen Ziels mit einer linearen Lohnforderung von 10% ist aber noch nicht ausreichend. Es ist eine Tatsache, daß gerade in der Krise die unterproportionale Entwicklung der Effektivlöhne der schlechtest bezahlten Arbeiter nur durch eine überproportionale Anhebung der unteren Tariflöhne verhindert werden kann,
denn die Konkurrenzsituation in diesen Lohngruppen ist am schärfsten. Auf diese Löhne vor allem drückt die industrielle Reservearmee, die bloß als unqualifizierte Arbeitskraft beliebig eingesetzt werden kann. Der gelernte Bäcker tritt mit dem gelernten Friseur etc. in Konkurrenz um einen Arbeitsplatz als Bauhilfsarbeiter oder als Bandarbeiter, nicht aber um einen Arbeitsplatz als Zimmermann oder Maschinenschlosser. Es ist notwendig, die unteren Tariflöhne überproportional anzuheben, wenigstens bis zum Ecklohn, besser aber bis über den Ecklohn hinaus.

Nur auf diese Weise könnte der Wert der Ware Arbeitskraft und die Bezahlung nach Wert einigermaßen verteidigt werden, wie überhaupt auch nur so die Reallohnsicherung in den unteren Lohngruppen gewährleistet werden kann.

Das taktische Ziel der Verteidigung des Werts der Ware Arbeitskraft und der Bezahlung der Arbeitskraft zu ihrem Wert verlangt also einen Abschluß über der Inflationsrate, der für die unteren Lohngruppen eine überproportionale Erhöhung der Tariflöhne beinhaltet. Dieses taktische Ziel kann mit einer Forderung um die 10% einschließlich Mindestforderung am besten verfolgt werden. Dieses Ziel darf auch für die Industriezweige, in denen sich die Konjunktur besonders schlecht entwickelt, nicht aufgegeben werden. Unsere taktische Losung lautet also:

Verteidigung der Lebensbedingungen der lohnabhängigen Massen verlangt einen Abschluß über der Inflationsrate und eine überproportionale Anhebung der unteren Lohngruppen, auf deren Löhne die industrielle Reservearmee besonders und in Zukunft noch stärker drückt.

Bei der Einschätzung der Inflationsrate kann man sich nicht an irgendwelche Prognosen halten, sondern nur an die tatsächliche Entwicklung der Inflationsrate 1980 und an die Erfahrung, daß die Inflationsrate bisher in Krisen nicht zurückgegangen, sondern gestiegen ist.

Den Schwerpunkt der Propaganda für politische Forderungen sollten wir angesichts der Lage einerseits auf die Sozialversicherung und ihre Selbstverwaltung ausschließlich durch die Versicherten legen und andererseits auf die Arbeitszeitverkürzung in all ihren Komponenten, vor allem aber der Durchsetzung eines allseitig beschränkten Normalarbeitstages an 5 Werktagen. Ohne eine solche Beschränkung der Arbeitszeit wird es immer schwerer werden, den Wert der Ware Arbeitskraft zu verteidigen. Unter dem Druck der industriellen Reservearmee können die Kapitalisten wachsende Teile der Arbeiter zu Überarbeit zwingen, was wiederum in Richtung Senkung der Stundenlöhne wirkt und damit den Zwang zur Überarbeit weiter verschärft. Um konstantes Kapital einzusparen und dennoch die Produktion ausdehnen zu können, werden die Kapitalisten diesen Weg der Überarbeitung wachsender Teile der Arbeiter immer brutaler beschreiten. Schicht- und Nachtarbeit werden ausgedehnt. Gleichzeitig wird die Arbeit weiter intensiviert. Mit bloßen Lohnforderungen ist der Wert der Arbeitskraft nicht zu verteidigen und werden die Hebel der Kapitalisten, auch die Löhne zu senken, immer wirksamer.

Im Kampf um Demokratie werden weiterhin die Forderungen nach einer demokratischen Steuerpolitik eine wichtige Stellung einnehmen, zumal die Regierung hier sowohl von der Einnahmeseite als auch von der Ausgabenseite am Drehen ist: weitere Verlagerung der Steuerlast auf die Lohnabhängigen, Erhöhung der Steuern, Einschränkung der ,,konsumtiven Ausgaben" im Staatshaushalt. Daher ist anzunehmen, daß in Verbindung mit dem Kampf gegen Steuererhöhungen sich der Kampf um solche Reproduktionsbedingungen, die über den Staat garantiert werden, wie Schulbildung, ebenfalls verschärfen wird. In der Kritik des Kapitalismus müssen wir insbesondere aufzeigen, wie die Geschichte der kapitalistischen Produktionsweise in Westdeutschland dadurch geprägt ist, daß die Gegentendenzen gegenüber dem allgemeinen Gesetz der kapitalistischen Akkumulation sich immer mehr abschwächen und zunehmend nur noch in den bewußten politischen und organisatorischen Anstrengungen der Arbeiterbewegung bestehen. Dies allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation hat Karl Marx folgendermaßen formuliert:

,,Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines

rungen ist der Wert der Arbeitskraft nicht zu verteidigen und werden die Hebel der Kapitalisten, auch die Löhne zu senken, immer wirksamer.

Im Kampf um Demokratie werden weiterhin die Forderungen nach einer demokratischen Steuerpolitik eine wichtige Stellung einnehmen, zumal die Regierung hier sowohl von der Einnahmeseite als auch von der Ausgabenseite am Drehen ist: weitere Verlagerung der Steuerlast auf die Lohnabhängigen, Erhöhung der Steuern, Einschränkung der ,,konsumtiven Ausgaben" im Staatshaushalt. Daher ist anzunehmen, daß in Verbindung mit dem Kampf gegen Steuererhöhungen sich der Kampf um solche Reproduktionsbedingungen, die über den Staat garantiert werden, wie Schulbildung, ebenfalls verschärfen wird. In der Kritik des Kapitalismus müssen wir insbesondere aufzeigen, wie die Geschichte der kapitalistischen Produktionsweise in Westdeutschland dadurch geprägt ist, daß die Gegentendenzen gegenüber dem allgemeinen Gesetz der kapitalistischen Akkumulation sich immer mehr abschwächen und zunehmend nur noch in den bewußten politischen und organisatorischen Anstrengungen der Arbeiterbewegung bestehen. Dies allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation hat Karl Marx folgendermaßen formuliert:

,,Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines
Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die industrielle Reservearmee. Die disponible Arbeitskraft wird durch dieselben Ursachen entwickelt wie die Expansivkraft des Kapitals. Die verhältnismäßige Größe der industriellen Reservearmee wächst also mit den Potenzen des Reichtums. Je größer aber diese Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die konsolidierte Überbevölkerung, deren Elend im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Arbeitsqual steht. Je größer endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus. *Dies ist das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation.* Es wird gleich anderen Gesetzen in seiner Verwirklichung durch mannigfache Umstände modifiziert, deren Analyse nicht hierher gehört.

Man begreift die Narrheit der ökonomischen Weisheit, die den Arbeitern predigt, ihre Zahl den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals anzupassen. Der Mechanismus der kapitalistischen Produktion und Akkumulation paßt diese Zahl beständig diesen Verwertungsbedürfnissen an. Erstes Wort dieser Anpassung ist die Schöpfung einer relativen Überbevölkerung oder industriellen Reservearmee, letztes Wort das Elend stets wachsender Schichten der aktiven Arbeiterarmee und das tote Gewicht des Pauperismus. Das Gesetz, wonach eine immer wachsende Masse von Produktionsmitteln, dank dem Fortschritt in der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit, mit einer progressiv abnehmenden Ausgabe von Menschenkraft in Bewegung gesetzt werden kann, drückt sich auf kapitalistischer Grundlage, wo nicht die Arbeiter die Arbeitsmittel, sondern die Arbeitsmittel die Arbeiter anwenden, darin aus, daß, je höher die Produktivkraft der Arbeit, desto größer der Druck der Arbeiter auf ihre Beschäftigungsmittel, desto prekärer also ihre Existenzbedingungen: Verkauf der eigenen Kraft zur Vermehrung fremden Reichtums oder zur Selbstverwertung des Kapitals. Rascheres Wachstum der Produktionsmittel und der Produktivität der Arbeit als der produktiven Bevölkerung drückt sich kapitalistisch also umgekehrt aus, daß die Arbeiterbevölkerung stets rascher wächst als das Verwertungsbedürfnis des Kapitals."

Unsere Propaganda muß die Wirkung dieses Gesetzes nachweisen, ohne die Gegentendenzen unter den Tisch fallen zu lassen. Unsere Agitation muß die Wirkung dieses Gesetzes illustrieren.

,,D.h. also, der Mechanismus der kapitalistischen Produktion sorgt dafür, daß der absolute Zuwachs von Kapital von keiner entsprechenden Steigerung der allgemeinen Arbeitsnachfrage begleitet ist. Und dies nennt der Apologet eine Kompensation für das Elend, die Leiden und den möglichen Untergang der deplacierten Arbeiter während der Übergangsperiode, welche sie in die industrielle Reservearmee bannt! Die Nachfrage nach Arbeit ist nicht identisch mit dem Wachstum des Kapitals, die Zufuhr der Arbeit nicht mit dem Wachstum der Arbeiterklasse, so daß zwei von einander unabhängige Potenzen aufeinander einwirkten. Die Würfel sind gefälscht. Das Kapital agiert auf beiden Seiten zugleich. Wenn seine Akkumulation einerseits die Nachfrage nach Arbeit vermehrt, vermehrt sie andererseits die Zufuhr von Arbeitern durch deren ‚Freisetzung', während zugleich der Druck der Unbeschäftigten die Beschäftigten zur Flüssigmachung von mehr Arbeit zwingt, also in gewissem Grad die Arbeitszufuhr von Arbeitern unabhängig macht. Die Bewegung des Gesetzes der Nachfrage und Zufuhr von Arbeit auf dieser Basis vollendet die Despotie des Kapitals. Sobald daher die Arbeiter hinter das Geheimnis kommen, wie es angeht, daß im selben Maß, wie sie mehr arbeiten, mehr fremden Reichtum produzieren und die Produktivkraft der Arbeit wächst, sogar ihre Funktion als Verwertungsmittel des Kapitals immer prekärer für sie wird; sobald sie entdecken, daß der Intensitätsgrad der Konkurrenz unter ihnen selbst ganz und gar von dem Druck der relativen Überbevölkerung abhängt; sobald sie daher durch Trade's Unions usw. eine planmäßige Zusammenwirkung zwischen den Beschäftigten und Unbeschäftigten zu organisieren suchen, um die ruinierenden Folgen jenes Naturgesetzes der kapitalistischen Produktion auf ihre Klasse zu brechen oder zu schwächen, zetert das Kapital und sein Sykophant, der politische Ökonom, über Verletzung des ‚ewigen' und sozusagen ‚heiligen' Gesetzes der

Potenzen aufeinander einwirkten. Die Würfel sind gefälscht. Das Kapital agiert auf beiden Seiten zugleich. Wenn seine Akkumulation einerseits die Nachfrage nach Arbeit vermehrt, vermehrt sie andererseits die Zufuhr von Arbeitern durch deren ‚Freisetzung', während zugleich der Druck der Unbeschäftigten die Beschäftigten zur Flüssigmachung von mehr Arbeit zwingt, also in gewissem Grad die Arbeitszufuhr von Arbeitern unabhängig macht. Die Bewegung des Gesetzes der Nachfrage und Zufuhr von Arbeit auf dieser Basis vollendet die Despotie des Kapitals. Sobald daher die Arbeiter hinter das Geheimnis kommen, wie es angeht, daß im selben Maß, wie sie mehr arbeiten, mehr fremden Reichtum produzieren und die Produktivkraft der Arbeit wächst, sogar ihre Funktion als Verwertungsmittel des Kapitals immer prekärer für sie wird; sobald sie entdecken, daß der Intensitätsgrad der Konkurrenz unter ihnen selbst ganz und gar von dem Druck der relativen Überbevölkerung abhängt; sobald sie daher durch Trade's Unions usw. eine planmäßige Zusammenwirkung zwischen den Beschäftigten und Unbeschäftigten zu organisieren suchen, um die ruinierenden Folgen jenes Naturgesetzes der kapitalistischen Produktion auf ihre Klasse zu brechen oder zu schwächen, zetert das Kapital und sein Sykophant, der politische Ökonom, über Verletzung des ‚ewigen' und sozusagen ‚heiligen' Gesetzes der
Nachfrage und Zufuhr. Jeder Zusammenhalt zwischen den Beschäftigten und Unbeschäftigten stört nämlich das ‚reine' Spiel jenes Gesetzes. Sobald andrerseits, in den Kolonien z.B., widrige Umstände die Schöpfung der industriellen Reservearmee und mit ihr die absolute Abhängigkeit der Arbeiterklasse von der Kapitalistenklasse verhindern, rebelliert das Kapital, samt seinem gemeinplätzlichen Sancho Pansa, gegen das ‚heilige' Gesetz der Nachfrage und Zufuhr und sucht ihm durch Zwangsmittel unter die Arme zu greifen."

Die Notwendigkeit der Organisation in den Gewerkschaften erkennen die Lohnabhängigen insgesamt immer besser. Unsere Aufgabe ist es, diese Bestrebungen zu unterstützen, sie aufzuklären und auf die Höhe des Klassenbewußtseins zu heben. Immer deutlicher wird, daß nur die gemeinsamen Anstrengungen der Arbeiterklasse der Wirkung des allgemeinen Gesetzes der Akkumulation des Kapitals Schranken ziehen können. Immer deutlicher wird, daß dies nur gelingen kann, wenn die Arbeiterklasse den wirtschaftlichen und politischen Kampf miteinander verbindet. Die Gewerkschaftstage gaben dieser Entwicklung Ausdruck. Es gibt eine Entsprechung zwischen den Bestrebungen der spontanen Bewegung und den Aufgaben der Kommunisten. Wir müssen die spontane Bewegung nicht modeln wollen, es reicht, wenn wir sie über die Bedingungen ihres Kampfes aufklären. Das nützt den täglichen Kämpfen und dient der Vorbereitung der sozialen Revolution des Proletariats.

(Bericht an das Zentrale Komitee des KBW auf seiner Vollversammlung am 15./16.11.80)

Kernenergiepläne der westdeutschen Bourgeoisie

Mit gedämpftem Ehrgeiz

aml. Bis zur Unterzeichnung der Pariser Verträge am 5.5.1955 durfte die Bundesrepublik Deutschland sich nicht in der Kernforschung betätigen. Heute, 25 Jahre später, sind 14 Kernkraftwerke in Betrieb, mit einer installierten Leistung von 8600 Megawatt, für weitere 11 mit nochmals 14300 Megawatt vorgesehener Leistung sind die Aufträge vergeben. In dem Maße wie die Bourgeoisie dazu überging, Kernkraftwerke wie Pilze aus dem Boden schießen zu lassen, entstand gegen dieses Programm eine breite Volksbewegung, die sich Mitte der 70er Jahre schwungvoll entwickelte. Diese Bewegung hat einigen Eindruck auf die Bourgeoisie gemacht und die ursprüngliche Planung der Bourgeoisie durcheinandergebracht:

Kraftwerk	Plan März '77 Fertigstellung	Plan Sept. '80 Fertigstellung
THTR-300 Uentrop	1980	1983
KWS Whyl	1982	?
KWG Grohnde	1981	1984
KKG Grafenrheinf.	1979	1981
KKH Hamm	1981	?
KBR Brokdorf	1982	1986/87

Es hat den Anschein, als sei der Bourgeoisie das Gründerfieber gesenkt worden und versuchte sie jetzt von soliderer Basis das Kernenergieprogramm weiterzuentwickeln und durchzusetzen. Aus der Debatte innerhalb der Bourgeoisie ergeben sich zwei Wege auf denen sie das zu tun gedenkt:

1) Vollständige Durchsetzung des 1975 in Angriff genommenen Bauprogramms und Innangriffnahme weiterer Kernkraftwerke vornehmlich in Druckwassertechnik. Eine der Entscheidungen fällt in dem Prozeß um das Kraftwerk Whyl, der jetzt in der Berufungsinstanz in Mannheim verhandelt wird. Wie aus den Nachrichten zu entnehmen war, geht es im Prozeß hauptsächlich um den Nachweis der Sicherheit der Reaktoren. Diesen Nachweis muß die Bourgeoisie führen auf dem Hintergrund der Katastrophe in Harrisburg. Sie wird ihn zu führen versuchen mit den tatsächlich an den Kernkraftwerken vorgenommenen Verbesserungen und dem strenger gewordenen Aufsichts- und Genehmigungsverfahren.

2) Vorbereitung einer zweiten Phase des Ausbaus der Kernenergie ab 1990. In diese zweite Phase soll die Nutzung des schnellen, Natrium gekühlten Reaktors und die Nutzung des Hochtemperaturreaktors fallen. Die Vorbereitung dieser Phase soll hier wiedergegeben werden am Beispiel der Entwicklung des Hoch-Temperatur-Reaktors (HTR).

Anders als die Leichtwasserreaktoren arbeitet der Hochtemperaturreaktor bei Temperaturen oberhalb 950 Grad Celsius. Technisch ermöglicht das, über 40% der eingesetzten Energie auch tatsächlich in Strom zu verwandeln. Außerdem stehen mit über 950 Grad Temperaturen zur Verfügung, die für bestimmte chemische Reaktionen notwendig sind, wie in der Eisenverhüttung oder bei der Vergasung von Kohle, als vorbereitenden Schritt für die Produktion von Treibstoff aus Kohle. (Prozeßwärme)

Geplant ist, diesen Reaktor mit einem Thorium/Urangemisch zu betreiben. Während der Kernreaktion entsteht aus dem Thorium neuer Brennstoff, nämlich spaltbares Uran 235. Damit würde sich in einem erheblichen Umfang die Uranbeschaffung reduzieren lassen.

Die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten werden hauptsächlich in der Kernforschungsanlage Jülich durchgeführt, der erste Reaktor dieses Typs wird bei Hamm/Uentrop gebaut. Bei Auftragsvergabe 1970 sollte er 1977 fertig sein, jetzt wird das Fertigstellungsdatum mit 1983 angegeben. Nach Angaben von 1974 sind die Entwicklungskosten 2,5 Milliarden Mark. 1978 heißt es: ,,Die Kosten der Markteinführung einer neuen Reaktorlinie lassen sich auf grob 5 bis 10 Milliarden DM abschätzen ...'' (Statusbericht Hochtemperaturreaktor, Jülich 1978). Allein der Reaktor in Uentrop hat bisher 1,7 Mrd. DM gekostet, davon stammen aus öffentlichen Mitteln 1,4 Mrd. DM.

Über die technische Realisierung dieses Reaktors hat es von Anfang an Krach gegeben. Billig und profitträchtig war den Kapitalisten nur das Projekt des Einkreisreaktors (s.Bild). Dazu heißt es im Bericht der Kernforschungsanlage Jülich 1977/78: ,,Die KFA führte auf Grundlage des Konzeptentscheides Einkreis-/Zweikreis-HTR-Stromerzeuger eine Bewertung durch, die für die Einkreisanlage HHT größere Entwicklungsprobleme aufzeigte. Die Industriepartner des HHT Projektes empfahlen trotzdem die alleinige Weiterverfolgung der HHT-Anlage, weil sie einen hohen Wirkungsgrad hat, kostengünstige Anwendung der Trockenkühlung ermöglicht, Fernwärme ohne Stromverlust liefern kann und ein großes Entwicklungspotential aufweist ... Die HHT Partner begannen daher, ihre Arbeiten vollständig auf das Einkreiskonzept umzustellen.'' Im Bericht 1979/80 heißt es jetzt: ,,Im Rahmen der Arbeiten zur HTR-Kraftwerksentwicklung wurde aufgrund von Diskussionen und Bewertungen der verschiedenen HTR-Konzepte im Laufe des Jahres 1979 festgestellt, daß bei einer Inbetriebnahme des THTR-300 (Reaktor in Uentrop) um 1983 weder eine HHT-(Heliumturbineneinkreis-) noch eine PNP-(Prozeßwärme-) Anlage direktes Folgeprojekt für den THTR sein können. Deshalb sollen ab 1980 ... verschiedene Konzepte einer Zweikreisanlage zur Stromerzeugung und Prozeßdampfauskopplung ... untersucht werden ...''

Die Zweikreisanlage gilt als technisch ausgereifter. In dieser Auseinandersetzung ging es weniger um Sicherheit der Anlage vor Unfällen, sondern um die Betriebstüchtigkeit. Die Kapitalisten, Profit vor Augen und hohe Investionskosten als Drohung im Rücken, müssen gewaltsam darauf gestoßen werden, technische Notwendigkeiten anzuerkennen. Der Hochtemperaturreaktor verlangt zum Beispiel wegen des Betriebs bei 3mal so hohen Temperaturen wie bisher systematisch neue Technologien und neue Erfahrungen. Für die ganze Kerntechnologie kann man sagen, daß ihr Produktionsprozeß – Produktion des Brennstoffes und der Brennelemente, Umwandlung der Kernenergie in Wärme und Strom, Wartung und Reparatur der Produktionsanlage, Schutz vor Unfällen und Unfallfolgen, Beseitigung oder Aufbereitung des Abfalls und Beseitigung vernutzter Produktionsanlagen – so viele neue und umfangreiche Entwicklungen verlangt, daß sich fragt, ob man die Kapitalisten so häufig gewaltsam stoßen kann oder ob nicht die politische Macht der Arbeiterklasse eine Voraussetzung für sicheren Betrieb der Kernkraftwerke ist.

Druckwasserreaktor **Siedewasserreaktor**

Bisher am meisten gebaute Kernreaktortypen sind *Leichtwasserreaktoren*, die normales Wasser als Kühl-, Wärmetransport- und Neutronenbremsmittel verwenden. Für diese Reaktoren muß man besonders angereichertes Uran verwenden. Der *Druckwasserreaktor* ist der meist gebaute Reaktortyp in Westdeutschland. Von den 14 im Einsatz befindlichen Reaktoren sind 6 Druckwasserreaktoren, von den in Auftrag gegebenen 13 sind es 11. Seine ,,Nichtverfügbarkeit'' wird mit 19% angegeben, was der ,,Nichtverfügbarkeit'' von konventionellen Kraftwerken nahe kommt. Der Druckwasserreaktor erhitzt im Primärkreislauf normales Wasser durch die bei der Uranspaltung frei werdenden Wärme auf ca. 300 Grad Celsius. Dabei wird das Wasser unter einem Druck von 150 Atmosphären gehalten, so daß es nicht siedet. In einem Wärmetauscher *(Zweikreisreaktor)* wird dann das Wasser des Sekundärkreises erhitzt und verdampft, der Dampf treibt wie in einem konventionellen Kraftwerk eine Turbine. Das Hauptproblem ist, daß durch Lecks der Dampfdruck absinken kann und das Wasser zum Sieden kommt, oder bei Ausfall der ,,Hauptkühlmittelpumpe'' das Wasser nicht richtig umgewälzt wird. Beides führt zu schlechtem Wärmeübergang zwischen dem Wasser und den Brennelementen. Das Innere der Brennelemente erhitzt sich von 1200 Grad Celsius auf 1700 Grad Celsius. Bei diesen Temperaturen werden die normalerweise in den Brennelementen festgehaltenen Spaltprodukte frei. Außerdem zersetzt sich Wasser bei den auftretenden hohen Temperaturen zu Wasserstoff und Sauerstoff was in kälteren Bereichen des Reaktors zu Explosionen führen kann (Knallgas). Der Unfall im Druckwasserreaktor Three Mile Island in den USA ist auf mangelnde Kühlung der Brennelemente zurückzuführen.

Um die Anlagekosten zu senken wurde in Westdeutschland insbesondere von AEG der *Siedewasserreaktor* gebaut. Normales Wasser umhüllt die Brennelemente und wird von ihnen aufgeheizt. Das Wasser wird hier anders als beim Druckwasserreaktor zum Sieden gebracht bei einer Temperatur von 285 Grad Celsius. Der Druck im Reaktor beträgt 70 Atmosphären, so daß die Dampferzeugung möglich ist. Der Dampf wird dann nicht in einen Wärmetauscher geschickt, sondern direkt auf die Turbine geleitet. Die Turbine befindet sich im Primärkreis *(Einkreisreaktor)* und wird radioaktiv verseucht, wenn z.B. eines der Brennelemente seine Spaltprodukte freigibt. Das ist aber normalerweise der Fall. Turbinenschäden kommen insbesondere wegen der hohen Leistungen (über 600 Megawatt) vor. Das Problem der Reparatur der Turbine ist nicht vernünftig gelöst. Der Siedewasserreaktor ist technisch weniger ausgereift als der Druckwasserreaktor. Die Verfügbarkeit der Siedewassereaktoren liegt unter 50%. Ein Vertreter der Siedewassereaktorlinie stellt dazu grantig fest: ,,Die Gründe für das schlechte Abschneiden sind weitgehend bekannt: Umfangreiches Backfitting (Nach- und Umrüstungen der Anlage) nach Ermessen der Gutachter und der Genehmigungsbehörden, Mängel bei neuentwickelten Komponenten (möglicherweise gleichbedeutend mit überhöhter Innovation) und begrenzte Kapazität des ursprünglichen Lieferers.'' Augenblicklich sind 5 Siedewasserreaktoren in Betrieb, für weitere 2 ist der Bauauftrag vergeben. ,,Die Kernkraftwerke Lingen und Grundremmingen Block A werden nun aus wirtschaftlichen Gründen endgültig stillgelegt. Maßgebend beeinflußt wurde diese auf finanzieller Basis getroffene Entscheidung von der Unsicherheit der genehmigungspolitischen Situation ...''

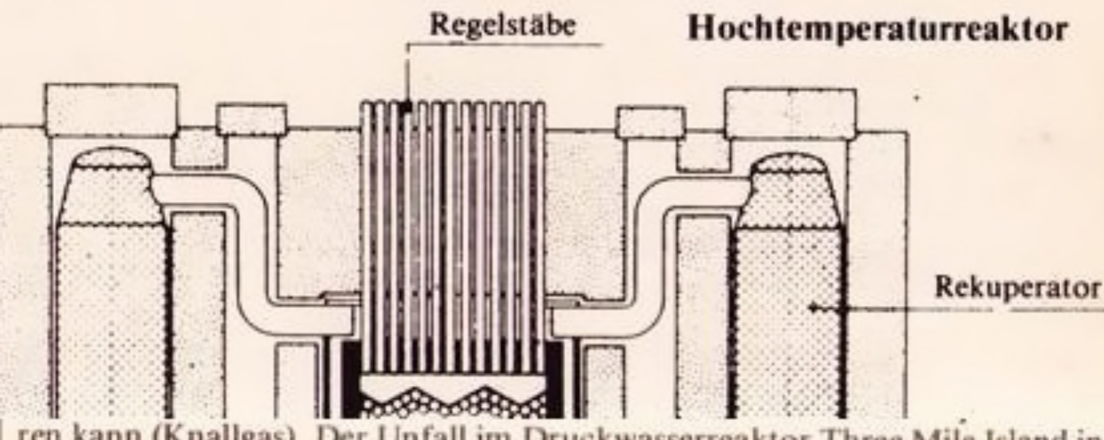
Störfälle und anzunehmende schwere Unfälle

11,8% BE-Wechsel
3,9% Reaktorsystem gesamt
– (0,8) HKM
– (2,2) DE
– (0,5) Reaktordruckgefäß mit Einbauten
2,6% Sekundäranlage gesamt

z.B. wurde aus Kostengründen der Speisewasserbehälter aus schlecht schweißbarem Stahl gemacht. Da Risse auftraten mußte er später ausgetauscht werden.

Die Bürgerinitiative Beckum, die

Der Druck im Reaktor steigt stark an, die Sicherheitsventile öffnen sich und Helium strömt in die Reaktorhalle. Dadurch klettert die Temperatur in der Reaktorhalle auf 345 Grad Celsius, der Druck auf 3,9 bar. Bereits nach ein bis zwei Stunden werden die Auslegungstemperaturen der metallischen Einbauten überschritten. Nach 5 bis 6 Stun



Bourgeoisie das Gründerfieber gesenkt worden und versuchte sie jetzt von solderer Basis das Kernenergieprogramm weiterzuentwickeln und durchzusetzen. Aus der Debatte innerhalb der Bourgeoisie ergeben sich zwei Wege auf denen sie das zu tun gedenkt:

1) Vollständige Durchsetzung des 1975 in Angriff genommenen Bauprogramms und Innangriffnahme weiterer Kernkraftwerke vornehmlich in Druckwassertechnik. Eine der Entscheidungen fällt in dem Prozeß um das Kraftwerk Whyl, der jetzt in der Berufungsinstanz in Mannheim verhandelt wird. Wie aus den Nachrichten zu entnehmen war, geht es im Prozeß hauptsächlich um den Nachweis der Sicherheit der Reaktoren. Diesen Nachweis muß die Bourgeoisie führen auf dem Hintergrund der Katastrophe in Harrisburg. Sie wird ihn zu führen versuchen mit den tatsächlich an den Kernkraftwerken vorgenommenen Verbesserungen und dem strenger gewordenen Aufsichts- und Genehmigungsverfahren.

arbeiten werden hauptsächlich in der Kernforschungsanlage Jülich durchgeführt, der erste Reaktor dieses Typs wird bei Hamm/Uentrop gebaut. Bei Auftragsvergabe 1970 sollte er 1977 fertig sein, jetzt wird das Fertigstellungsdatum mit 1983 angegeben. Nach Angaben von 1974 sind die Entwicklungskosten 2,5 Milliarden Mark. 1978 heißt es: ,,Die Kosten der Markteinführung einer neuen Reaktorlinie lassen sich auf grob 5 bis 10 Milliarden DM abschätzen ...'' (Statusbericht Hochtemperaturreaktor, Jülich 1978). Allein der Reaktor in Uentrop hat bisher 1,7 Mrd. DM gekostet, davon stammen aus öffentlichen Mitteln 1,4 Mrd. DM.

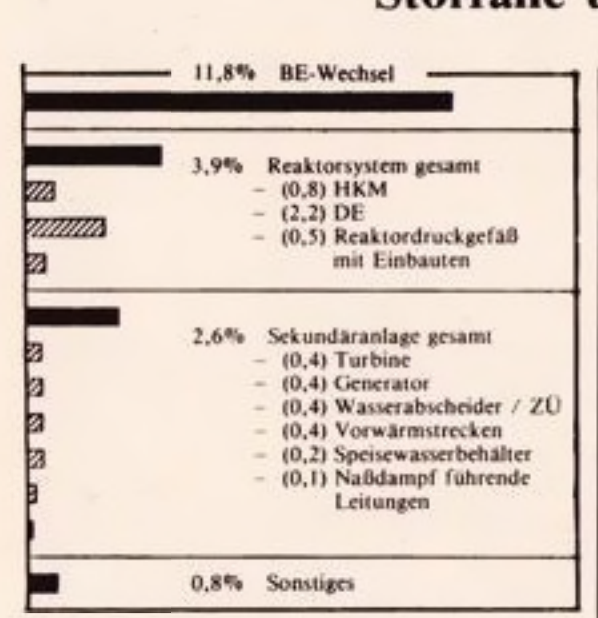
Über die technische Realisierung dieses Reaktors hat es von Anfang an Krach gegeben. Billig und profitträchtig war den Kapitalisten nur das Projekt des Einkreisreaktors (s.Bild). Dazu heißt es im Bericht der Kernforschungsanlage Jülich 1977/78: ,,Die KFA führte auf Grundlage des Konzeptentscheides Einkreis-/Zweikreis-

um die Betriebstüchtigkeit. Die Kapitalisten, Profit vor Augen und hohe Investionskosten als Drohung im Rücken, müssen gewaltsam darauf gestoßen werden, technische Notwendigkeiten anzuerkennen. Der Hochtemperaturreaktor verlangt zum Beispiel wegen des Betriebs bei 3mal so hohen Temperaturen wie bisher systematisch neue Technologien und neue Erfahrungen. Für die ganze Kerntechnologie kann man sagen, daß ihr Produktionsprozeß – Produktion des Brennstoffes und der Brennelemente, Umwandlung der Kernenergie in Wärme und Strom, Wartung und Reparatur der Produktionsanlage, Schutz vor Unfällen und Unfallfolgen, Beseitigung oder Aufbereitung des Abfalls und Beseitigung vernutzter Produktionsanlagen – so viele neue und umfangreiche Entwicklungen verlangt, daß sich fragt, ob man die Kapitalisten so häufig gewaltsam stoßen kann oder ob nicht die politische Macht der Arbeiterklasse eine Voraussetzung für sicheren Betrieb der Kernkraftwerke ist.

ren kann (Knallgas). Der Unfall im Druckwasserreaktor Three Mile Island in den USA ist auf mangelnde Kühlung der Brennelemente zurückzuführen.

Um die Anlagekosten zu senken wurde in Westdeutschland insbesondere von AEG der *Siedewasserreaktor* gebaut. Normales Wasser umhüllt die Brennelemente und wird von ihnen aufgeheizt. Das Wasser wird hier anders als beim Druckwasserreaktor zum Sieden gebracht bei einer Temperatur von 285 Grad Celsius. Der Druck im Reaktor beträgt 70 Atmosphären, so daß die Dampferzeugung möglich ist. Der Dampf wird dann nicht in einen Wärmetauscher geschickt, sondern direkt auf die Turbine geleitet. Die Turbine befindet sich im Primärkreis *(Einkreisreaktor)* und wird radioaktiv verseucht, wenn z.B. eines der Brennelemente seine Spaltprodukte freigibt. Das ist aber normalerweise der Fall. Turbinenschäden kommen insbesondere wegen der hohen Leistungen (über 600 Megawatt) vor. Das Problem der Reparatur der Turbine ist nicht vernünftig gelöst. Der Siedewasserreaktor ist technisch weniger ausgereift als der Druckwasserreaktor. Die Verfügbarkeit der Siedewassereaktoren liegt unter 50%. Ein Vertreter der Siedewassereaktorlinie stellt dazu grantig fest: ,,Die Gründe für das schlechte Abschneiden sind weitgehend bekannt: Umfangreiches Backfitting (Nach- und Umrüstungen der Anlage) nach Ermessen der Gutachter und der Genehmigungsbehörden, Mängel bei neuentwickelten Komponenten (möglicherweise gleichbedeutend mit überhöhter Innovation) und begrenzte Kapazität des ursprünglichen Lieferers.'' Augenblicklich sind 5 Siedewasserreaktoren in Betrieb, für weitere 2 ist der Bauauftrag vergeben. ,,Die Kernkraftwerke Lingen und Grundremmingen Block A werden nun aus wirtschaftlichen Gründen endgültig stillgelegt. Maßgebend beeinflußt wurde diese auf finanzieller Basis getroffene Entscheidung von der Unsicherheit der genehmigungspolitischen Situation ...''

Störfälle und anzunehmende schwere Unfälle

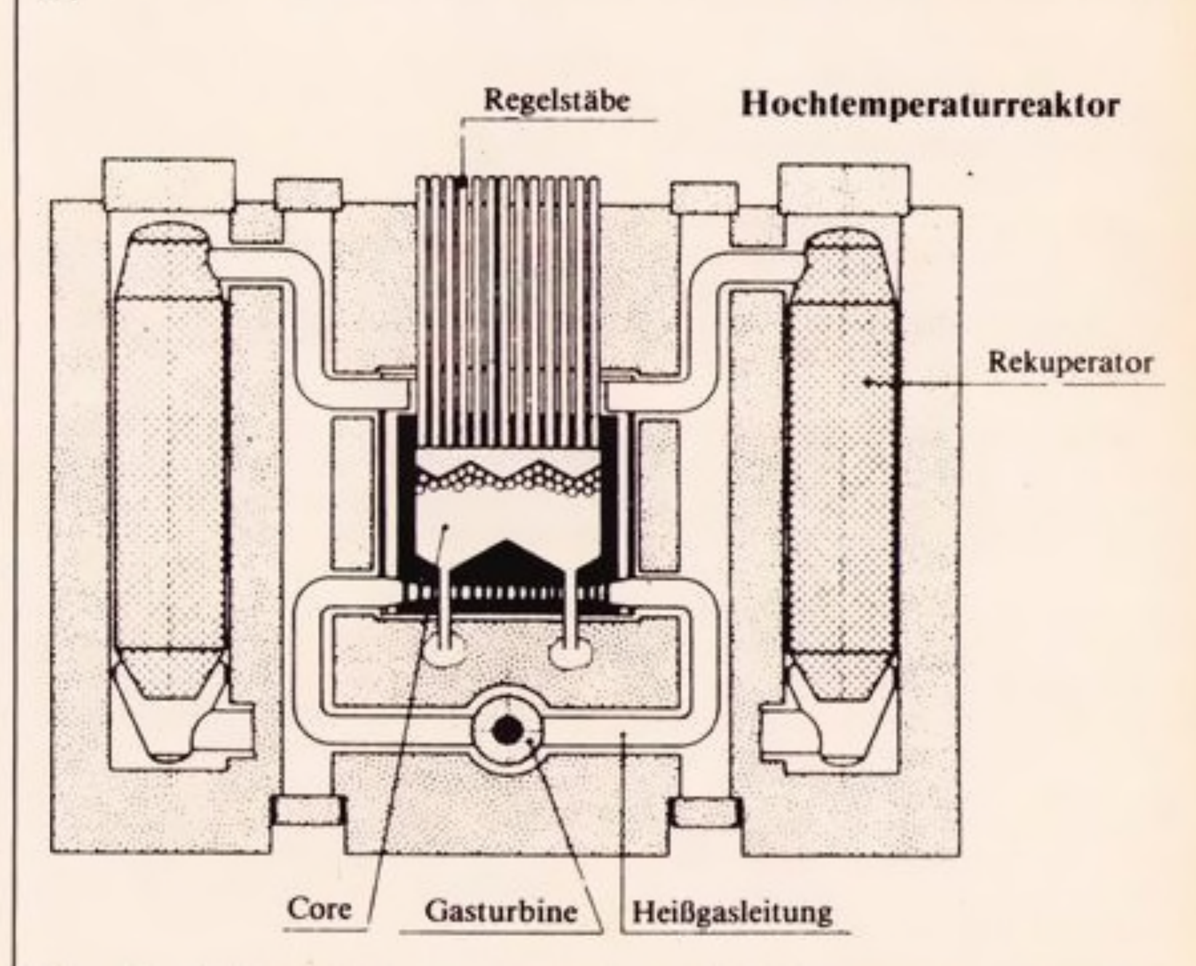


HKM: Hauptkühlmittelpumpen, DE: Dampferzeuger

Das der ,,Atomwirtschaft'' entnommene Balkendiagramm schlüsselt die Ursachen für *Stillstände* 1979 der westdeutschen Druckwassereaktoren auf. Die Zahlen drücken die ,,Zeitnichtverfügbarkeit'' aus. Über die Hälfte der Fehler traten im radioaktiven Bereich auf. Fehler im nichtradioaktiven Bereich, können die Funktion des Spaltreaktors selbst gefährden. In Biblis z.B. wurde aus Kostengründen der Speisewasserbehälter aus schlecht schweißbarem Stahl gemacht. Da Risse auftraten mußte er später ausgetauscht werden.

Die Bürgerinitiative Beckum, die Baustop für den Hochtemperturreaktor (THTR-300) in Uentrop bei Hamm verlangt, beschreibt einen schweren Unfall, der zustande kommen kann durch Netzausfall und gleichzeitigem Versagen der Notstromversorgung oder schnelle Druckentlastung bei einem Kühlmittelverlustunfall oder Erdbeben so:

,,Der Reaktor ist dafür nicht ausgelegt. Die physikalischen Vorgänge, die bei den dann herrschenden Temperaturen auftreten sind nicht ausreichend bekannt und können kaum vorher bestimmt werden. Zu diesem größen Unfall kommt es nach einem völligen Versagen des Nachwärmeabführsystems. Der Reaktor kann sich dann ungehindert aufheizen, die Temperatur steigt bis auf weit über 3000 Grad Celsius. Der Druck im Reaktor steigt stark an, die Sicherheitsventile öffnen sich und Helium strömt in die Reaktorhalle. Dadurch klettert die Temperatur in der Reaktorhalle auf 345 Grad Celsius, der Druck auf 3,9 bar. Bereits nach ein bis zwei Stunden werden die Auslegungstemperaturen der metallischen Einbauten überschritten. Nach 5 bis 6 Stunden sind fast alle Brennstoffpartikel zerstört. Die Graphiteinbauten werden 20 Stunden später teilweise zerstört, da an den heißesten Stellen der Sublimationspunkt des Graphits überschritten wird. Wesentlich früher schon sind alle metallischen Einbauten zusammengeschmolzen ... Die Zerstörung des Spannbetonbehälters setzt schon sehr früh ein ... Durch Lecks im Spannbetonbehälter dringt Luft in den Reaktor ein. Bei der Reaktion mit Graphit entsteht Kohlenmonoxid. Ist eine Kohlenmonoxidkonzentration in der Halle von 12,5% erreicht, kommt das Kohlenmonoxid-Luftgemisch zur Explosion. Die Hochtemperatur Reaktorbau GmbH hofft, daß dann das Schutzgebäude erhalten bleibt und eine Freisetzung von Radioaktivität an die Umgebung verhindert.''



Skizze des Projekts Hochtemperaturreaktor mit Heliumturbine (HHT) im Primärkreislauf *(Einkreissystem)*. Im Reaktor selbst herrscht ein Druck unter 70 Atmosphären. Das ermöglicht den Einsatz von Graphitkugeln in die das Spaltmaterial (Uran 233/235) und das Brutmaterial (Thorium 232) eingehüllt ist. Diese Kugeln werden aufgeschüttet, Steuerung geschieht mit Graphitstäben, kann im Notfall auch mit Borgas geschehen. Als Kühl- und Wärmetransportmittel dient Helium. Würde das 950 Grad heiße Gas direkt auf eine Turbine geleitet, ohne Wärmetauscher, wäre der thermische Wirkungsgrad am höchsten.